



FORUM



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag Konferenz »Wie weiter in Europa?«

am 12. November 2021

im Parlament der Republik Österreich in Wien



Sächsischer Landtag

Die Schriftenreihe FORUM dokumentiert die Veranstaltungen des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:



Heft 1 (Deutsch)
Aufaktveranstaltung
„Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Herzen unseres Kontinents“ am 29. September 2011 im Ständehaus in Dresden



Heft 7 (Deutsch/Ungarisch)
Konferenz
„Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen“ am 23. September 2016 in der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest



Heft 2 (Deutsch)
Podiumsdiskussion
„Visionen für Mitteleuropa im Spannungsfeld von Kunst und Politik“ am 24. Mai 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 8 (Deutsch/Slowakisch)
Konferenz
„Mitteleuropa in Europa: Wirtschaft und Infrastruktur“ am 17. Oktober 2017 im Historischen Nationalratsgebäude in Bratislava



Heft 3 (Deutsch)
Konferenz
„Kulturen in Mitteleuropa: Erinnern, Fördern, Gestalten“ am 8. und 9. Oktober 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 9 (Deutsch)
Konferenz
»Quo vadis, Mitteleuropa?« am 17. Mai 2019 im Sächsischen Landtag in Dresden



Heft 4 (Deutsch/Tschechisch)
Konferenz
„Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten“ am 28. Juni 2013 im Waldstein Palais in Prag



Heft 5 (Deutsch/Polnisch)
Konferenz
„Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit“ am 7. Mai 2014 im Historischen Rathaus in Breslau



Heft 6 (Deutsch)
Konferenz
„Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?“ am 21. September 2015 auf Stift Klosterneuburg



Alle Publikationen und weitere Informationen zum Forum Mitteleuropa finden Sie unter www.forummitteleuropa.eu. Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind.

FORUM

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag **Konferenz »Wie weiter in Europa?«**

am 12. November 2021

im Parlament der Republik Österreich in Wien

Das vom Präsidenten des Sächsischen Landtags Dr. Matthias Röbner ins Leben gerufene Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag möchte den Kooperationsprozess in der Mitte unseres Kontinents weiter vorantreiben. Es will in Mitteleuropa Bande des geistigen Austauschs, der gegenseitigen Inspiration und der bürgerschaftlichen Verständigung knüpfen. Das Forum Mitteleuropa sieht sich als Impulsgeber, indem es regelmäßig mitteleuropäische Akzente zur Gestaltung der Europäischen Union stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt.

Im Jahr 2021, zehn Jahre nach seiner Gründung, tagte das Forum Mitteleuropa in Wien. Wir bedanken uns für die große Gastfreundschaft des Nationalrats der Republik Österreich, besonders danken wir dessen Präsidenten Wolfgang Sobotka. Internationale Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft tauschten sich am 12. November 2021 über aktuelle Entwicklungen in Europa und der Europäischen Union aus. Sie diskutierten zu den Themen „Europa nach der Pandemie – Aufbruch oder Vertrauenskrise?“ sowie „Europa im 21. Jahrhundert – moderner, nachhaltiger, globaler?“. Der Band dokumentiert die Konferenz in Wort und Bild.

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

Inhalt

Auftakt 6

Mag. Wolfgang Sobotka 8
„Für mehr gegenseitiges Verständnis in Mitteleuropa und Europa“

Dr. Matthias Röbler 14
„Das vereinte Europa ist in unserem mitteleuropäischen Interesse“

Dr. Maroš Šefčovič 18
„Die strategische Vorausschau muss in Europa eine Schlüsselrolle spielen“

Thema I 22

Europa nach der Pandemie – Aufbruch oder Vertrauenskrise?

Dr. Gergely Gulyás 24
„In Europa die Vielfalt bewahren und gemeinsame Ziele verfolgen“

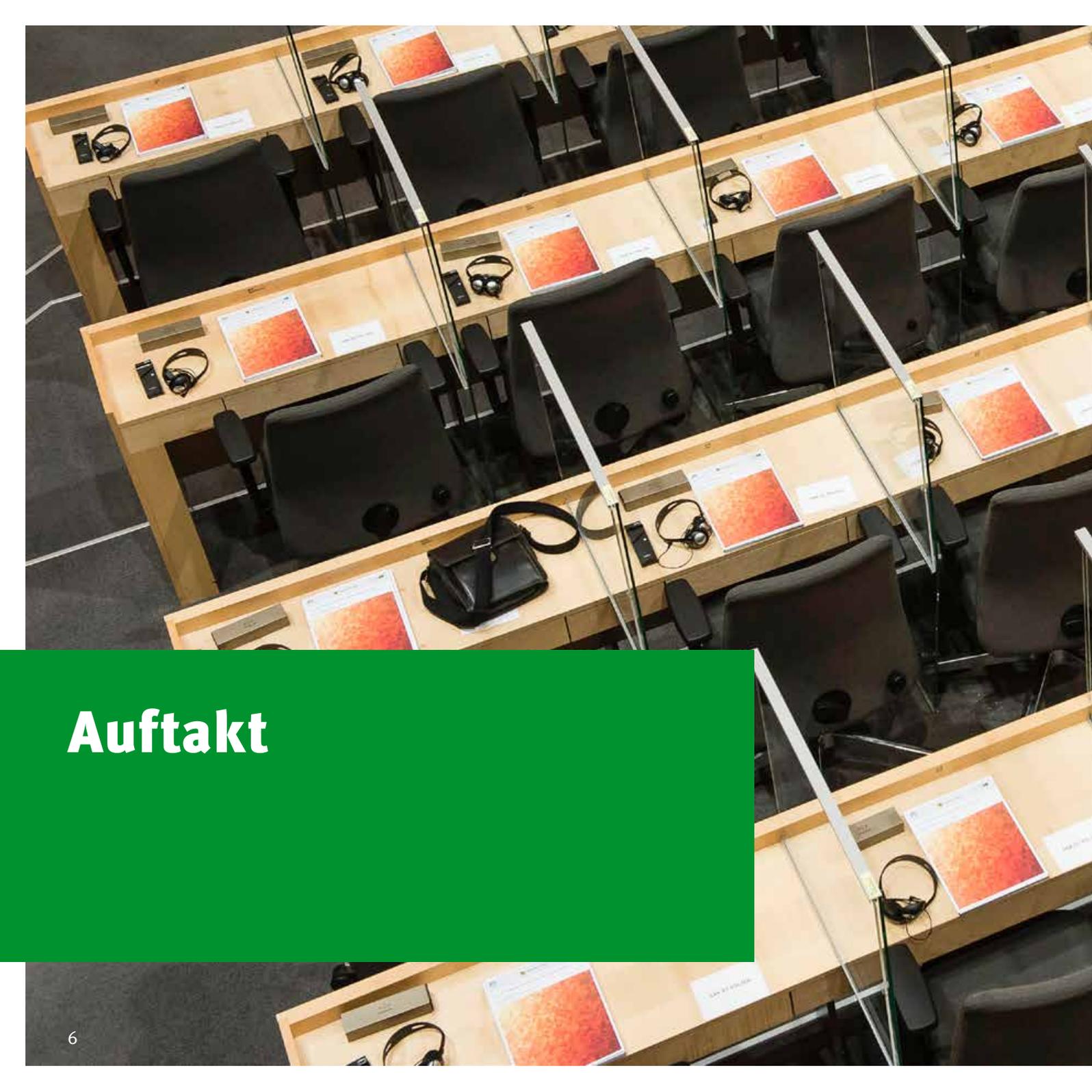
Podiumsdiskussion 28

Impressum:

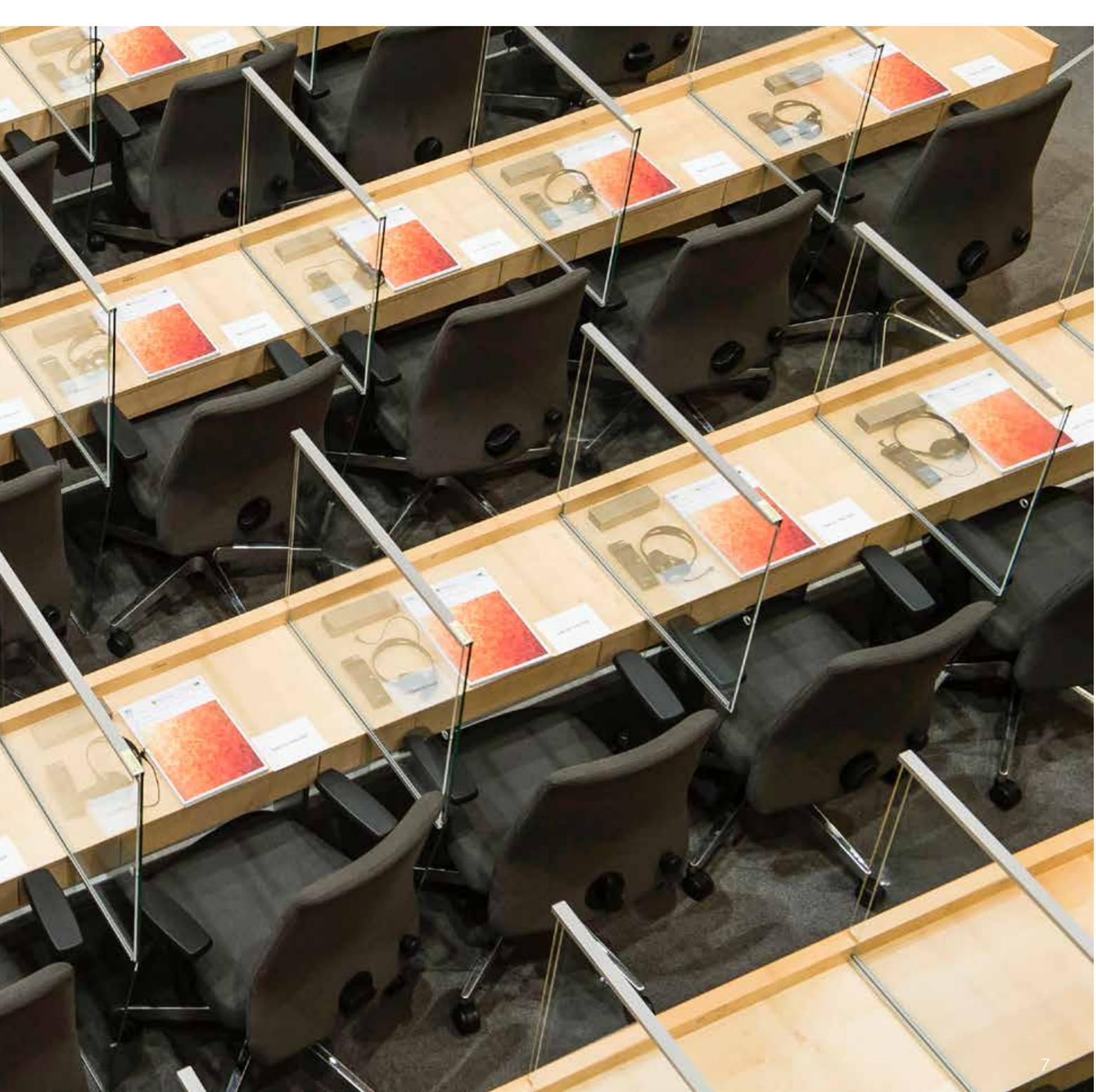
Herausgeber: Sächsischer Landtag,
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des
Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Röbler vertreten.
V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Redaktion: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Fotos: Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen,
Anna Rauchenberger, Tomas Topf, Johannes Zinner,
Bernhard Zofall; gettyimages/RossHelen
Gestaltung, Satz: machzwei, Dresden
Druck: Elbtal Druck & Kartonagen GmbH, Dresden
Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag
im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben
und ist kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de
erhältlich.

Thema II	54
<i>Europa im 21. Jahrhundert – modern, nachhaltiger, globaler?</i>	
Peter Mišík	56
<i>„Die Europäische Union im 21. Jahrhundert“</i>	
Dr. Emil Brix	60
<i>„Europa in der Welt des 21. Jahrhunderts“</i>	
Podiumsdiskussion	66
Abschluss	102
Vitae	110





Auftakt





„Für mehr gegenseitiges Verständnis in Mitteleuropa und Europa“

Mag. Wolfgang Sobotka

» Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Besucherinnen und Besucher, Konferenzteilnehmer! Ich darf Sie alleamt ganz herzlich begrüßen. Mein besonderer Gruß gilt dem Initiator dieses Forums Mitteleuropa, dem Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler. Seien Sie herzlich willkommen, hier in unserem österreichischen Parlament! Ich darf mich besonders darüber freuen, dass

Minister Gergely Gulyás aus Ungarn bei uns ist, der uns in einem Impulsreferat seine Position gerade zum Thema Europa und Pandemie näherbringen wird, bevor wir danach in eine spannende Podiumsdiskussion einsteigen.

Mein Gruß gilt genauso dem Zweiten Präsidenten des niederösterreichischen Landtags, Gerhard Karner, und dem

Präsidenten a. D., Hans Penz, der mit Matthias Rößler diese Kooperation zwischen den Regionen, den Landtagen immer wieder sehr unterstützt und damit auch den Bezug zu Österreich ganz intensiv hergestellt hat. Herzlich willkommen Professor Kühnhardt, Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung! Er wird uns im Podium mit seiner Expertise zur Verfügung stehen. Die Damen und Herren, die dann am Nachmittag diskutieren, werden zum Teil erst dann eintreffen. Wir werden sie später begrüßen dürfen.

Ich begrüße den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, den Botschafter der Slowakischen Republik und den Botschafter von Ungarn recht herzlich bei uns. Es zeigt, dass der Diplomatie – die ja schlussendlich die Politik weiterzuführen hat, wenn der Politiker nicht im permanenten Austausch steht – zunehmend eine wesentlichere Bedeutung zukommt, um diese Kooperationen am Laufen zu halten, um diesen Austausch zu intensivieren. Die Diplomatie hat sich gerade in diesem Aspekt in den letzten Jahren geändert. Sie ist für die Politik eine ganz wesentliche Stütze und Begleitung.

Ferner freue ich mich über alle Abgeordneten des Sächsischen Landtags, des österreichischen Nationalrats, des Landtags von Niederösterreich und alle anderen Interessierten, die heute gekommen sind, über die Journalisten, die Medien und – was uns besonders freut – über eine Schulklasse, die zu uns gefunden hat. Schlussendlich geht es um Ihre unmittelbare Zukunft, die Sie auch gestalten werden, welche Position auch immer Sie dann einnehmen, im Wirtschaftsleben, im kulturellen Leben, im politischen Leben. Daher begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der Handelsakademie aus Sankt Pölten ganz herzlich.

Ein Blick auf die Geschichte des Begriffs Mitteleuropa sollte uns immer wieder auch eine Perspektive für das Zukünftige öffnen. Wir dürfen diese Vergangenheit nicht ausblenden.

Winston Churchill hat einmal gemeint, dass der Eiserne Vorhang diesen Kontinent von der Adria bis zur Ostsee in eine östliche und eine westliche Hemisphäre geteilt hat. Das ist uns alles nicht unbekannt. Was aber das Wesentliche dieser Teilung war: Die Begrifflichkeit und der Raum Mitteleuropa waren damit nicht mehr möglich.

Heute müssen wir uns überlegen, wie wir dieses Mitteleuropa definieren und fassen wollen. In der Ausrichtung auf der einen Seite nach Washington und auf der anderen Seite nach Moskau war in der Identität dieser Menschen, die in diesem geografischen Altsiedelraum Europas leben, der immer an den kulturellen Schnittpunkten des Römischen Reiches im Süden und der germanischen Völker im Norden stand, der sich immer an einer Wende in der Völkerwanderung zwischen West und Ost bewegt hat und schlussendlich immer in einer großen Dynamik gewesen ist, kein Platz für dieses Mitteleuropa.

In den 1980er-Jahren beginnt etwas aufzubrechen. Es beginnt nicht in Deutschland aufzubrechen, es beginnt nicht in Österreich aufzubrechen oder in anderen Ländern. Es beginnt gerade in jenen Ländern aufzubrechen, die damals unter kommunistischer Herrschaft standen. Es kommen die Intellektuellen, es kommen die Kulturtreibenden. Für Literaturfreunde ist Milan Kundera sicherlich kein Unbekannter.

Er hat sich damals schon mit dieser Begrifflichkeit auseinandergesetzt, er hat Mitteleuropa natürlich nicht als Staat verortet, aber als eine Kulturgemeinschaft, als einen Schicksalsraum verstanden, der für die Menschen, die gerade unter der Diktatur gelitten haben, eine Perspektive bot.

Diese Perspektive spiegelt sich damals auch in Österreich intensiv wider. Sie wurde von einzelnen Protagonisten in Österreich aufgenommen. Sie standen sehr stark im Dialog mit den Dissidenten, mit den Charta-Leuten aus der Tschechoslowakei, die ganz wesentlich auch in Kontakt getreten sind mit Polen, mit Ungarn und damit etwas geformt haben, das wir heute noch als einen Gedankenraum sehen können. Kunderas Mitteleuropa hatte keine Grenzen. Es war ein imaginärer Raum, es war auch nicht definiert. Es war definiert als die Einheit einer gemeinsamen kulturellen Vergangenheit, es war definiert als ein Interessensraum.

Da war die Neutralität Österreichs sicherlich eine Möglichkeit, sich darin zu manifestieren, dass es zwischen den Blöcken des Westens und des Ostens auch noch etwas anderes geben könnte. Es war damals aber nicht ein Österreich, das an die Monarchie erinnern sollte, sondern es war ein Österreich, das zwischen diesen Strukturen auch seine eigene Identität fand, mit allen wechselhaften Situationen, mit allen Brüchen und am Ende mit einer eigenen österreichischen Identität, wie wir sie heute sehen.

Das Jahr 1989 brachte dann sehr schnell etwas, das wir seither nicht mehr erlebt haben: einen Jubel, einen Aufbruch,

einen Zukunftsoptimismus, der – das muss ich neidlos zugeben – auch mich damals angesteckt hat. In den 1980er-Jahren gab es eine ungeheuer spannungsgeladene Diskussion zwischen Ost und West in den Fragen der Nachrüstungsbeschlüsse. Dann schlussendlich, als man eigentlich schon gemerkt hat, dass diese Blöcke mit dem Fall des Eisernen Vorhangs erodieren, der gerade in Österreich, in Ungarn eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat, als Menschen aus der DDR nach Ungarn gekommen sind, mit dem Paneuropäischen Picknick das erste Mal gespürt haben, da verändert sich etwas, dieser Raum gehört uns, es ist ein gemeinsamer Raum. Da waren auch viele Österreicher in ganz besonderer Art und Weise mit einem Optimismus beseelt, der uns früher nicht so zu eigen war. Ich erinnere mich noch an die Situation des Jahres 1968, als russische Truppen in der Tschechoslowakei einmarschiert sind und auf einmal eine ungeheure Angstwelle in Österreich spürbar gewesen ist. 1989, 20 Jahre später, gab es einen Aufbruch in die Zukunft, wie wir ihn schon lange nicht gehabt haben.

Kurze Zeit später schreibt der amerikanische Politologe Francis Fukuyama, „Das Ende der Geschichte“, der Liberalismus und die Marktwirtschaft haben gesiegt. Damit hat man geglaubt, man geht zur Tagesordnung über und sieht sich in einer großen gesamtgesellschaftlichen Situation wieder. Heute stellen wir fest: Das stimmt nicht. Es tun sich neue Bruchlinien auf, es tun sich neue Strukturen auf, die wir damals gar nicht erwartet haben. Um diese Euphorie ist es auch schon etwas ruhiger geworden. Wir haben eine Situation in der Europäischen Union und auch darüber hinaus, wo sich Europa nicht nur zweier großer Machtblöcke – China und USA – gegenüber sieht, sondern auch mit der Frage



konfrontiert sieht: Wo ist seine Zukunft? Die Frage, die auch die Europäische Union in der Zukunftskonferenz thematisieren möchte, ist ja gerade dieser Ausdruck des Überlegens bis hin auch zu einem Zweifeln: Wie geht es in Europa weiter? – Diese Bruchlinien und diese Veränderungen tauchen auch entlang alter Grenzen auf.

Mich hat interessiert, wie das Wissenschaftler aus den Ländern sehen, die 2004 und 2005 zur Europäischen Union gekommen sind. Der bulgarische Politologe Ivan Krastev spricht von einer kollektiven Erfahrung, die zwischen den Ländern, die unter kommunistischen Diktaturen leben mussten, und Ländern, die sich in einer demokratischen Struktur entwickelt haben, ganz anders verlaufen ist. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Ich selbst habe in meiner seinerzeitigen Funktion als Innenminister sehen müssen, wie im Europäischen Rat ganz andere und unterschiedliche Zugänge zu ein und demselben Thema gefunden wurden: bei der Frage der Migration, bei der Frage der Funktion der Europäischen Union in Brüssel, bei der Frage: Wie bringen wir ein Europa von zwei Geschwindigkeiten weg? Wie können wir die Länder, die nicht diesen Entwicklungsmotor hatten, an den europäischen Durchschnitt heranführen? Zu diesen Themen gab es jeweils sehr unterschiedliche Ansätze. Man hat das damals meist unter den Tisch gekehrt und hat sich am Ende auf eine gemeinsame Deklaration geeinigt. Das war aber immer nur ein Minimalkompromiss.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Es gibt eine unterschiedliche demografische Entwicklung in den Regionen Europas. Es gibt, und darin verorte ich einen der zentralen Unterschiede, eine unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklung. Wir haben heute in Österreich ein Freiwilligenwesen,



bei dem sich 50 Prozent unserer Landsleute in Freiwilligenorganisationen wiederfinden – vor allem im Kulturbereich, im Sozialbereich und im Unterstützungsbereich, sprich in Feuerwehren und anderen Einrichtungen –, während andere Länder und Regionen in Europa nicht einmal 10 oder 20 Prozent an Freiwilligenorganisationen zustande bringen. Das macht auch etwas mit der gesellschaftlichen Entwicklung.

Schlussendlich ist es der lange Schatten der Geschichte. Wir spüren das in Österreich genauso, gerade in diesen Tagen, in denen wir der Reichspogromnacht gedenken, wie wir die Geschichte nach 1945 – nicht von 1938 bis 1945, sondern von 1945 bis heute – nicht aufgearbeitet haben. Wie geht es dann jenen Leuten, die noch 1989 in der Diktatur leben mussten? Das waren nicht die Großeltern, das waren vielleicht Sie selbst noch als Repräsentanten. Das waren die Eltern, das waren Leute, die auch

jetzt noch aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben, die das noch über die epigenetische Verantwortlichkeit mit sich führen. Es ist ganz entscheidend für den Denkprozess, das auch verstehen zu lernen. Da sollten gerade wir, die sich lange Zeit in ganz anderen Strukturen entwickeln konnten, darüber reflektieren, was das heißt, und nicht aneinander vorbeireden.

Letzten Endes hat sich gezeigt, dass die Europäische Union immer ein Leitbegriff war. Wir erleben gerade so einen weiteren Prozess: Jetzt, wenn wir uns bemühen, die Westbalkanländer, die noch nicht in der Europäischen Union sind, an die Europäische Union heranzuführen, sehen wir, dass dieser Prozess für die Länder dort eine Lösung ihrer Probleme verheißt. Jedoch wenn der Prozess zu lange dauert, dann zweifeln manche in den Ländern des Balkans, dass die Europäische Union eine Lösung für sie wäre. Daher spüren wir dort ein Hinwenden zu anderen Polarisierungen weltpolitischer Natur. So geht es natürlich auch den Ländern, die nach 2004 zur Europäischen Union gekommen sind. Der Enthusiasmus über die Europäische Union ist oftmals einer sehr ambivalenten Haltung ihr gegenüber gewichen. Beharrungen und Standpunkte, die aus unserer Sicht manchmal vielleicht nicht verständlich sind, werden dann dort eingenommen, wo es doch an sich darum geht, ein gegenseitiges und ein wechselseitiges Verständnis herbeizuführen.

Und dann kam die Pandemie. Sie hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, was Europa ist und was es nicht ist. Können Sie sich noch daran erinnern, als die Grenzen zu Deutschland vollkommen zu gewesen sind? Als die Lastwagen mit den Hilfsgütern in Bayern standen und nicht

nach Österreich durchkamen? Können Sie sich noch daran erinnern, als es darum gegangen ist, Impfkontingente aufzuteilen? Das ist alles nicht sehr lang her. Unser Gedächtnis ist meistens darauf getrimmt, sich mit Aktuellem auseinanderzusetzen und Altes schnell zu vergessen. Wir sollten uns aber bewusst sein, dass dieses Europa schlussendlich nicht ein gemeinsames Ganzes ist, das immer an einem Strang zieht. Zu sehr sind die Menschen in ihren Regionen, ihren Heimatorten durch eine lange Geschichte verwurzelt. Da ist Europa gänzlich anders als alle anderen Kontinente es sind. Das sehe ich nicht als eine Gefahr, sondern als eine Chance. Ich sehe es als eine Chance, aus diesen Regionen Europas dieses Europa immer wieder neu zu formieren und neu zu erklären. Das hat das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag in den vergangenen zehn Jahren immer wieder gemacht.

Ich gratuliere euch zu dieser Initiative und ich erwarte mir von der heutigen Diskussion den einen oder anderen Impuls. Denn wir können Mitteleuropa nur dann fassen, wenn wir ohne Probleme in Tschechien, in Polen, in Österreich, in Liechtenstein, in Slowenien, in der Slowakei und in Ungarn arbeiten können, und zwar ohne, dass wir permanent unterschiedlichste Regulierungen zu beachten haben. Wir können Mitteleuropa nur dann fassen, wenn es so wie im vergangenen Sommer selbstverständlich ist, dass die Feuerwehr aus Österreich den Kollegen in Mähren hilft, ohne zu fragen, ohne zu überlegen: Brauche ich dazu eine gesetzliche Regulierung? – Eine gesetzliche Regulierung, die wir in der Frage des Notrufes oder des Alarmierungswesens bis heute nicht geschafft haben. Das sollte uns bewusst sein. Daran sind schon andere regionale Kooperationen gescheitert. Ich denke zum Beispiel an den Raum um

Lüttich beziehungsweise an den Raum um Aachen, wo man in den 1960er-Jahren mit großer Euphorie begonnen hat, und heute feststellt, dass der Rettungswagen aus Belgien eben nicht einen Menschen nach Deutschland transportieren kann.

Das heißt, wir werden uns ganz einfach nur dann als Mitteleuropäer fühlen, wenn wir diese Regulierungen nicht beachten. Wir werden uns dann als Mitteleuropa fühlen, wenn wir unseren kulturellen Raum sehen, wenn wir unsere gemeinsame Geschichte sehen, aber vor allem, wenn wir uns austauschen. Zu diesem Zweck sind Sie heute zu uns nach Wien gekommen, das freut mich.

Ich begrüße Sie noch einmal herzlich in unserem Ausweichquartier. Gerne hätte ich Sie im wieder bezugsfertigen Parlament, das wir seit den 1870er-Jahren haben, begrüßt, aber das kann ja dann beim nächsten Mal passieren. So müssen Sie im ursprünglichen Ballsaal der kaiserlichen Familie das Auslangen finden. Ich kann Ihnen versichern: Es wird hier nicht immer nur getanzt und übermütig agiert, sondern wir haben nächste Woche eine harte Budgetwoche, und da ist alles anders, als es dem ursprünglichen Nutzen dieses Saales geschuldet gewesen wäre. In diesem Sinne noch einmal einen herzlichen Gruß und ein herzliches Dankeschön für Ihr Kommen! «



„Das vereinte Europa ist in unserem mitteleuropäischen Interesse“

Dr. Matthias Rößler

» Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Wolfgang Sobotka, verehrter Herr Minister Dr. Gulyás, meine Herren Botschafter und Mitglieder des diplomatischen und konsularischen Korps, sehr geehrte Abgeordnete des Nationalrats und des niederösterreichischen Landtags, lieber Kollege Karner, lieber Hans Penz, liebe Abgeordnete des Sächsischen Landtags, liebe Kuratorinnen und Kuratoren des Forums

Mitteleuropa, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Es ist mir eine außerordentliche Freude und Ehre, Sie hier in Wien, im Parlament der Republik Österreich willkommen zu heißen.

Lieber Wolfgang Sobotka, haben Sie vielen herzlichen Dank für die Möglichkeit, dass wir das Forum Mitteleuropa hier

tagen lassen können. Sie haben es ja schon in Ihrer einleitenden Ansprache zum Ausdruck gebracht, wie viele Themen wir Mitteleuropäer haben, wie viele spezifische Fragen sich uns stellen, die vielleicht so oder ähnlich in anderen Teilen unseres Kontinents kaum eine Rolle spielen.

Genau solche Aspekte hat sich das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag von Anbeginn an auf die Fahnen geschrieben. Es begeht in diesem Jahr sein zehntes Jubiläum. Im September 2011 haben wir uns in Dresden gegründet.

Unverändert trägt uns das Ziel, mitteleuropäische Akzente stärker ins öffentliche Bewusstsein Europas zu heben. Das Forum möchte in Mitteleuropa Bande des geistigen Austauschs und der Verständigung knüpfen. Wir wollen uns besser verstehen lernen. Und wir möchten dazu beitragen, Mitteleuropa jenen zu vermitteln, die im geteilten Europa eben eine andere Geschichte erlebt haben als wir.

Dass eine Initiative wie das Forum Mitteleuropa von Sachsen ausgeht, das hat historische ebenso wie aktuelle Gründe: Sachsen hat – das löst manchmal Verwunderung aus, aber dazu stehen wir – immer zu Mitteleuropa gehört und über Jahrhunderte den mitteleuropäischen Raum mitgeprägt – politisch, wirtschaftlich und vor allem kulturell. Nach der langen Zeit zweier Diktaturen kehrte der Freistaat Sachsen 1990 sozusagen in die Geschichte zurück, in die Demokratie zurück. Es war zugleich eine Rückkehr nach Mitteleuropa.

Mit den anderen Ländern Mitteleuropas verbindet uns der Freiheitskampf im Jahr 1989, als sich die Völker im Herzen des Kontinents selbst aus der Unterdrückung befreiten. Die damit untrennbar verbundene Rückkehr nach Europa ist seither unser Auftrag, denn zu ihm gehören unverbrüchlich Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese einstigen Ziele der mitteleuropäischen Bürgerbewegung sind und bleiben der einzig für uns gangbare Weg im Europa des 21. Jahrhunderts.

Heute ist Sachsen eine Brücke nach Ost- und Mitteleuropa hin. Wir pflegen offenen Herzens ein enges Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn. Dialog und Kooperation stehen da an vorderster Stelle. Wir wissen, was in den Ländern Mitteleuropas seit 1990 aus eigener Kraft, aber auch mithilfe europäischer Solidarität geschaffen wurde. Dieser Leistung gebührt höchste Anerkennung. Wir kennen aber auch die daraus resultierenden Probleme und die Missverständnisse im Ost-West-Verhältnis, die, so scheint es fast, nicht kleiner werden.

Wir müssen alles daransetzen, diesen Erfolgsweg in Europa gemeinsam weiterzugehen. Die Erweiterung der Union in Richtung Osten und Südosten hat die Wesenheit des europäischen Staatenverbundes verändert, was übrigens viele im Westen nicht so sehen wollen oder können. Das heißt aber auch: Mitteleuropa profitiert nicht nur von der Europäischen Union, es steht auch mehr denn je in der Verantwortung für Europa. Die einzig richtige Devise lautet dabei: Europa gestalten! Das vereinte Europa ist im ureigenen Interesse unserer Völker. Wenn wir aus den Jahrhunderten eine Lektion für immer und ewig gelernt haben sollten, dann diese.

Auftakt

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer verdeutlichte vor wenigen Wochen beim 30. Jubiläum unseres Verbindungsbüros in Brüssel, der sogenannten Sachsenvertretung, wie sehr Sachsen von einem geeinten Europa profitiert hat. Die Unterstützung für unzählige Projekte, für Forschung, Innovation und Infrastruktur hat seit 1990 ganz entscheidend dabei geholfen, unseren Freistaat voranzubringen und ihn wieder zu einem erfolgreichen Forschungs- und Industriestandort zu entwickeln.

Hinzu kommen die gar nicht zu beziffernden Vorteile des europäischen Binnenmarkts, der gefallenen Grenzzäune, des kulturellen und zwischenmenschlichen Austauschs in Europa, des Friedens und der Versöhnung. Wollen wir das ernsthaft aufs Spiel setzen? Glaubt irgendeiner von uns, irgendein Staat oder ein Volk in Europa, man stünde auf

sich allein gestellt besser da, oder man stünde besser da an der Seite Russlands oder Chinas, wenn ich das zuspitzen darf?

Die Realität in Europa ist seit Jahren nicht leicht, sie ist schwer. Unlösbar scheinende Konflikte stehen im Raum – bei den Reformen der Migrations- und Asylpolitik, bei der Bekämpfung des Klimawandels, bei der Suche nach außenpolitischer Souveränität oder im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Mitgliedstaaten. Überlagert wurde und wird dies von der über die Welt und Europa hereingebrochenen Corona-Pandemie. Sie konfrontiert uns mit ungekannten Problemen, zeigt aber auch, dass es bei vielen Dingen nur einen gemeinsamen europäischen Ausweg gibt.

Eine Desintegration wie beim Brexit darf sich in der Europäischen Union nicht wiederholen. Europa muss für jeden Mitgliedstaat immer die beste Wahl darstellen. Das sollten wir unbedingt beachten, wenn zum Beispiel gegenwärtig das Wort vom Polexit die Runde macht. Ich finde, allein der Gedanke daran ist fürchterlich, und ganz besonders fürchterlich wäre das für uns im Osten Deutschlands, die wir gerade von der Peripherie in die Mitte Europas gerückt sind.

Wir wissen, und das kennen die Sachsen wie die Österreicher mit ihrem Verständnis für Mitteleuropa besonders gut, dass viele in Mitteleuropa den gegenwärtigen Weg der Europäischen Union skeptisch betrachten. Sie meinen, die Union entferne sich immer mehr von ihren ursprünglichen Ideen. Sie meinen, die EU agiere losgelöst vom Alltag und den Erfahrungen der Menschen vor Ort und riskiere damit ihren Fortbestand. Viele können eher einem Europa vitaler Nationalstaaten, das sich auf das Wesentliche



konzentriert, auf Bereiche wie den Binnenmarkt, den Außenhandel und den äußeren Grenzschutz, etwas abgewinnen. Sie sehen die EU eher als Markt und weniger als Wertegemeinschaft.

In seinem Buch „Europas geteilter Himmel“ beschreibt der Journalist Norbert Mappes-Niediek das dahinterliegende Phänomen. „Der Westen trumpft auf, der Osten reagiert widerstrebend; der eine greift an, der andere wehrt sich zaghaft, aber wirkungsvoll.“ Der eine erhebt Anspruch auf die Anerkennung seiner allgemeingültigen Wahrheit, der andere erhebt Anspruch auf seine Besonderheit.

Wie immer der Weg am Ende aussieht, in jedem Fall muss sich Europa – im Osten, im Westen, im Süden, im Norden – darüber einig sein. Es ist wie im wahren Leben, Streitphasen sind wichtig, aber sie müssen gelöst werden hin zur Stabilität. Was wir in Europa brauchen, das ist eine unbedingte Stabilität der Systeme.

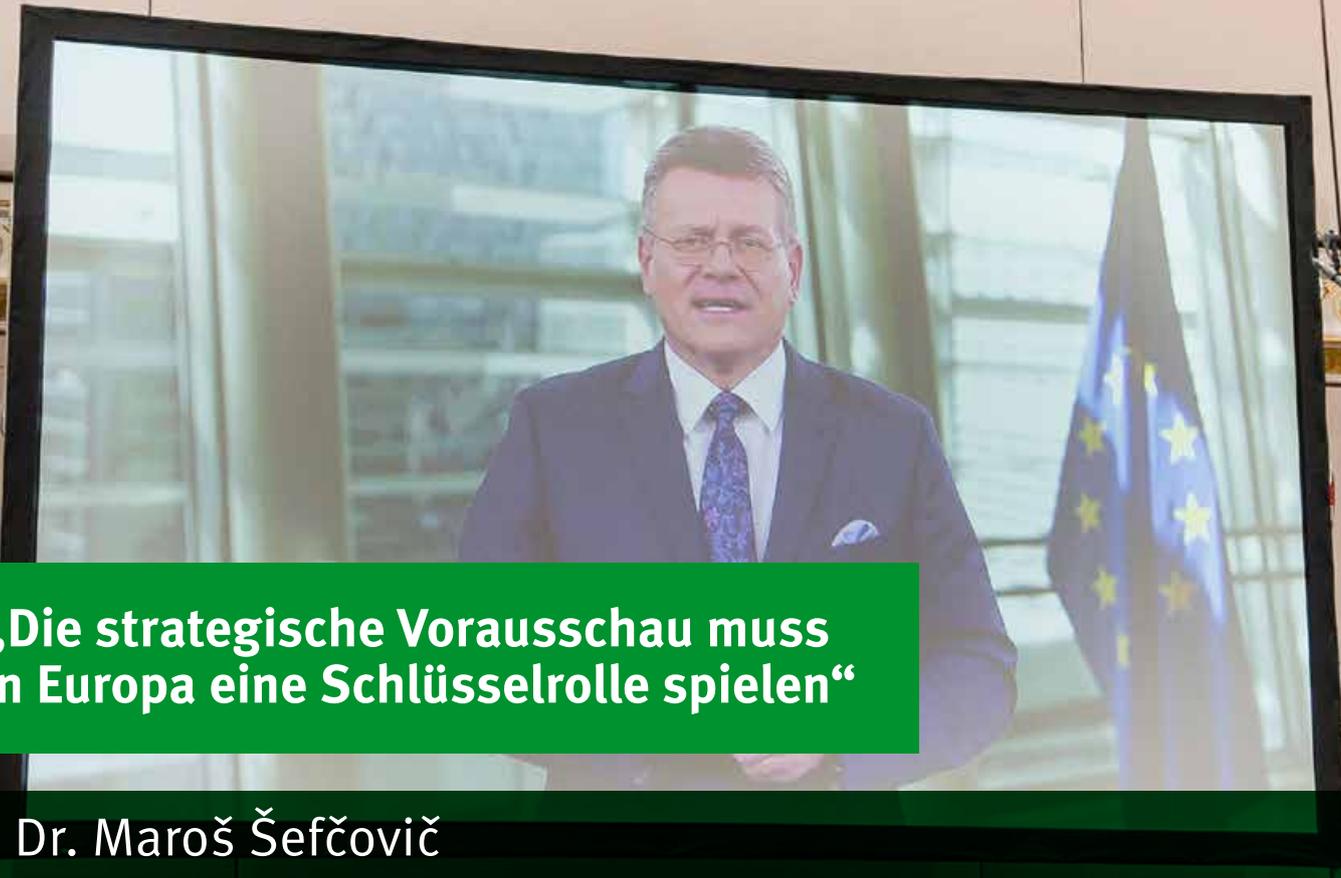
Ob Finanzen, Bildung, Wirtschaft, Gesellschaft oder Staat, Instabilitäten sind Gift für das europäische Projekt. Die Corona-Pandemie hat diese Instabilitäten miterzeugt, und es besteht unverändert die Gefahr, dass sich in Europa eine Vertrauenskrise erhärtet.

In einer Welt, die zunehmend von der Rivalität zwischen China und den Vereinigten Staaten bestimmt ist, muss Europa gemeinsam agieren und darf sich weder von außen noch von innen auseinanderbringen lassen. Denn die

universelle Anziehungskraft der freiheitlichen Demokratie, so hat es jüngst Ivan Krastev noch einmal auf den Punkt gebracht, „wird durch den gleichzeitigen Aufstieg des nationalistischen Autoritarismus innerhalb und außerhalb der EU infrage gestellt“. Beides ist ungemein gefährlich für unsere Gemeinschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Konferenz will verschiedene Perspektiven aufzeigen. Der Konferenztitel „Wie weiter in Europa?“ ist eine Frage, die zwei eherne Voraussetzungen umfasst. Erstens: Es geht *weiter* in Europa. Zweitens: Es geht weiter *in* Europa. Das „Wie“ ist indes variantenreich und offen zu beantworten. Wir wollen heute davon möglichst viel hören. Am Vormittag widmen wir uns dem Umgang mit der Pandemie in Europa und Mitteleuropa ebenso wie dem europäischen Weg danach. Am Nachmittag richten wir den Blick auf den allgemeinen Zustand Europas und welchen Perspektiven respektive Herausforderungen es sich in den kommenden Jahren gegenübersteht. Welche „strategische Agenda“ sollte die EU aus Sicht der Länder Mitteleuropas zukünftig verfolgen? Wie lässt sich die EU in diesem Sinne nachhaltig weiterentwickeln? Und: Wie geht Europa mit dem Wandel in der Welt um, wie begegnet es der globalen Machtverschiebung hin zum „Osten“, weg vom „Westen“?

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt auf die Antworten und freue mich auf eine aufschlussreiche Konferenz. Vielen Dank, dass wir heute hier sein dürfen. «



„Die strategische Vorausschau muss in Europa eine Schlüsselrolle spielen“

Dr. Maroš Šefčovič

» Guten Morgen! Zunächst einmal tut es mir leid, dass ich nicht persönlich bei Ihnen sein kann. Mein Dank gilt den Organisatoren – dem Nationalrat der Republik Österreich und dem Sächsischen Landtag – dafür, dass sie mich darum gebeten haben, heute zu Ihnen zu sprechen. Es ist ein sehr günstiger Moment für eine Diskussion darüber, wie es mit Europa vorangehen kann.

Wir leben in beispiellosen Zeiten, in denen Europa mit einer großen und komplexen Bandbreite an Themen konfrontiert ist, angefangen bei der Pandemie bis hin zum Klimawandel. Herausforderungen bringen aber auch Chancen mit sich. Die Erholung von der Pandemie bietet uns die Möglichkeit, die sich einer Generation nur einmal eröffnet, unsere langfristigen Ziele hin zu einem grünen, digitalen und fairen Europa zu erreichen.

Zur Unterstützung dieser Bemühungen müssen wir unsere Bereitschaft und unsere evidenzbasierte vorausschauende Politikgestaltung stärken. Hier muss die strategische Vorausschau eine Schlüsselrolle spielen. Als erster EU-Kommissar, dem die besondere Zuständigkeit für Vorausschau zuteilwird, bin ich verpflichtet, die strategische Vorausschau ins Zentrum der EU-Politikgestaltung zu rücken.

Heute möchte ich kurz einige Aufgaben erörtern, mit denen wir dieses Ziel erreichen wollen. Im Jahr 2020 hat die Kommission ihren ersten Bericht zur strategischen Vorausschau angenommen. In diesem stand die Widerstandsfähigkeit, die Resilienz, als neuer Kompass für die Politikgestaltung im Mittelpunkt, der den Rahmen für kommende ambitionierte Aufgaben bildet.

In unserem im September angenommenen Bericht zur strategischen Vorausschau 2021 haben wir großes Augenmerk auf die geopolitische Dimension der Resilienz gelegt und uns die Frage gestellt, was dafür notwendig wäre, bei Europas offener strategischer Autonomie die nächste Stufe zu erreichen. Dabei haben wir vier wichtige globale Megatrends identifiziert, die sich auf die offene strategische Autonomie der EU in den kommenden Jahrzehnten auswirken werden.

Erstens: Klimawandel und andere Umweltherausforderungen. Wir erleben, dass die globale Erwärmung zu immer schlimmeren Wetterextremen führt und die Sicherheit bei der Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln gefährdet. In diesem Sommer wurden wir erneut daran erinnert, wie

verheerend sich Fluten und Flächenbrände auf die Existenzgrundlage von Menschen auswirken können.

Zweitens: Digitale Hyperkonnektivität und technologische Transformation. Ganze Bereiche der Gesellschaft wie Wirtschaft, Arbeitswelt, Industrie und Regierung sollen transformiert werden. Beispielsweise könnten 50 Prozent der gegenwärtigen Arbeitsplätze weltweit bis 2050 automatisiert werden. Gleichzeitig werden neue Arbeitsplätze entstehen, zum Beispiel nachhaltige Jobs (Green Jobs), die neue Qualifikationen erfordern.

Drittens: Druck auf Demokratie und Werte. 2020 lebten 34 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, die einen Rückgang in der demokratischen Staatsführung erlebten, und nur vier Prozent in Ländern, die demokratischer wurden.

Schließlich: Verschiebungen in der globalen Ordnung und Demografie. Die EU-Bevölkerung geht zurück und wird immer älter, während sich die Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara bis Mitte des Jahrhunderts voraussichtlich verdoppeln wird und 50 Prozent dieser Bevölkerung jünger als 21 Jahre sein werden. China wird aller Voraussicht nach noch vor dem Ende dieses Jahrzehnts zur größten Volkswirtschaft werden, und Indien wird möglicherweise in den nächsten 20 Jahren die EU beim Bruttoinlandsprodukt übertreffen.

Angesichts dieser Megatrends identifiziert der diesjährige Bericht zehn Handlungsbereiche, in denen die offene strategische Autonomie Europas verstärkt werden soll. Diese beinhalten alles von der Energieautonomie und kritischen Rohstoffen über das Setzen von Standards bis hin zu Sicherheit, Verteidigung und Raumfahrt.

Hierzu gehören außerdem grüne und digitale Qualifikationen, ein wichtiger Zukunftsbereich insbesondere für junge Menschen – für den grünen Wandel wird die Schaffung von fast einer Million zusätzlicher Nettoarbeitsplätze bis 2030 erwartet. Diese werden auf allen Qualifikationsniveaus entstehen – im Energiesektor wird zum Beispiel erwartet, dass im Jahr 2050 75 Prozent der Beschäftigten Arbeiter und Techniker sind.

Die bestmögliche Nutzung dieser Chancen wird jedoch politische Handlungen erfordern, die den Übergang zu neuen Arten an Arbeitsplätzen erleichtern. Zudem werden Rufe nach Unterstützung von Regionen und Arbeitern in solchen Transformationsbereichen mit der richtigen Mischung aus politischen Handlungen, Anreizen und Rahmenbedingungen laut. Genau darum geht es bei der strategischen Vorausschau. Man muss operativ tätig werden und die Politikgestaltung aktiv managen.

Wie auch immer es weitergeht, wir müssen den Horizont im Auge behalten, um aufkommende neue Trends aufzuspüren. Gleichzeitig wird die Kommission die strategische Vorausschau bei der Politikgestaltung weiter verstärkt einsetzen, damit wir unsere politischen Ziele leichter erreichen können. Dazu gehört die Kooperation mit den Mitgliedsstaaten, um nationale Vorausschaufähigkeiten zu stärken. Das neu eingerichtete EU-weite Netzwerk der Zukunftsminister ist dafür das Hauptforum.

In diesem Zusammenhang freue ich mich, dass der österreichische Zukunftsminister mich bei unserer Konferenz zum europäischen Strategie- und politischen Analysesystem (ESPAS) am nächsten Donnerstag begleiten wird. Hier

werden wir die Gelegenheit haben, gemeinsam mit der Premierministerin Litauens und den Zukunftsministern von Griechenland und Spanien nationale Vorausschaukapazitäten und langfristige Strategien zu diskutieren.

Mit der Erstellung des Berichts zur strategischen Vorausschau 2022 (2022 Strategic Foresight Report) haben wir ebenfalls bereits begonnen. Dieser wird seinen Schwerpunkt auf der Partnerschaft zwischen grünem und digitalem Übergang haben, wobei neue Technologien im Vordergrund stehen.

Darüber hinaus müssen wir die Zusammenarbeit innerhalb der EU verstärken. Hier ist die Konferenz zur Zukunft Europas ein ausgezeichnetes Beispiel einer neuen Denkweise auf europäischer Ebene, speziell was die Kooperation mit den Bürgern anbelangt.

Damit möchte ich schließen. Ich begrüße die langfristige Perspektive der heutigen Konferenz und wünsche Ihnen allen eine interessante und wertvolle Diskussion. Vielen Dank. «





Thema I

Europa nach der Pandemie – Aufbruch oder Vertrauenskrise?



*Während der Renovierung
des historischen Parlaments-
gebäudes tagen Nationalrat
und Bundesrat der Republik
Österreich im Großen
Redoutensaal der Wiener
Hofburg am Josefsplatz.*

Forum Mitteleuropa im Sächsischen Landtag

Impulsreferat

„In Europa die Vielfalt bewahren und gemeinsame Ziele verfolgen“

Dr. Gergely Gulyás

» Sehr geehrter Herr Präsident Sobotka, Herr Präsident Rößler, Exzellenzen, meine Damen und Herren, das Thema Corona und der aufgeworfene Titel „Europa nach der Pandemie“ bedeuten nicht, dass ich über die Pandemie sprechen werde. Stattdessen denke ich, wenn wir die Frage beantworten wollen, wie unser Europa nach der Pandemie sein soll, müssen wir uns eine Vorfrage stellen: Was für ein Europa wollen wir überhaupt haben? Ein Impulsreferat

bietet die Möglichkeit, Fragen zu stellen, und dann können wir wieder im Gespräch alle Fragen beantworten. Und eine der wichtigsten Fragen heutzutage in Europa ist, was für ein Europa wir überhaupt wollen.

Wollen wir jenes Europa behalten, das auf Nationalstaaten basiert und übrigens schon seit Gründung der Europäischen Union besteht? Wollen wir ein Europa aufrechterhalten,

das, wie es Theodor Heuss, der erste deutsche Bundespräsident nach dem Zweiten Weltkrieg formulierte, auf den Grundlagen der griechischen Philosophie, des römischen Rechts und den Grundwerten des Christentums beruht?

Heutzutage gibt es in Europa viele politische Debatten und auch gemeinschaftliche Unterschiede. Deshalb stellen sich viele Fragen, die wir nicht ähnlich beantworten werden. Es existieren Länder in Europa, die sich von dieser Tradition entfernen möchten oder sich bereits unumkehrbar von dieser Tradition entfernt haben. Wenn wir hier in Mitteleuropa miteinander sprechen wollen, müssen wir sehen, dass wir eine mitteleuropäische Identität haben und die Mehrheit dieser Fragen wird in dieser Region gleich oder ähnlich beantwortet. Deshalb können wir natürlich die Einheit der Union nur dann aufrechterhalten, wenn diese bestehenden Unterschiede keine unüberwindbaren Hürden für eine zukünftige Zusammenarbeit darstellen. Dafür, und das ist vielleicht das Wichtigste, muss man tolerant bleiben.

Zur Toleranz gehört aber auch, dass wir akzeptieren können, dass andere anders über die Welt, anders über den Begriff der Familie, anders über die Einwanderung, anders über Parallelgesellschaften, vielleicht auch anders über den Begriff der Ehe denken. Zwar bin ich mit denen nicht einverstanden, die eine von unserem Standpunkt sich abwendende Haltung einnehmen, jedoch sehe ich es nicht als meine Aufgabe an, die in einem anderen Staat beschlossenen, im Gegensatz zu unseren Werten stehenden Beschlüsse zu beurteilen. Im Gegenzug erwarten wir dies – im Sinne der so oft genannten Toleranz – auch für unsere Beschlüsse und Entscheidungen. Wenn wir eine gut funktionierende EU sein möchten, müssen wir natürlich die Gebiete bestimmen,

wo wir eine gemeinsame Politik machen wollen. Das Wichtigste bei dieser Rollenverteilung sind die Verträge, denen wir dabei folgen müssen.

Meine Damen und Herren, unser gemeinsames Ziel ist, die Europäische Union zusammenzuhalten. Aber dies muss so erreicht werden, dass wir Unterschiede und Vielfalt bewahren.

Auch die alten Mitgliedstaaten müssen zum Beispiel akzeptieren, dass sich Mitteleuropa nicht in jeder Hinsicht an die sogenannte westliche gesellschaftliche Entwicklung angepasst hat und es auch nicht tun will. Diese Widersprüche werden nur dann keine Hindernisse für unsere Zusammenarbeit sein, wenn wir klar beschreiben können, in welchen Punkten wir mehr Europa, also eine tiefere Integration benötigen, und wenn wir klar definieren können, in welchen Punkten wir bereits jetzt weitergegangen sind, als es nötig gewesen wäre.

Ich möchte nur einige Beispiele erwähnen: Die ungarische Regierung war vielleicht die erste, die schon vor mehr als zehn Jahren über die Notwendigkeit europäischer Einsatzkräfte gesprochen hat, und ich denke auch, dass es eine nötige Aufgabe ist. Wenn Europa nicht nur im politischen Sinne eine größere Bedeutung haben möchte, dann müssen wir auch europäische Einsatzkräfte haben. Wir sehen auch die Entwicklungen in der Welt der sozialen Medien. Wenn wir gute Regelungen in diesem Bereich erreichen möchten, dann ist das eine gemeinsame europäische Aufgabe. Wo ist die Grenze der Meinungsfreiheit? Wie können

wir gemeinsame Steuerregelungen gegen die größten Social-Media-Unternehmen erreichen? Diese Frage und diese Aufgabe sind gemeinsame und ungelöste Aufgaben der Europäischen Union. So denke ich nicht, dass wir in Europa beim Thema Migration zu einer gemeinsamen Haltung gelangen können. Wir haben in diesem Bereich einen anderen geschichtlichen Hintergrund und andere gesellschaftliche Meinungen.

Wir haben das Glück, dass es die Verträge der EU gibt, die sagen, was in EU-Kompetenz gehört und was nicht. Die Europäische Union kann nur in den Bereichen tätig werden, in denen ihre Mitgliedstaaten sie kraft der EU-Verträge dazu ermächtigt haben.

Trotzdem kam es in letzter Zeit immer wieder vor, dass die Europäische Kommission ihren gesetzlichen Rahmen überschritten oder durch eine schleichende Kompetenzerweiterung schwerwiegende Konflikte ausgelöst hat. Die Europäische Kommission kann es sich nicht erlauben, eine parteipolitische Rolle oder eine politische Rolle zu spielen, die Kommission muss die Hüterin der Verträge bleiben.

Der langfristige Erfolg der europäischen Zusammenarbeit hängt von unserer Fähigkeit ab, die Themen, auf die wir uns einigen müssen, und die Verpflichtungen, die alle von uns erfüllt werden müssen, klar zu identifizieren und zu definieren. Darüber hinaus ist die Anerkennung der Tatsache wichtig, dass wir uns in zahlreichen Fragen vielleicht nicht einig sind, jedoch auch keinen gemeinsamen Standpunkt haben müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir über die Zukunft Europas sprechen, dann müssen wir erwähnen, dass es nicht obligatorisch ist, immer alles zu loben, und, das ist auch wichtig, dass alle Klubmitglieder das Recht haben, über die gemeinsamen Regelungen des Klubs zu bestimmen.

Die letzten Jahre zählen nämlich nicht zur erfolgreichsten Periode der europäischen Zusammenarbeit. Die europäische Gemeinschaft konnte die großen Krisen der letzten Jahrzehnte, etwa die Wirtschaftskrise oder die Migrationskrise, nicht effektiv bewältigen, reagierte erst spät, und versuchte diejenigen als schlechte Europäer darzustellen, die eine nützliche und gute Antwort auf Grundlage der geltenden europäischen Verträge geliefert haben. Als Beispiel möchte ich hier den Außengrenzschutz erwähnen.

Nach der Erweiterung der EU im Jahr 2004 und dem anschließenden Beitritt von drei weiteren Mitgliedstaaten – Bulgarien, Rumänien und Kroatien – gibt es noch Kandidatenländer, die in die Europäische Union aufgenommen werden können. Ich denke, dass wir für die Balkanländer wirklich eine Beitrittsperspektive gewährleisten müssen. Das ist eine Glaubwürdigkeitsfrage für die Europäische Union. Wir können nicht über ein gemeinsames Europa sprechen, wenn wir die Perspektive der Mitgliedschaft für die Balkanregion und für die Länder der Balkanregion nicht geben können.

Es ist jedoch auch wichtig, dass wir gute Beispiele der europäischen Zusammenarbeit der letzten Jahre erwähnen. Etwa gegen die Pandemie können wir gemeinsam auftreten und dort konnte die Kommission auch effektive Entscheidungen treffen. Deshalb müssen wir korrekt sein, wenn wir



über Krisenmanagement sprechen. In diesem Fall konnte die Europäische Union vielleicht nicht sehr schnell, aber gut und effektiv reagieren.

Wir in Mitteleuropa müssen auch immer und immer wieder über die Wichtigkeit der Wettbewerbsfähigkeit sprechen. Ich denke, wir müssen insbesondere in Richtung Süden die Regelungen der Verträge, welche die Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten, immer und immer wieder erwähnen, weil wir in den südlichen Ländern sehr gefährliche Prozesse sehen, wo die Kriterien von Maastricht nicht mehr richtig sind und wo der wirtschaftliche Erfolg und die Maastrichtkriterien gegeneinanderstehen. Das ist ein Eingriff, das ist gegen das mitteleuropäische Interesse. Auch mit der gemeinsamen Verschuldung müssen wir sehr aufpassen. Ich denke, das ist die nächste Phase der Integration, aber ich bin mir nicht sicher, dass es nötig und nützlich ist.

Bei aller Kritik müssen wir immer die europäische Gemeinschaft aus einer historischen Perspektive sehen. Diese Gemeinschaft hat nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute grenzenlose Freiheit und Prosperität und Frieden gewährleistet. Nach der Wende gab es auch für uns, die mitteleuropäischen Länder, die unter dem Kommunismus so viel gelitten haben, die Möglichkeit, der Europäischen Union beizutreten und damit das bestimmende Schicksal Europas zu beeinflussen.

Die Europäer müssen heutzutage im Weltwettbewerb gemeinsam auftreten. Wir haben schon gehört, wenn wir mit China und mit den Vereinigten Staaten, oder vielleicht in dem einen oder anderen Fall gegen China und die Vereinigten Staaten, unsere Interessen vertreten möchten, ist es nötig, einen gemeinsamen Ton zu finden. Deshalb bleibt die europäische institutionelle Zusammenarbeit alternativlos.

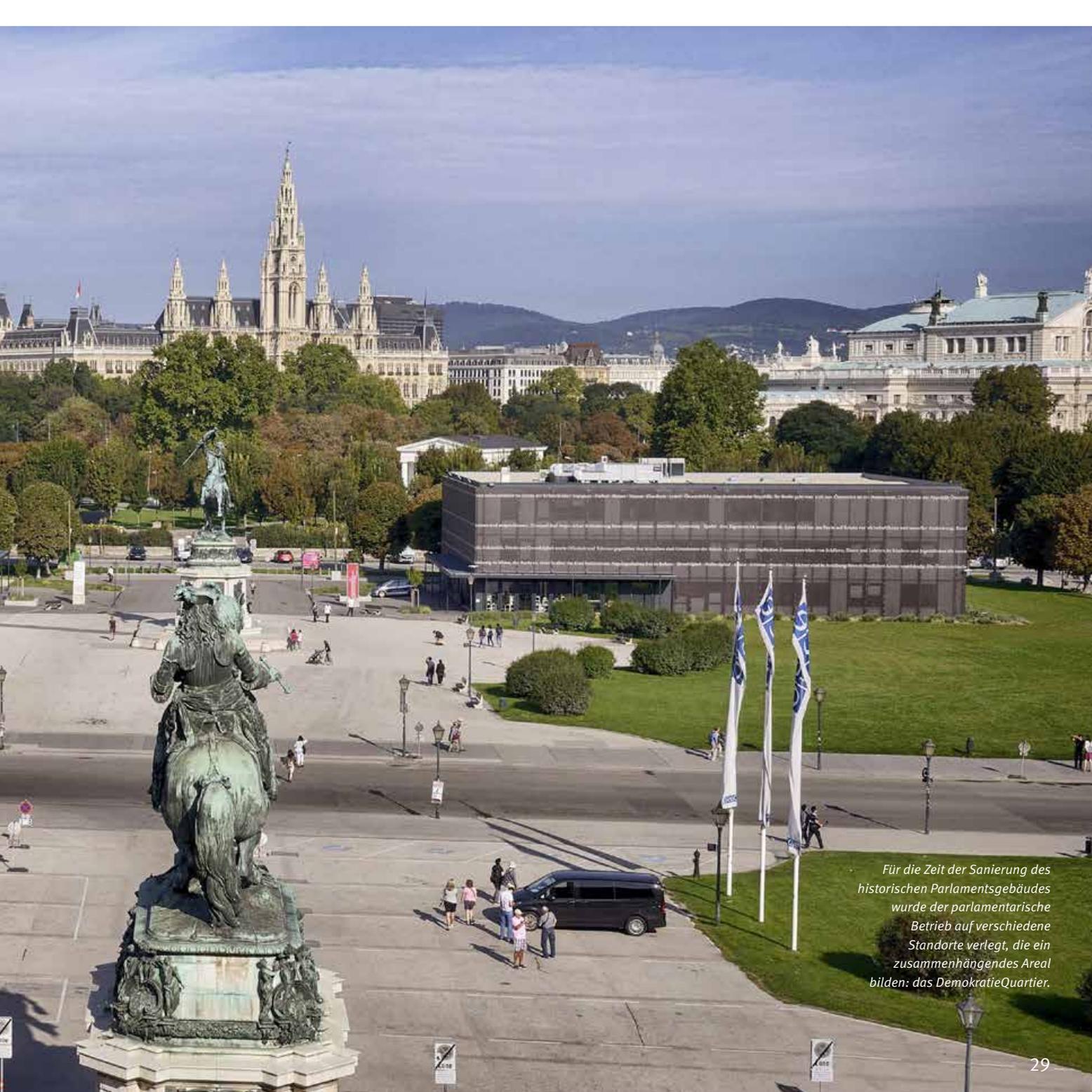
Viele kennen vielleicht die Geschichte von Otto von Habsburg, dem ehemaligen hervorragenden europäischen Politiker, Sohn des letzten Kaisers der Monarchie und leidenschaftlichen Fußballfan. Er hat einmal gefragt: Was für ein Fußballspiel gibt es heute Abend? Die Antwort: Österreich-Ungarn. Otto von Habsburg hat dann nachgefragt: Okay, aber gegen wen? – Diese Anekdote ist deshalb wichtig, weil wir immer bedenken müssen, dass wir gemeinsam die Interessen Mitteleuropas gut vertreten können. Wir müssen nur bestimmen, gegen wen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. «



Podiumsdiskussion





Für die Zeit der Sanierung des historischen Parlamentsgebäudes wurde der parlamentarische Betrieb auf verschiedene Standorte verlegt, die ein zusammenhängendes Areal bilden: das DemokratieQuartier.



Podiumsdiskussion

Gerald Schubert
(Moderation)



Dr. Gergely Gulyás



Ralf Beste



→ Gerald Schubert (Moderator):

Herzlichen Dank. Ich möchte jetzt die Teilnehmer des ersten Panels zu mir aufs Podium bitten. Meine Damen und Herren, zu meiner Linken sitzt Gergely Gulyás, wir haben gerade sein Impulsreferat gehört. Wie gesagt, er ist Minister im Amt des Ministerpräsidenten der Republik Ungarn, sozusagen Leiter der ungarischen Staatskanzlei. Er ist auch Abgeordneter der ungarischen Nationalversammlung. Im Zivilberuf ist er Jurist und Rechtsanwalt und wirkte auch als Dozent für Verfassungsrecht – mit Blick auf Europa ja kein uninteressantes Thema.

Neben ihm sitzt Ralf Beste, der deutsche Botschafter in Österreich. Er hat Geschichte studiert, war dann Journalist, hat dann einmal die Seiten gewechselt, wurde Pressesprecher im Finanzministerium in Rheinland-Pfalz, kehrte als Parlamentskorrespondent der „Berliner Zeitung“ wieder zum Journalismus zurück, war dann Journalist beim „Spiegel“ und ging schließlich in die Diplomatie. Er war von 2017 bis 2019 Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt in Berlin und ist seit 2019 deutscher Botschafter in Österreich.

Ludger Kühnhardt ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Friedrich-Wilhelms-

habe ich mir gedacht, vielleicht wäre es ganz interessant, am Anfang von Ihnen einmal eine Art persönliches Resümee zu hören: Was hat Sie in der Pandemie besonders überrascht? Was hat Sie besonders geärgert? Was sind Ihre persönlichen Lehren? Was nehmen Sie aus der Pandemie mit, was gibt Ihnen eine gewisse Zukunftsperspektive? Herr Gulyás, vielleicht wollen Sie gleich beginnen.

→ **Dr. Gergely Gulyás:**

Das ist eine schwierige Frage, weil es politisch und persönlich ist. Natürlich, die letzte ähnliche Pandemie in der Geschichte Europas war die Spanische Grippe zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Keiner von uns war dort, keiner von uns hat entsprechende Erfahrungen. Wir dachten gar nicht, dass wir im hochentwickelten 21. Jahrhundert noch einmal in einer Situation sein werden, wo wir nicht so miteinander reden können, wie es vorher möglich war, wo wir nicht so leicht reisen können, wie es in den letzten Jahrzehnten Mode war. Das alltägliche Leben wurde so stark beeinflusst, wie wir uns das vorher nie gedacht haben. Und die politische Aufgabe war natürlich, eine Balance zu finden, wie der Staat funktionieren kann, und gleichzeitig, wie wir in der Pandemie handeln können. Ich denke, in diesem Bereich konnte Europa ähnliche Lösungen finden. Wenn ich die Staatsentscheidungen sehe, die wegen der Pandemie getroffen wurden, dann erkenne ich keine großen Unterschiede. Natürlich gab es ein anderes Timing, es gab auch unterschiedliche Entscheidungen, aber 90 Prozent der Regierungsentscheidungen waren ähnlich. Die größte Frage ist, ob wir gegen die Pandemie einen Sieg erreichen können oder ob wir in den nächsten Jahren mit der Pandemie leben müssen. Das ist die größte Frage.



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt



Universität in Bonn. Er hat als Rheinländer trotzdem gleich mehrere Mitteleuropabezüge, über die er uns nachher vielleicht ein bisschen erzählen kann. Vor allem ist sein Zentrum für Europäische Integrationsforschung auch jenes, das die politischen Vorhaben der verschiedenen europäischen Institutionen regelmäßig einem Monitoring unterzieht. Ludger Kühnhardt ist daher ein Mann, der geeignet ist, uns zu sagen, was denn so von den Plänen der EU erfolgreich umgesetzt wird, und was weniger.

Ich bedanke mich bei Ihnen und heiße Sie zunächst einmal herzlich willkommen. Mit Blick auf das Thema Corona

→ **Gerald Schubert:**

Danke. Ralf Beste, aus der Sicht des Diplomaten: Was hat Sie besonders bewegt in den letzten eineinhalb Jahren?

→ **Ralf Beste:**

Es waren, und das ist der Ausgangspunkt meiner Überlegungen, die Grenzerfahrungen, die Präsident Sobotka eingangs angesprochen hat, die wir in der Krise erlebt haben. Dass in dem Moment, in dem es schwierig wurde, die Nationalstaaten, die Mitgliedstaaten Europas alleamt auf bewährte oder nicht bewährte Rezepte aus der Vergangenheit zurückgegriffen haben, die doch eigentlich überwunden schienen. Dass ich als Botschafter plötzlich an einem Wochenende das Management der Lieferung von Schutzausrüstungen von Deutschland nach Österreich in die Hand bekam und einige Wochenenden später damit konfrontiert war, deutsche Saisonarbeiter aus Quarantänegebieten in Tirol mit Polizeieskorten nach Deutschland zu evakuieren. Das war schon überraschend.

Was mir damals in dem Kontext auch aufgefallen ist, ist, wie schnell der Geduldsfaden aller Beteiligten mit der Europäischen Union und auch mit dem europäischen Projekt zu reißen drohte. Das Urteil, dass die EU, dass Europa versagt habe, war immer sehr schnell zur Hand, und das Urteil war eigentlich schon gefällt, bevor – möglicherweise spät oder langsam – die Europäische Union ihre doch enorme Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen konnte. Denn wenn Sie sich anschauen, wie es heute ist, haben wir auch durch das große Rettungspaket die wirtschaftlichen Schäden, nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer Ebene in einer Weise in den Blick genommen und da möglicherweise Abhilfe

schaffen können, wie das, glaube ich, den Neid der ganzen Welt auslösen wird.

Was den Impfstoff und die Verteilung angeht, sind wir absolute Weltspitze. Aber dass wir so wenig Sinn dafür haben, das auch zu sehen, weil unser Urteil darüber, dass es Versagen gab, schon viel früher gefällt worden ist, ist eine Sache, die mich ins Nachdenken darüber bringt, wie sehr wir eigentlich hinter diesem europäischen Projekt stehen und was wir bereit sind, dafür zu investieren.

→ **Gerald Schubert:**

Danke schön. Herr Professor Kühnhardt, wie sah das bei Ihnen aus? Was hat Sie als Privatmensch wie als Wissenschaftler besonders umgetrieben in der Beobachtung der Lage?

→ **Prof. Dr. Ludger Kühnhardt:**

Mich hat der Ausbruch der Corona-Pandemie im südlichen Brasilien erwischt, wo ich mich zu Forschungen über die Zusammenarbeit der EU mit dem südamerikanischen Mercosur-Verbund aufhielt. Wo gerade noch fröhlich Karneval gefeiert wurde, da gingen auf einmal bewaffnete Polizisten über den Strand und vertrieben die Leute in den Lockdown. Ein alter Arzt sagte mir so ganz trocken: Na ja, eine Pandemie, die ist so, wie sie ist, mit vielen Toten, und die Welt wird dieses Mal insgesamt für drei Jahre stehen bleiben.

Ich dachte, der Mann ist nicht ganz klar bei Sinnen, aber wenige Tage später erreichten meine Frau und ich das letzte Flugzeug, das Brasilien noch verließ, um nach Europa zurückzukommen. Und bei dem Abflug in São Paulo,



der größten Metropole Südamerikas, haben wir eine menschenleere Gespensterstadt gesehen, wo nur noch Drogenjunkies und Obdachlose auf den Straßen waren. Alle anderen hatten sich schon in ihre Häuser verkrochen. Seitdem treibt mich dieser Satz um, der ja wie ein Mantra auch in Europa von jedem Politiker gesagt wird: Wir sind alle nur sicher, wenn wir alle sicher sind, wenn wir in dieser Pandemie geschützt sind. Meine Konklusion aus den bisherigen Erfahrungen ist: Wir sind in Europa fragmentiert, wir sind zu unserem eigenen Schaden geizig, und wir sind, um an das anzuknüpfen, was Vizepräsident Šefčovič eben gesagt hat, bisher nicht wirklich weltfähig.

Wir haben bislang in dieser Pandemie durch die gemeinsame Beschaffung der Impfstoffe fast drei Milliarden Impfdosen für die europäischen Bürgerinnen und Bürger bereitgestellt bekommen durch unsere Mitgliedstaaten, verhandelt durch die EU. Das gesamte Kostenvolumen liegt ungefähr bei 19 Milliarden Euro für diese erste Impfdosiswelle, die uns hier in Europa schützt. Die Firmen haben Impfstoffe auch für die Welt produziert. Inzwischen werden anderthalb Milliarden Impfdosen pro Monat hergestellt. Europa hat auch Geld gespendet für die UNO-Initiative Covax oder für die Initiative der Weltgesundheitsorganisation. Aber die Wirklichkeit ist, dass drei Viertel und noch mehr der Menschen des sogenannten globalen Südens nicht geimpft sind. Nur zwei Prozent der Menschen in Afrika sind geimpft.

Wir sind zu geizig. Wenn wir Europäer bereit gewesen wären – oder meinetwegen mit unseren Partnern, den wohlhabenden Staaten in der G7-Gruppe –, dem gesamten armen globalen Süden Impfstoff zu schenken – etwa 11 Milliarden Impfdosen wären für zweifache Impfungen nötig –, dann hätte uns das zwischen 30 und 50 Milliarden Euro gekostet, je nachdem, welchen Impfstoff wir gekauft hätten. Das ist wahnsinnig viel Geld, aber gemessen an den ökonomischen Folgekosten der Pandemie, ist das im Grunde Taschengeld. Und die Pandemie ist ja nicht vorbei. Wie gesagt, nur zwei Prozent der Menschen in Afrika sind geimpft. Wir haben von der dynamischen Bevölkerungsentwicklung dort gehört. Mutationen werden uns über viele Jahre vermutlich neu einholen. Angesichts dieser Lage sind wir in der EU weiterhin fragmentiert. Vielleicht können wir das gleich noch vertiefen, aber mich treibt dieser Zusammenhang sehr um.

Es geht bei der Corona-Frage wie bei den anderen großen Themen, die wir auch heute Nachmittag hier besprechen, um zwei Seiten derselben Medaille. Es geht um die Selbstbehauptung Europas und es geht um die Weltfähigkeit Europas. Das verknüpfe ich mit der Idee der europäischen Souveränität: Souverän wäre es gewesen, wenn wir hier viel weiter vorausgeschaut hätten, nicht nur mit schönen Überschriften, wie wir das eben vom Kommissar gehört haben, sondern tatsächlich auch im Handeln dazu bereit gewesen wären. Die Corona-Krise ist da ein wirkliches Paradebeispiel für das, woran es bei uns in Europa nach wie vor mangelt.



→ **Gerald Schubert:**

Ich würde gerne noch zu einem Thema zurückkommen, das einige von Ihnen kurz angesprochen haben, das mir aber zentral erscheint, nämlich das Phänomen der Grenzsicherungen. Alle, die das Jahr 1989 erlebt haben und an die Bilder zurückdenken, haben irgendeine Grenze vor dem geistigen Auge, die gerade fällt. Und plötzlich entstehen da wieder neue Grenzen in Europa und Mitteleuropa. Dann ärgert man sich und fragt: Warum? Liegt es an den unterschiedlichen Maßnahmen? Werden in verschiedenen Ländern so unterschiedliche Maßnahmen getroffen, dass die Grenzen geschlossen werden müssen? Ich fange vielleicht bei Ihnen an, Herr Botschafter Beste. Was glauben Sie, was war der Hauptgrund? War es eine Panikreaktion? Könnte das jederzeit wieder passieren, wenn die Infektionszahlen weiter in die Höhe schnellen? Und was kann man tun, um das zu vermeiden?

→ **Ralf Beste:**

Das ist ja durchaus keine unvernünftige oder rein irrationale Reaktion, weder von den Bürgern noch von den Politikern, dass sie sich in einer Krisensituation auf die Instrumente konzentrieren, die sie haben. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass der Staat sie schützt. Und ein Staat, der dann sagen würde: Nein, ich tue nichts, weil ich das für die europäische Idee gerade nicht für opportun halte, würde, glaube ich, auch die Unterstützung seiner eigenen Bürgerinnen und Bürger verlieren. Das heißt, diese Erwartung ist schon an den Nationalstaat als die erste Ebene gerichtet. Da muss der Staat schon liefern.

Die Kehrseite dieser Schutzpflicht, die der Staat hat, ist auch gleichzeitig sein Pochen auf Souveränität. Das

heißt, die Staaten kommen dieser Schutzpflicht unterschiedlich nach und legen auch Wert darauf, dass sie das selbst entscheiden. Und ein Politiker, der Minister als gewählter Abgeordneter und Regierungsvertreter weiß das viel besser als ich, muss dann dieses Set an Maßnahmen eben auch verantworten. Er wird sich dann seiner Souveränität bewusst sein und wird sich nur ungern reinreden lassen.

Die Kehrseite davon wiederum ist, dass der Nachbar das Gleiche tut. Also wenn die slowakische oder die österreichische Regierung etwas tut oder nicht tut, dann führt das dazu, dass die deutsche oder die ungarische Regierung nebenan auch etwas tut oder nicht tut. Wer glaubt, dass die Maßnahmen im anderen Land nicht ausreichen, dort aber aus Respekt vor der Souveränität nichts tut, muss seine eigenen Maßnahmen ergreifen. Das dann der Europäischen Union anzulasten, ist wiederum etwas unfair, so habe ich das begriffen, ist aber das Mittel der Wahl gewesen. Das heißt, alle verzweifeln an Europa, dabei handelte es sich um das durchaus legitime und auch nötige Handeln von Nationalstaaten, das jeweils auf der anderen Seite der Grenze zu Konsequenzen geführt hat.

Ich glaube, es ist in unser aller Interesse, zu erkennen, welche Verwerfungen und welche Frustration und Nöte das hervorgerufen hat. Das kann man aber eben nicht bei der Europäischen Union abladen, weil sie überfordert wäre, alles Beharren auf Souveränität der Einzelstaaten zu überwinden. Wer wäre sie? Da würden sich auch die nationalen Staaten dagegen wehren. Es ist eben vielmehr an jedem Einzelstaat immer zu schauen, bei dem, was er tut oder was er nicht tut: Was hat das für

Konsequenzen? Wenn ich trotz grassierender Infektionszahlen mich für den und den Kurs entscheide, also ich öffne oder ich bleibe bei einer Öffnung oder ich schließe, muss ich immer daran denken: Was heißt das für meine Nachbarn? Das ist für mich die wichtigste Lektion aus dieser Krise, dass wir viel stärker und viel früher genau darüber reden müssen, wenn wir etwas tun oder lassen.

→ **Gerald Schubert:**

Noch einmal zurück zu den Grenzsicherungen: Also ich kann es aus der Tschechischen Republik beurteilen, wo ich sehr lange Korrespondent war. Da habe ich mit Leuten gesprochen, die mir erzählt haben, dass alte Muster in der Bewertung der Vergangenheit, auch der kommunistischen Zeit, wieder sehr stark zum Vorschein gekommen sind, durchaus polarisierend. Da gab es Leute, die sehr froh waren, dass jetzt die Grenzen geschlossen werden und der Staat für sie sorgt. Andere haben gesagt, das ist der Untergang, weil sie sich an den Eisernen Vorhang erinnern fühlten und das Gefühl hatten, wieder so eingesperrt zu sein wie vor 1989. Haben Sie so etwas in Ungarn auch beobachtet, diese Polarisierung innerhalb der Gesellschaft? Und wie haben Sie in der Kommunikation mit anderen Staaten darauf reagiert?

→ **Dr. Gergely Gulyás:**

Es ist natürlich eine Gnade, der EU-Beitritt und der Schengenbeitritt, dass wir nach Österreich, nach Westeuropa grenzenlos reisen können. Aber – und damit muss ich dem zustimmen, was Sie, Herr Botschafter, gesagt haben – wenn in einer Bevölkerung eine starke Angst und ein Sicherheitsgefühl, ein Sicherheitsanspruch existiert, dann muss eine Regierung sofort entscheiden. Als die

Corona-Pandemie begann, im März 2020, war es auch in Ungarn keine Frage, dass wir die Grenzen schließen und auch die persönlichen Kontakte im Lande reduzieren müssen. Deshalb waren es sehr wenige, die im März oder April 2020 ins Ausland reisen wollten.

Heutzutage ist die grundsätzliche Frage: Können wir die freie Bewegung in der EU gewährleisten oder nicht? Ich denke, wir müssen die freie Bewegung gewährleisten. Etwa wenn wir die Impfdaten beobachten. Wir hatten dieses Problem mit unserem rumänischen Nachbarn, mit unseren rumänischen Freunden, wo bis zum Beginn der vierten Welle nur 22 Prozent der Bevölkerung geimpft waren. Es war eine politische Frage: Schließen wir die Grenze nach Rumänien oder nicht? Wir haben entschieden, die Grenze nicht zu schließen. Aber politisch, insbesondere im ungarischen Staatsgebiet in der Nähe der rumänischen Grenze, bestand die Frage fort: Ist es gut, die Grenze offen zu halten, oder müssen wir, wenn ein Land nur in solch geringem Maße geimpft ist, die Grenze schließen?

Seitdem wir die Impfung als Möglichkeit in Europa haben, denke ich, müssen wir die Grenzen öffnen und geöffnet lassen. Wir müssen auf die Impfdaten schauen. Wenn die Impfdaten sehr, sehr schlecht sind, kann ein Land eine andere Entscheidung treffen. Aber unser gemeinsames Interesse ist es, die freie Bewegung in der EU zu erhalten.

→ **Gerald Schubert:**

Also durchaus auch eine Rücksichtnahme auf die realen Verhältnisse, was die Pandemielage und Durchimpfungs-

rate in den jeweiligen Nachbarländern betrifft. Professor Kühnhardt, hat es Sie überrascht, dass das so schnell gegangen ist, dass plötzlich wieder Grenzen geschlossen werden, von denen man gedacht hat, das wird nie wieder passieren? Und was ziehen Sie für Lehren daraus? Glauben Sie, dass das ein Schock war, der verhindert, dass es wieder gemacht wird?

→ **Prof. Dr. Ludger Kühnhardt:**

Im 18. Jahrhundert hat einmal ein englischer Essayist gesagt: Nichts konzentriert das Denken so sehr wie die bevorstehende Hinrichtung. In Bezug auf die europäische Einigung kann man sagen, Schocks im Sinne von bevorstehenden Hinrichtungen haben meistens das Projekt gut vorangebracht. Ich bin nicht sicher, ob wir inzwischen genug aus dem jetzigen Schock gelernt haben. Die Schlussfolgerung, die wir ziehen müssten, wäre, klar zu sagen, diese Grenzthematik ist im Tiefsten, im Letzten eine Frage der Kompetenzordnung in der Europäischen Union.

Artikel 168 des Vertrags von Lissabon, also die vertragliche Basis für unser Zusammenwirken in der EU, definiert Gesundheitspolitik als ein Feld gemeinsamer und geteilter Verantwortlichkeiten, und da ist sozusagen alles und nichts drin in dieser Floskel. Bei schönem Wetter ist das auch nicht schlimm, aber in einer Krise folgen dann Handlungsunfähigkeit, Grenzsicherungen, Ängste und all das, was wir erlebt haben. Deswegen plädiere ich nachdrücklich dafür, dass im Rahmen zum Beispiel der Konferenz über die Zukunft Europas, die jetzt läuft und eventuell zu Vertragsänderungsdiskussionen führt, die Frage einer europäischen Gesundheitsunion wirklich seriös miteinander diskutiert wird.



Herr Minister Gulyás, ich bin sehr einverstanden und unterstütze sehr, was Sie eingangs gesagt haben, dass wir in manchen Bereichen mehr Europa, in anderen weniger brauchen. In der Politischen Wissenschaft gibt es einen merkwürdigen Begriff bei der Beschreibung von Problemen in Föderationen. Die Rede ist da von einer „Politikverflechtungsfalle“. Und in so einer Falle sitzen wir an mancher Stelle, zum Beispiel beim Thema Migration. In dieser Hinsicht verstehe ich die Herangehensweise Ihrer Regierung, weil wir beim Thema Migration alle möglichen

Themen vermischen – Migration, Flucht, Asyl – und deshalb auch beim Grenzschutz Frontex gar nicht wissen, was eigentlich Grenzschutz heißt. Die Mandate sind nicht klar: Soll Grenzschutz heißen, die Grenze zu schützen, oder die Menschen, die über die Grenze wollen, zu schützen?

Beim Thema Gesundheit sitzen wir in der gleichen Falle, weshalb ich in dieser Hinsicht nachdrücklich dafür plädiere, dass vergemeinschaftete Kompetenzen im Sinne der Idee des souveränen Europas im Krisenfall auf die EU übertragen werden. Wenn das gewesen wäre, hätten wir schon manches in dieser Pandemie besser bewerkstelligt, oder schneller, zügiger, und viele Leben gerettet. Es war ja sicherlich nicht die letzte Pandemie. Strategische Vorausschau ist dringend nötig, wir haben es eben von Kommissar Šefčovič gehört. Die Amerikaner haben mit BARDA eine solche Agentur, die sich manche auch in Brüssel als Vorbild nehmen. Das ist eine paramilitärische Einrichtung, entstanden im Kampf gegen möglichen Bioterrorismus. Jetzt haben wir in der EU ebenfalls eine Agentur, die heißt HERA Incubator, aber sie ist ein hybrides Ding, das keiner versteht.

Ich weiß nicht, wer hier von Ihnen im Saal sich jemals in dieser Pandemie die Mühe gemacht hat, einmal eine gemeinsame Auflistung des Standes von Infektionen, von Todesfällen, von Genesungen, von Impfquoten in allen EU-Ländern zu suchen. Das findet man in keiner Zeitung. Man findet es, das ist ein unbekanntes Juwel, auf der Website des „Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten“. Das ist eine EU-Agentur am Stadtrand von Stockholm. Aber bis Sie auf diese Website kommen, haben sich die Statistiken schon



wieder geändert. Und selbst diese Website ist eigentlich eine Katastrophe. Das heißt, wir sind in der EU selbst bei der Darstellung und Aggregation von Daten hundsmiserabel aufgestellt.

Die Vorwürfe, von denen auch Botschafter Beste vorhin sprach, die dann immer wieder bei der EU abgeladen werden, kann man erklären. In der Zeit vor der jetzigen Führungsmannschaft in Brüssel gab es jahrelang ein unglaublich mühsames Ringen der Staaten, einen Notfallmechanismus einzuführen. Den gibt es jetzt. Er ist ausgestattet mit drei Milliarden Euro und er allein konnte aktiviert werden, als Corona ausbrach. Mit diesen drei Milliarden Euro ging dann die Kommission ans Werk, um die verschiedenen Hilfsaktivitäten zu finanzieren, auch um mit den Pharmaindustrien ins Geschäft zu kommen, sie zu unterstützen, dass sie schneller forschen. Das ist freilich ein Taschengeld gegenüber dem, was zum Beispiel der amerikanischen BARDA zur Verfügung steht. Hier hat der viel gescholtene Präsident Donald Trump locker mal eben 18 Milliarden Euro für genau die gleichen Zwecke ausgegeben. In Europa hat man diskutiert: Sind die drei Milliarden Euro nicht schon zu viel?

Also, ich plädiere nachdrücklich dafür, dass Artikel 168 des Lissabon-Vertrags künftig vorsieht, eine aktive, schnelle, robuste, gemeinschaftliche Aktivität und Kompetenz in derlei Situationen zu entfalten. Denn ich fürchte, wir werden mehr solche Pandemien in den nächsten Jahrzehnten erleben.

→ **Gerald Schubert:**

Herr Botschafter Beste, Sie wollen reagieren.

→ **Ralf Beste:**

Gerne, danke. Also erstmal zu Ihrer Eingangsthese, dass man aus dieser Krise jetzt Lehren zieht: Ich glaube, da sind wir uns einig, aber es gibt eben nicht nur die eine Lehre, sondern es gibt sehr verschiedene Möglichkeiten. Zur historischen Einordnung ist es vielleicht gar nicht schlecht darauf hinzuweisen – auch die beiden Präsidenten haben das getan –, dass man in den 1990er-Jahren in der Europäischen Union in einer vollkommen anderen Lage war. Es gab den Optimismus, dass man praktisch jede außenpolitische Herausforderung durch Erweiterung und jede innenpolitische Herausforderung durch Vertiefung lösen kann. Das haben wir auch sehr lange sehr gut gemacht und dem haben wir auch wichtige Erweiterungs- und Vertiefungsschritte folgen lassen.

Aber wir stellen nun doch fest, dass es nicht mehr so klar ist, dass wir alle die gleichen Lehren aus so einer Krisenerfahrung ziehen, und dass die Vielfalt, die der Minister angesprochen hat, eben auch eine Vielfalt der Lehren ist, die wir aus solchen Krisen ziehen. Da müssen wir auch Respekt dafür haben, dass möglicherweise nicht alle automatisch in die Vertiefungsrichtung gehen und sagen, auch das müssen wir europäisch vertiefen, sondern eher sagen, da sieht man wieder einmal, das muss man halt doch vielleicht dezentraler und flexibler machen.

Wir haben ja auch das Thema Zusammenhalt angesprochen, die Frage, dass es uns in der EU gelungen ist, über 15 Jahre den Zusammenhalt als die wichtigste Aufgabe herzustellen. Aber wir sind dabei unter Spannung, weil es auf der einen Seite das Bestreben gibt, die Vielfalt zu wahren oder wieder stärker in ihr Recht zu setzen, also

im Inneren, auf der anderen Seite haben wir auch einen enormen Druck durch das, was in der Welt passiert, unsere Souveränität zu stärken, also die Handlungsfähigkeit, dass wir überhaupt gemeinsam etwas machen können.

Das ist eine Sache, da sind wir uns nicht einig. Wir ziehen immer unterschiedliche Lehren aus den Krisen, darüber müssen wir uns klar sein. Es reicht nicht, dass wir uns treffen, das meine ich nicht mit Kommunikation, sondern dass wir offene Fragen sprechen: Welche Lehren ziehen wir daraus? Sind wir uns eigentlich einig, dass wir das Richtung Vertiefung, Vereinheitlichung, auch im Sinne von Handlungsfähigkeit, machen? Oder sagen wir, wir gehen doch vielleicht lieber wieder zu mehr Vielfalt über, auch zulasten gemeinsamer Handlungsfähigkeit? Und wie gehen wir damit um?

Da gibt es keinen Konsens. Das kann man auch nicht erwarten, denn unsere große Stärke ist ja unsere Vielfalt. Mit 27 Staaten zu erwarten, dass wir immer aus den gleichen Situationen die gleichen Schlüsse ziehen, das ist ja nicht einmal in unseren Mitgliedstaaten auch nur annähernd möglich, und es ist auch in demokratischen Staaten gar nicht erstrebenswert. Deswegen: Die technokratische Lösung, zu sagen, wir gehen jetzt in die Verträge und machen das, entspricht nicht den Realitäten, in denen wir sind, als Bürger, die gemeinsam an diesem europäischen Haus bauen.

→ **Gerald Schubert:**

Ich würde noch gerne auf einen zentralen Aspekt zu sprechen kommen, auf das Vertrauen. Wir haben es auch im Untertitel unseres Panels: „Europa nach der Pandemie –

Aufbruch oder Vertrauenskrise?“. Wir haben über das bilaterale, das multilaterale Vertrauen gesprochen, über die Grenzen und die Kommunikation zwischen den Staaten. Ich möchte aber den Begriff gern etwas weiter fassen, mir geht es um das Vertrauen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern eines Staates und den Institutionen eines Staates, und umgekehrt. Wie sehr vertrauen die Bürger ihrem Staat? Wie sehr vertraut der Staat seinen Bürgern? Auch das Vertrauen in die Wissenschaft spielt hierbei eine Rolle.

Botschafter Beste, ich würde noch einmal mit Ihnen beginnen, wegen Ihrer Rolle als Diplomat. Konnten Sie als Deutscher, der in Österreich lebt und die Situation hier wie dort sehr gut kennt, Unterschiede feststellen im Vertrauen zwischen den Bürgern und ihrem Staat? Und wenn ja, wie hat sich das geäußert?

→ **Ralf Beste:**

Da sieht man, wenn man nüchtern draufschaut, dann doch, dass unsere Länder sich ziemlich ähneln, was die politische Kultur angeht. Es äußert sich auch in ähnlich niedrigen Impfraten. Wir haben eine höhere Impfrate als die mittelosteuropäischen Staaten, aber eine deutlich niedrigere als die westeuropäischen Staaten. Da sind wir uns einig. Die Schweiz ist in etwa ähnlich. Da merkt man kulturelle Ähnlichkeiten dann doch stärker, als es uns im Umgang miteinander vielleicht immer klar ist.

Zu Ihrer Frage von Vertrauen in die Wissenschaft, in die Politik. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat in seiner letzten Rede als Bundestagspräsident darüber gesprochen, dass dieser Glaube an die Wissenschaft doch durchaus für Demokraten hinterfragbar ist, und zwar nicht

in einem negativen Sinne, dass man nicht glauben soll, sondern dass natürlich die demokratisch gewählten Politiker nicht aus der Verantwortung raus können und auch von ihren Bürgern nicht herausgelassen werden. Sie müssen am Ende sagen, was aus den Empfehlungen der Wissenschaftler folgt. Die Wissenschaftler – und die meisten Wissenschaftler sagen das auch – maßen sich nicht an, zu sagen, was passieren muss. Sie beschreiben meistens, was passiert, wenn man das tut oder eben nicht tut. Das ist bei Covid genauso wie beim Klima. Diesen Bezug hatte Wolfgang Schäuble gemacht. Es einfach nur als wissenschaftliche Wahrheit, die exekutiert werden muss, zu machen, das wäre in gewisser Weise eine Akademokratie oder eine Technokratie, aber keine Demokratie.

Man muss sich politisch darauf einigen, welche Schlüsse man aus dem Wissenschaftlichen zieht. Da ist nicht nur die Frage, ob und wie wir in einer aufgeklärten Gesellschaft seit 200 Jahren mit der Wissenschaft und ihren Ergebnissen kritisch umgehen, sondern auch die Tatsache, dass es nicht nur der Impuls der Wissenschaft, sondern tatsächlich die demokratische Schaffung des Konsenses ist, der es bedarf. Und da sind wir, glaube ich, in Deutschland und in Österreich ähnlich aufgestellt, dass der Primat der Politik nicht infrage steht.

→ **Gerald Schubert:**

Minister Gulyás, häufig sagt man, dass es in ehemals kommunistischen Gesellschaften schwieriger ist, Vertrauen aufzubauen, weil es doch noch viele Leute gibt, die sich daran erinnern, dass man dem Staat vielleicht besser nicht vertraut. Ist das ein Phänomen, unter dem Sie auch in Ungarn leiden?



→ **Dr. Gergely Gulyás:**

Ja, Sie haben grundsätzlich recht. Aber es ist auch wahr, dass in einer Krisensituation das Vertrauen in den Staat viel stärker ist, und das war auch in Ungarn so. Krisenmanagement ist eine wichtige Fähigkeit für eine Regierung. Deshalb erwarten auch die Leute in Ostmitteleuropa, dass die Regierung in der Lage ist, auf eine Krise, eine Pandemie zu reagieren. Ich weiß nicht, wie es in anderen Ländern ist, aber zum Beispiel in Ungarn liegt die Popularität der Regierungspartei irgendwo bei 50 Prozent, im Hinblick auf die Frage, wie die Regierung die Krise gemanagt hat, liegt sie in der Nähe von 60 Prozent. Für eine Regierung ist es ein großer Vorteil, wenn sie eine Krise managen kann, wenn sie aktionsfähig ist. Deshalb wurden auch die Regelungen eingehalten, die wir während der Pandemie verabschiedet haben.

Ein anderer interessanter Unterschied zwischen Ost und West ist die Impfbereitschaft. Wir in Ungarn haben etwa 63 Prozent der Bevölkerung geimpft. Wir haben sieben Nachbarländer, und nur Österreich hat eine bessere Impfquote als Ungarn, die anderen sind zum Teil viel schlechter. In Rumänien sind es jetzt 30 Prozent, aber vor der letzten Welle der Pandemie waren es dort 22 Prozent. In Kroatien ist es ein bisschen besser, mehr als 50 Prozent, aber nicht so hoch wie in Ungarn. Das zeigt, dass in Ostmitteleuropa die Impfung durchaus eine Frage ist. Und die außerhalb unserer Grenzen lebenden Ungarn, die in Rumänien leben, möchten sich auch nicht impfen, ob nun aus Tradition oder einem Mangel an Vertrauen. Das ist eine interessante wissenschaftliche Frage, warum die Leute in Ostmitteleuropa nicht geimpft werden möchten wie in anderen Teilen Europas, auch im Süden. Gerade die Südländer machen hier eine sehr gute Figur.

→ **Gerald Schubert:**

Herr Professor Kühnhardt, aus Ihrer Sicht, Sie beobachten den Diskurs aus wissenschaftlicher Perspektive: Gibt es so etwas wie eine Renaissance des Vertrauens oder nur eine Krise des Vertrauens? Das Thema ist jetzt plötzlich in aller Munde. Das war nicht immer so.

→ **Prof. Dr. Ludger Kühnhardt:**

Es gibt zwei Ebenen: es gibt die Ebene des Boulevards und es gibt eine systematische Ebene. Boulevard: Ich las gestern auf dem Weg hierher eine Umfrage, 30 Prozent der jungen Österreicherinnen und Österreicher könnten sich vorstellen, eine Deutsche oder einen Deutschen zu heiraten. Die anderen eben nicht, weil sie Misstrauen gegenüber diesen rechthaberischen Deutschen haben.

Ich bin übrigens seit bald 30 Jahren gut mit einer Ungarin verheiratet, meine Kinder sprechen Ungarisch, und insofern fühle ich mich als Mitteleuropäer, auch wenn ich aus dem Westen Deutschlands komme. Aber das ist die Boulevardebene sozusagen, die Ebene von Vertrauen.

→ Ralf Beste:

Darf ich da einmal kurz einhaken, gerade um diese Boulevardzuspitzung aufzuzeigen. Das ist eine Umfrage, die wir in Auftrag gegeben haben, die generell sagt, 75 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher können sich sehr wohl vorstellen, mit Deutschen eine Partnerschaft einzugehen, was ich ziemlich viel finde. Aber wenn man dann sozusagen das Segment herausgreift, das am kritischsten ist, dann kommt halt dieses Ergebnis dabei heraus. Ich habe genau diese Umfrage völlig anders gelesen, als es im Boulevard an Sie transportiert wurde. (Heiterkeit)

→ Prof. Dr. Ludger Kühnhardt:

Aber daran sehen wir, wie man eben Umfragen unterschiedlich interpretieren kann, völlig in Ordnung.

Ich denke, bei der Corona-Thematik und den Kritikern gegenüber einer Impfung haben wir es mit einer Situation der Brandbeschleunigung zu tun. Es zeigt sich hier nur, was wir an Problemen und Fragestellungen schon vorher hatten, nämlich ein Misstrauen vieler Menschen gegenüber staatlichen Autoritäten. Das hat viele unterschiedliche Gründe.

In den mittelosteuropäischen Ländern schwingt immer noch die Zeit bis tief in die kommunistischen Diktaturen



nach. In den westlichen, hyperliberalisierten Gesellschaften – Ihre ungarische Regierung, Minister Gulyás, würde wohl sagen, überliberalisierten Gesellschaften – haben sich viele Menschen vom Staat emanzipiert, weil sie glauben, die Gesellschaften lösen ihre Dinge alleine, einschließlich bei diesem Thema. Und dann haben sie plötzlich radikale Querdenkerdemonstrationen, weil man aus ganz anderen Gründen als etwa hier oder in der Slowakei staatlichen Autoritäten misstraut.

Ich glaube, etwas anderes, Grundsätzliches ist wichtig: Herr Präsident Sobotka hat vorhin Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“ zitiert, und nachdem die erste

große Welle des Spottes über diesen Kollegen, den ich gut kenne, hereingebrochen war, hat er sich noch einmal hingesetzt und ein weiteres Buch über Vertrauen geschrieben. Weil er doch gesehen hat, auch in liberalen Demokratien ist nicht das Ende der Geschichte erreicht, sondern es gibt Vertrauenskrisen. Das Buch stammt aus den späteren 1990er-Jahren, wenn ich mich recht erinnere.

Die Konklusion vieler Aspekte lautet wie folgt: Vertrauen in Bezug auf öffentliche Institutionen hat mit der Zuordnung von Verantwortlichkeiten zu tun. Wo es keine wirkliche Verantwortlichkeit gibt, keine Rechenschaftspflicht, wo man nicht genau nachverfolgen kann, wer für was zuständig ist, da entsteht Misstrauen. Und deswegen, Herr Botschafter, wenn ich Ihnen da widersprechen darf, weil Sie vorhin sagten, das ist nur so ein technokratischer Zugang, über Kompetenzfragen zu reden: Ich glaube, das sei schon wichtig. Wir haben in unseren Staaten, aber auch in der EU insgesamt, zu viele vermischte und verwischte Verantwortlichkeiten. Dann ist es ganz leicht, die Schuld für irgendetwas, das schiefgeht, abzuladen bei dem, den man am wenigsten greifen kann. Das ist meistens die EU, weil die ist ganz weit weg, und man weiß gar nicht, wen man da schlägt, obwohl wir uns eigentlich selber schlagen, denn die EU sind wir alle als Unionsbürgerinnen und -bürger.

Deswegen meine ich, auch in der Corona-Frage hat eben die fehlende Klarheit über Verantwortlichkeiten zu dieser Brandbeschleunigung von neuem Misstrauen geführt. Ich denke, das ist noch einmal ein Plädoyer dafür, darauf zu schauen, ob wir in Situationen von wirklich existenziellen Gesundheitsnotstand nicht doch zu besseren

gemeinschaftlichen Lösungen kommen in der künftigen Aufstellung der Europäischen Union, um dadurch auch Vertrauen wiederzugewinnen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den in öffentlichen Ämtern Verantwortlichen.

→ **Gerald Schubert:**

Wir müssen noch über ein Thema sprechen, das natürlich im Raum steht: Das ist das Geld. Es gibt den europäischen Wiederaufbaufonds, in Verbindung erarbeitet mit dem EU-Budget für die Jahre 2021 bis 2027. Das war nicht immer friktionsfrei. Es hat damit zu tun, wie wir die Wirtschaft, die unter der Pandemie natürlich extrem gelitten hat, wieder in Schwung bringen. Es gab komplizierte Verhandlungen auf europäischer Ebene. Es wurde letztlich ein EU-Budget von über einer Billion Euro beschlossen, aber zusätzlich noch 750 Milliarden Euro für den Corona-Wiederaufbaufonds. Und da war dann die Frage: Wie wird das verteilt, wer bekommt wie viel und unter welchen Voraussetzungen? Letztlich ging es dann sogar auch um eine Koppelung von rechtsstaatlichen Kriterien an die Auszahlung dieser Mittel.

Das Thema ist immer noch nicht ganz abgeschlossen, weil es sogar Probleme zwischen den europäischen Institutionen gibt, nämlich zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, wobei das Europäische Parlament die Institution ist, die diese Rechtsstaatskonditionalität eher vorantreibt, und die Kommission eher vorsichtig ist. Minister Gulyás, wie haben Sie die Verhandlungen wahrgenommen und wie beurteilen Sie die Lage jetzt, den Stand der Diskussion in Europa und die Stellung Ihres Landes?



→ Dr. Gergely Gulyás:

Grundsätzlich pessimistisch. Wenn ich über die ungarische Wirtschaftssituation spreche, kann ich fast nur gute Dinge sagen. Das bedeutet, dass wir in diesem Jahr ein Wachstum haben werden, das in der Nähe von sieben Prozent sein wird. Das wird eines der besten, nach der Prophezeiung der Europäischen Kommission das drittbeste Ergebnis in Europa sein. Im letzten Jahr waren es minus 4,9 Prozent. Auch das war ein ziemlich gutes Ergebnis für ein Jahr, das von der Pandemie bestimmt war.

Im Hinblick auf das Budget und den Wiederaufbaufonds haben wir versucht, einen Kompromiss zu finden, weil

wir deutlich gesehen haben, dass wir als Europäische Union über das siebenjährige Budget keinen Kompromiss finden können, wenn wir keine neuen Finanzierungsquellen erschließen werden. Deshalb haben wir auch eine gemeinsame Verschuldung akzeptiert. Ich denke, das ist ein schlechter Weg. Wir haben es aber akzeptiert, weil wir den Kompromiss nicht verhindern wollten. Aber die gemeinsame Verschuldung Europas ist ein gefährlicher Weg.

Jetzt zur Konditionalitätsverordnung: Wenn wir sie juristisch betrachten, gibt es nicht mehr Möglichkeiten für die Kommission, gegen die Mitgliedsländer aufzutreten, als

was die Kommission schon getan hat. Aber das ist ein politischer Anspruch, weil die europäischen parteipolitischen Kräfte auch starke Meinungen zu innenpolitischen Fragen haben, auch zur ungarischen Innenpolitik. Und sie haben das Ziel einer anderen Regierung in Ungarn, was nicht sehr rechtsstaatlich ist. Wenn sie das Ziel des Europäischen Parlaments bezüglich Ungarn betrachten, dann ist das sehr eindeutig: Sie möchten Viktor Orbán nicht als Regierungschef in Ungarn sehen. Das ist ein politisches Ziel – legitim oder nicht, darüber kann man debattieren –, aber das ist kein rechtsstaatliches Ziel. Um das zu erreichen, verwendet das Europäische Parlament die Konditionalität als Mittel.

Wir sind und wir waren immer bereit, über alle Fragen zu debattieren. Ich habe es schon vielfach gesagt, dass wir mit der Kommission schon im Jahr 2013 in allen besprochenen Fragen einen Kompromiss gefunden haben, beim Mediengesetz und auch in verfassungsrechtlichen Fragen der Justiz. Wir haben unsere Gesetze so modifiziert, soweit wir mit der Europäischen Kommission einen Kompromiss finden konnten. Wenn wir immer wieder diese Frage als Anklage bekommen werden, bedeutet das, dass es sich nicht lohnt, sich korrekt und europäisch gegenüber der Kommission zu verhalten.

Neben der Kommission sehen wir eine sehr große Erpressung seitens des Parlaments, und die Kommission ist nicht so mutig und möchte nicht gegen den Beschluss der Staats- und Regierungschefs auftreten, weshalb wir jetzt vor der ungarischen Wahl in einer Situation sind, in der sich die Frage stellt: Was können die europäischen linksliberalen Kräfte gegen die ungarische Regierung

erreichen? Das ist nicht die Frage der Konditionalität oder der Rechtsstaatlichkeit, sondern das ist eine politische Frage und eine grobe politische Attacke.

→ **Gerald Schubert:**

Botschafter Beste, wie haben Sie die Diskussion verfolgt? Vielleicht ein bisschen konkreter noch: Wie sehen Sie die Debatte um die Konditionalitätsverordnung oder die schon länger schwelende Debatte über die Verbindung von Rechtsstaatlichkeit mit dem EU-Budget? Hat man überlegt, ob man da neue Mechanismen findet? War der Corona-Hilfsfonds auch ein Katalysator für diese Diskussionen und wie sehen Sie den Fortgang dieser Diskussionen?

→ **Ralf Beste:**

Natürlich hat das die Diskussion noch einmal zugespitzt, weil aufgrund der Notlage neues Geld im Raum war und es um die Frage ging, wie man damit umgeht. Aber ich stimme Ihnen zu, wir müssen doch einfach mal eineinhalb Jahre zurückschauen. Da gab es eine Einigung der 27 Staats- und Regierungschefs inklusive Sebastian Kurz, Angela Merkel, Viktor Orbán. Die haben sich auf diese Prinzipien geeinigt. Das waren zähe Verhandlungen bei dem EU-Gipfel, die dauerten tagelang, aber das hat eben funktioniert, auch weil man miteinander im Gespräch geblieben ist, und das ist die tatsächliche Funktionsweise dieser Europäischen Union.

Jetzt geht es eben darum, das im Prozedere abzusichern, und da gibt es halt auch Meinungsstreit, auch Verfahrensstreit und rechtlichen Streit, aber der politische Rahmen steht. Und Deutschland ist dafür – und das sollte

man nicht geringschätzen, dafür möchte ich werben –, dass dieses Geld überhaupt bereitgestellt wurde, über seinen Schatten gesprungen. Deutschland hat seine Bonität in die Waagschale geworfen, die letztlich dazu beigetragen hat, dass die Finanzierung, die Schuldenaufnahme so attraktiv stattfindet. Es hat dies im klaren Verständnis getan, dass das eine Ausnahme ist. Es hat das überdies in dem Erkennen getan, wie die Lage in manchen südeuropäischen und westeuropäischen Staaten war, und weil es mitbekommen hat, dass was getan werden muss. Deutschland hat es in dieser Verantwortung und in dieser Situation für nötig befunden, mehr Geld aufzutreiben und aufzuwenden. Das ist in Deutschland nicht unumstritten gewesen, ganz gewiss nicht, und funktionierte unter den Kautelen, dass es einen Ausnahmecharakter hat.

Es gab ja dann dabei die Diskussion zwischen den frugalen Staaten und den anderen. Deutschland ist ein sehr sparsames Land. Wenn man sich das einmal in Zahlen anschaut, wenn man den Schuldenstand zur Rechnung nimmt, ist unserer 15 Prozentpunkte niedriger als der Österreichs. Also wir schauen schon auch, dass wir unser Geld zusammenhalten, und es fällt uns nicht leicht, das zu machen. Wir haben es aber für nötig gehalten, auch für den europäischen Zusammenhalt und für die gemeinsame Antwort auf die Krise, die keinen Staat zurücklässt, weil uns der Zusammenhalt so wichtig ist.

Das ist vielleicht nicht in allen Teilen der Europäischen Union so spürbar gewesen, weil eben die Staaten Mittel- und Osteuropas aufgrund ihrer Strukturähnlichkeiten zu Deutschland, mit einer starken industriellen Basis, die

eng verflochten ist, mit Investitionsgütern, Industrie, Autoindustrie, relativ gut zumindest durch die ersten Wellen durchgekommen sind und jetzt auch gute Chancen haben, stark rauszukommen. Das ist aber nicht in allen Teilen der Europäischen Union so, und es ist unsere Verantwortung, darauf zu achten, dass wir alle dabei mitnehmen, und deswegen haben wir das auch getan.

→ **Gerald Schubert:**

Weil Sie die frugalen Staaten angesprochen haben: Ich habe den Eindruck gehabt, dass es eine extrem interessante Debatte ist, auch deshalb, weil es die üblichen imaginären Grenzen, dieses West-Ost-Schema oder das Nord-Süd-Schema, total aufgeweicht hat. Also plötzlich sind da ganz neue Allianzen entstanden. Ich fand das sehr spannend. Herr Professor Kühnhardt, ist die Debatte um den gemeinsamen Wiederaufbau in Europa trotz dieser interessanten Diskussion um den Wiederaufbaufonds zu einer Umverteilungsdebatte geworden?

→ **Prof. Dr. Ludger Kühnhardt:**

Auch dieses Thema gehört zum Thema Vertrauen, über das wir zuvor sprachen. Zum Vertrauen gehören nicht nur Rechenschaftspflicht und die Zuordnung von Zuständigkeiten, sondern auch Ehrlichkeit in der Verwendung der Begriffe. Einer der Begriffe, der bei diesem Thema immer herumspukt und sehr schnell Misstrauen erzeugen kann über kompliziert zustande gekommene Beschlüsse der EU, lautet: Schuldenunion. Ich glaube, das ist ein Gespensterbegriff, der nicht korrekt ist.

Was haben wir denn hier vor uns? Wir haben doch eine Situation vor uns, wo nicht die Europäische Union

irgendwie an den Bankautomaten geht und überschüssiges Geld abholt, um dann Kredite zu verteilen. Es werden Anleihen emittiert, um auf den internationalen Kapitalmärkten diese Gelder überhaupt zu aktivieren, die dann als Kredit oder als Zuschuss an die Staaten ausgegeben werden können. Der EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn hat im Oktober 2021 die ersten 13 Milliarden Euro Anleihen ausgegeben. Da haben sich Investoren aus der ganzen Welt gemeldet, die bereit waren, für diese 13 Milliarden 135 Milliarden Euro sozusagen auf den Tisch zu legen. Das hat die Ratingagenturen alle dazu gebracht, die sowieso hohe Bonität des Euros noch einmal zu stärken.

Das heißt, das, was wir zu schnell und mit diesem negativen Unterton als Weg in die Schuldenunion diskutieren, ist mindestens auch – nicht nur, aber auch – eine Stärkung der weltweiten Präsenz Europas durch die globale Stärkung des Euros auf den internationalen Kapitalmärkten. Wenn wir von der Selbstbehauptung Europas und von der Weltfähigkeit reden, muss man das zumindest auch sagen. Ich weiß, viele der Ökonomen stehen superkritisch zur ganzen Thematik Schuldenunion, aber es hat mir noch niemand ein plausibles Argument entgegenhalten können, warum diese Stärkung der Rolle des Euros auf den weltweiten Kapitalmärkten nicht eigentlich eine gute Sache ist.

Zur Stärkung des Euros würde übrigens auch dazugehören, wenn wir uns Gedanken machen würden, wie denn in wenigen Jahren auch einige der Volkswirtschaften von EU-Mitgliedsländern, die bisher nicht im Euro sind, sich dem Euro anschließen. Die Amerikaner hat es nach der Unabhängigkeit 1776 147 Jahre gekostet, bis 1913 endlich alle

Bundesstaaten den Dollar eingeführt hatten, den sie heute benutzen. Ich hoffe, bei uns dauert das nicht 147 Jahre minus die paar Jahre, die schon hinter uns liegen, bis auch Polen und Ungarn, Rumänien und Tschechien in die Eurozone eintreten. Auch das würde den Euro stärken.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Ich möchte jetzt die Gelegenheit nutzen und die Diskussion für das Publikum öffnen. Also wer immer auch eine Frage hat, bitte gerne!





→ **Dr. Gergely Gulyás:**

Ja, ich kann dazu nur ein Beispiel bringen. Wenn eine Krise kommt, eine Pandemie oder etwas anderes, dann denkt ein ungarischer Wähler, ein deutscher Wähler sofort, was Frau Merkel oder Herr Orbán machen können. Aber keiner gibt etwas darauf, was die Kommission oder Frau von der Leyen machen kann. Die Leute denken in einer Krisensituation, dass die Regierung das managen muss, unabhängig davon, ob sie mit dieser Regierung sympathisieren oder nicht.

→ **Gerald Schubert:**

Ich habe noch Wortmeldungen.

→ **Publikumsbeitrag (Michael Stellwag):**

Schönen Vormittag! Ich stamme aus dem Bezirk Neunkirchen, wo gerade der größte Waldbrand der Republik war.

→ **Publikumsbeitrag (Norbert Mayer):**

Ich habe zwei Fragen, die in einem Zusammenhang stehen. Sie haben sehr viel über Vertrauen gesprochen. Hat es eine Äquivalenz, ist es spiegelbildlich, wie viel Vertrauen das Volk zur Regierung hat und wie viel Vertrauen die Regierung dem Volk gegenüber hat? Das wäre die eine Frage, die andere Frage ist: Kann es sein, dass die Menschen, die östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs lebten, die jahrzehntelang einen Missionierungsdruck, einen Bevormundungsdruck von einer Zentrale erlebten, dass diese Menschen deshalb ein besonderes Misstrauen gegenüber einem westlichen Missionierungsdruck empfinden?

→ **Gerald Schubert:**

Herr Minister Gulyás, Sie haben es vorhin schon einmal kurz beantwortet, aber haben Sie da vielleicht auch persönliche Erfahrungen gemacht?



Neben vielen österreichischen Feuerwehrleuten waren es auch Helfer aus Deutschland, aus Italien und aus der Slowakei, die da unterstützt haben. Also der Solidaritätsmechanismus hat funktioniert. Das Vertrauen in die Europäische Union ist dadurch sicher gewachsen bei uns. Meine Frage bezieht sich auf die Souveränität. Wir haben ja die Debatte über nationale Souveränität. Wir in Österreich kennen das auch mit den regionalen Identitäten und den Rechten der Bundesländer. Wie definieren Sie Souveränität, wer ist der Souverän und wo geht es hin mit der europäischen Souveränität? Danke.

→ **Gerald Schubert:**

Vielleicht schließen wir gleich noch eine Frage an. Bitte schön!

→ **Publikumsbeitrag (Alexander Dierks):**

Vielen Dank! Zunächst herzlichen Dank an Sie, Herr Minister, dass Sie die ganze Zeit in Deutsch zu uns gesprochen haben. Ich empfinde das durchaus als Wertschätzung, denn ich glaube, unser aller Ungarisch ist nicht gut genug, als dass wir Sie verstanden hätten.

Ich habe eine Frage: Die ganze Diskussion verlief ein Stück weit auch im Spannungsfeld zwischen einer als sehr liberal wahrgenommenen Europäischen Union und sehr liberal wahrgenommenen Mitgliedstaaten und Gesellschaften und einem Fremdsein mit diesem Weg in Ost- und Mitteleuropa. Da müsste man ja jetzt eigentlich annehmen, dass, wenn man in Ost- und Mitteleuropa eine Gesellschaft hat, die sich im Grunde nach Führung, nach klaren Regeln, nach klaren gesellschaftspolitischen Auffassungen sehnt, wo beispielsweise gerade das Thema Pandemiebekämpfung

und Impfen als nationale Aufgabe verstanden werden müsste und die Leute sagen: Wir haben einen starken Zusammenhalt, wir haben ein gemeinsames nationales Bewusstsein und deswegen lassen wir uns jetzt alle impfen und bekämpfen so gemeinsam diese Pandemie.

Es scheint ja aber genau das Gegenteil der Fall zu sein. Dass es in Südeuropa, wo es, glaube ich, auch keine besonders hohe Identifikation mit dem Staat gibt, aufgrund der Wahrnehmung, dass politische Eliten korrupt sind, dass das Gemeinwesen nicht gut funktioniert, dass man sehr stark auf die kleinen Lebenskreise zurückgeworfen ist, eine enorme Bereitschaft zur Pandemiebekämpfung gab, nicht nur, aber auch beim Impfen, und es gleichzeitig in Ost- und Mitteleuropa – Deutschland und Österreich liegen ja so ein Stück in der Mitte – vor allem bei diesem Thema eine enorme Zurückhaltung gibt.



Es würde mich mal interessieren – ist vielleicht etwas ketzerisch formuliert –, wie Sie das bewerten, warum das so ist, warum es gerade da so große Vorbehalte gibt, wenn ansonsten eher ein politischer Kurs unterstützt wird, der auf sehr klaren Regeln, auf klarer Identität, auf klaren gesellschaftspolitischen Vorstellungen fußt. Vielen Dank.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Ich glaube, die zwei Fragen könnten einmal an Sie beide gehen.

→ **Prof. Dr. Ludger Kühnhardt:**

Die erste Frage war ja die nach der Souveränität. Ohne jetzt in einen Vorlesungsmodus verfallen zu wollen, muss man das doch in den Kontext stellen. Wir haben drei Dimensionen von Souveränität, mit denen wir hantieren. Seit dem 16. Jahrhundert gibt es den Begriff der staatlichen Souveränität, in Frankreich durch Jean Bodin und andere entwickelt: die Autonomie staatlichen Handelns. Dann gibt es seit dem 17., 18. Jahrhundert die Idee der Volkssouveränität: Rousseau, Locke und andere kommen denen in den Sinn, die diese Dinge schon einmal studiert haben. Dementsprechend sind wir Bürger Souveräne in einem souveränen Staat.

Worum es bei diesem heutigen Begriff der europäischen Souveränität geht, den Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in seiner Sorbonne-Rede eingeführt hat und den ich sehr spannend finde, ist im Grunde die Selbstbehauptung Europas in der Welt. Darum geht es, auch wenn man sich die Spiegelstriche dessen anguckt, was er damals ausgeführt hat, als Anregung, um diese Diskussion zu führen. Europäische Souveränität, sei es etwa bei der

Herstellung von Impfstoff, sei es bei der Herstellung von Mikrochips, um den Abbruch von Wertschöpfungsketten oder Produktionsketten zu verhindern, sei es bei der Herstellung von stärkerer Autonomie in der Energieversorgung durch erneuerbare Energien, um nicht abhängig und gefährdet zu sein in unserer Energieversorgung durch importierte Energieträger: Das sind alles Elemente, die Macron ausgeführt hat. Es geht bei der Verwendung des Begriffs europäischer Souveränität eben um die vielen Facetten der Selbstbehauptung Europas in einer ziemlich wild gewordenen Welt.

Ich denke, unter diesem Begriff, der zunächst einmal eine Denkfigur und nicht ein politisches Programm ist, können wir uns, ganz unterschiedliche Bürgerinnen und Bürger Europas, durchaus wiederfinden, um dann zu diskutieren, was das im Einzelnen alles heißen soll. Insofern fand ich das einen sehr hilfreichen Beitrag, um unser Denken zu strukturieren.

Bei den Unterschieden in den Zugängen nicht nur zum Impfstoff, sondern auch zu den Fragen öffentlicher Autorität haben wir in der Tat, glaube ich, einen Bruch in Europa, mit dem wir viel sensibler umgehen müssen, vor allen Dingen gegenüber Mittel- und Osteuropa. Ich sage immer ein bisschen ironisch: Viele in Westeuropa glauben, sie und die Lebensweise, die dort herrscht, sind die Inkarnation des Fortschritts. Das ist sozusagen Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“ zu Ende gedacht, der liberale, ultimativ fortschrittliche Westeuropäer. In Mitteleuropa hingegen verstehen sich viele Menschen als Retter der Basis, der Wurzeln Europas, der Fundamente Europas, als die letzten Europäer.

Das kollidiert natürlich miteinander, diese Weltsichten, diese Gesellschaftsbilder. Da ist Bevormundung und Rechthaberei nicht richtig, und ich glaube auch Sanktionierungen sind nicht der richtige Weg, um kulturelle Empfindungen und Dispositionen zu modellieren. Ich verstehe, dass die EU insgesamt auf die Einhaltung von Rechtsstaatsprinzipien setzen muss gegenüber uns allen, denn das ist doch die Basis, auf der wir operieren. Aber die Differenzen – und auch diese mentalen Herangehensweisen, die ich versucht habe, zu verstehen – muss man auch mitberücksichtigen. Insofern bin ich beim Thema Sanktionierungsmechanismen beim Corona-Wiederaufbaufonds hin und her gerissen. Ich verstehe

einerseits die harte Linie der EU, aber ich bin auch sehr unsicher, ob Sanktionierungen ein hilfreicher Weg sind gegenüber ganzen Völkern, die aus diesen unterschiedlichen Traditionen herkommen.

Warum das dann aber so ist, dass etwa in Südeuropa – das haben Sie ja zu Recht beschrieben – trotz auch dortiger Vorbehalte gegenüber der staatlichen Autorität die Impfquoten viel höher sind als etwa in Teilen Deutschlands oder in anderen Ländern Mittelosteuropas – denken Sie an Bulgarien, wo die Impfquote unter 20 Prozent liegt –, da muss man wohl einzelne Facetten der jeweiligen Länder berücksichtigen.



Eines gilt sicher für die romanischen, südeuropäischen Länder, Spanien und Italien: Zu diesen Ländern gehört auch, dass die Gesellschaften doch irgendwie in sich ruhen. Und das In-sich-Ruhen heißt auch, man braucht den Staat gar nicht so sehr. Aber die Gesellschaft soll doch schon bitte funktionieren, darüber besteht Konsens in großer Breite. Allemal die Italiener, aber auch die Spanier etwa, haben ja ganz schreckliche Erfahrungen gemacht in der ersten Welle des Ausbruchs von Corona. Denen muss man nicht mit staatlich verordneten Kampagnen kommen, warum der Impfstoff eine gute Idee ist. Die haben alle die Bilder von den Särgen in Bergamo im Kopf oder die ewigen Monate des Lockdowns auch für kleine Kinder, die nicht mal auf den Spielplatz durften mit ihren Nachbarkindern.

Warum das in Teilen Deutschlands oder in anderen Ländern Mitteleuropas so ganz anders bewertet wird von einem Teil unserer Mitbürger, das entzieht sich wirklich meiner rationalen Erklärung. Es tut mir einfach leid, das so plump sagen zu müssen, denn wir sehen doch, wer nicht geimpft ist und krank wird, endet, wenn es schlimm kommt, auf übelste Weise an Beatmungsgeräten auf der Intensivstation. Es entzieht sich einfach meinem Denkvermögen, zu verstehen, warum sich jemand diesem Risiko aussetzen will, unabhängig von all den politischen Debatten um dieses Thema herum.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Vielleicht abschließend noch, Herr Minister Gulyás, Widerspruch zwischen der Anerkennung der staatlichen Autorität: Wie Sie vorhin ausgeführt haben, hat in Ungarn die Regierung einerseits nach wie vor eine große Zustimmungsrate, andererseits im

europäischen Vergleich doch eine schlechtere Impfquote. Haben Sie dafür eine Erklärung?

→ **Dr. Gergely Gulyás:**

Ja, ich kann sagen, dass wir in der Region eine solchmaßen bessere Impfquote haben, wie die ungarische Regierung populärer ist als andere Regierungen in unserer Nachbarschaft es sind. Also diese 20 Prozentpunkte Unterschied kann man auch bei der Impfquote von 63 Prozent sehen.

Ich stimme hundertprozentig dem zu, was Sie über die Wichtigkeit der europäischen Werte gesagt haben. Ich denke auch, dass es Sinngebiete gibt, wo wir vielleicht



nicht übereinstimmen müssen: Migration, Parallelgesellschaft, Familie, Ehe und einige weitere, aber ich denke, dass die Europäische Union sehr, sehr gut funktionieren kann, wenn wir nur unser „agree to disagree“ in diesem Bereich bestimmen könnten.

Aber es gibt gemeinsame Werte: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit gehören eindeutig zu diesem Punkt. Mein Problem ist, dass wenn die Rechtsstaatlichkeit nur ein politischer Slogan ist, dann ist das eine Annullierung der Wichtigkeit des Begriffes. Dagegen bin ich. Ich kann Ihnen sagen, dass nach dem Ende der Kanzlerschaft von Angela Merkel der jetzige ungarische Regierungschef, der Parlamentschef, der Staatspräsident die Einzigen in

Europa sind, die nicht nur während Demokratie und Freiheit über die Wichtigkeit der Demokratie und Freiheit gesprochen haben, sondern die während einer Diktatur für die Freiheit und für die Rechtsstaatlichkeit gekämpft haben. Und ich denke, das ist eine Leistung, die wir anerkennen müssen.

Identität und Souveränität: Ich denke, das war keine Frage, als wir der EU beitraten. Wir haben einen Teil der Souveränität anders geregelt, was bedeutet, wie es die ungarische Verfassung formuliert, dass wir einen Teil unserer Souveränität mit anderen EU-Mitgliedsländern gemeinsam ausüben. Das ist deshalb wichtig, weil das meint, dass die europäischen Institutionen keine Supermacht oder einen Superstaat vertreten, sondern sie vertreten uns, als Österreicher, Deutsche, Tschechen, Slowenen oder Schweden, indem sie in diesem Kompetenzbereich die gemeinsame Politik der EU ausüben dürfen. Und das ist auch eine Identitätsfrage. Eine alleinstehende europäische Identität gibt es nicht. Eine europäische Identität kann nur so sein, dass ich Ungar bin und europäisch, ich bin Österreicher und europäisch oder Rumäne und europäisch. Das ist eine doppelte Identität, denn die Vielfalt Europas gehört zu unserer gemeinsamen wertvollen Geschichte.

→ **Gerald Schubert:**

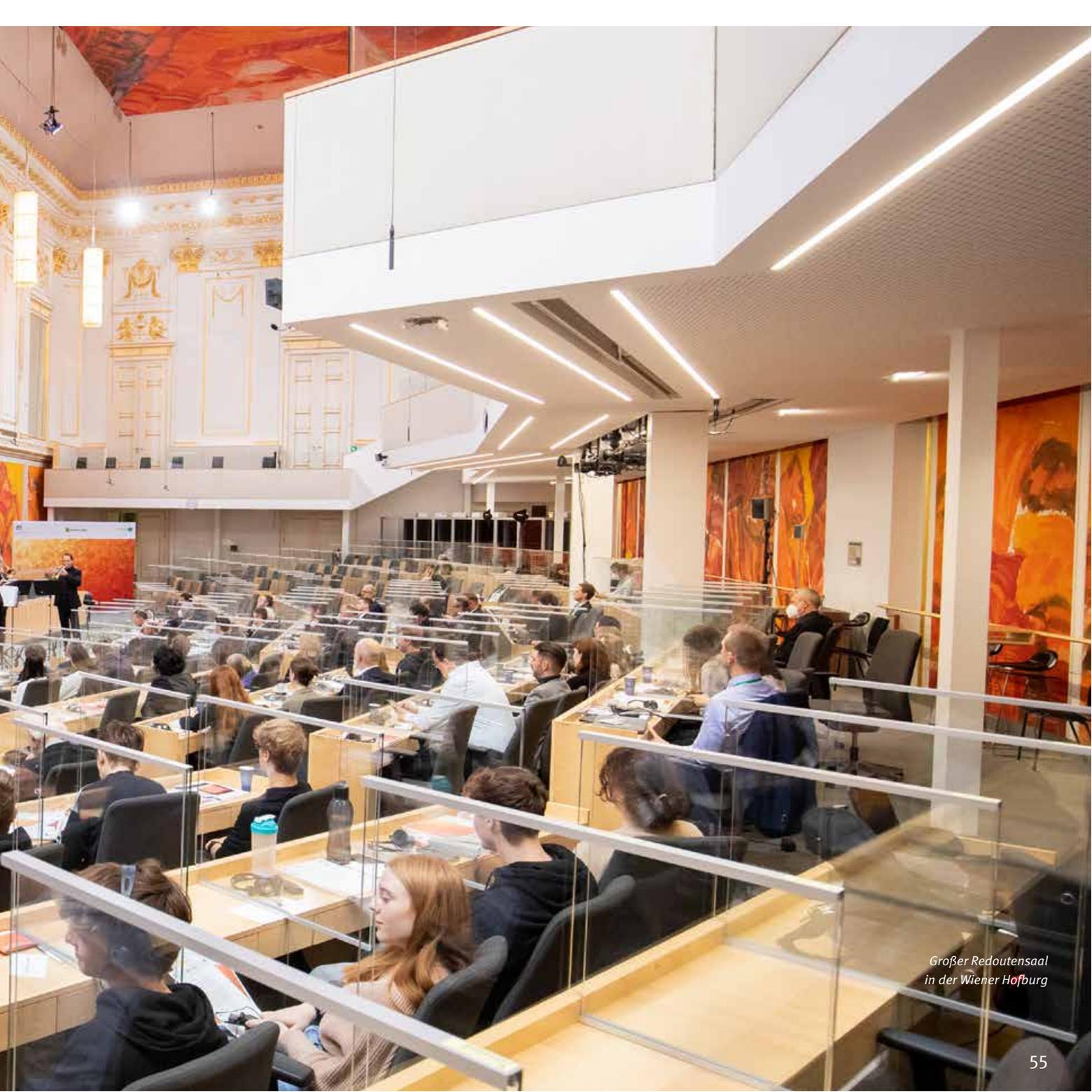
Das war ein schönes Schlusswort. Ich bedanke mich für die sehr interessante und angenehme Diskussion. Ich entschuldige mich bei denen, die vielleicht noch eine Frage gehabt hätten und nicht zu Wort gekommen sind. Aber ich muss meinen Zeitplan einhalten. Wir gehen jetzt in die Mittagspause. Dankeschön.





Thema II

Europa im 21. Jahrhundert – moderner, nachhaltiger, globaler?



*Großer Redoutensaal
in der Wiener Hofburg*

A photograph of Peter Mišík, a man with glasses wearing a dark suit and a green lanyard, standing at a podium with four microphones. He is looking down at papers on the podium. The background features a large orange geometric pattern on the left and a wooden panel on the right.

Impulsreferat

„Die Europäische Union im 21. Jahrhundert“

Peter Mišík

» Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, wie Sie wissen, hat eine Rede nach der Mittagspause immer einen kleinen Nachteil: Es kann einem passieren, dass das Allerwichtigste bereits gesagt wurde. Deshalb möchte ich mich im Voraus entschuldigen, wenn ich etwas sagen werde, das Sie bereits gehört haben.

Um besser zu verstehen, was vor uns liegt und wie wir uns am besten auf die Herausforderungen der nahen Zukunft vorbereiten, sollten wir uns daran erinnern, dass es kein besseres Projekt für das Europa des 21. Jahrhunderts gibt als die Europäische Union selbst. Das Projekt des geeinten Europas wurde auf den Trümmern der beiden größten europäischen Tragödien errichtet. Scheitert dieses Projekt, könnte unser Kontinent wieder dort landen, wo er vor dem Jahr 1914 stand.

Bis 2005, als das Referendum über die europäische Verfassung scheiterte, war das Wetter über der EU günstig. Enthusiasmus und Begeisterung für den Wiederaufbau Europas begleiteten den Prozess der europäischen Einigung in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Lebensstandard stieg rasant an, vor allem im westlichen Teil Europas. Die Kombination aus Demokratie, Wohlstand und Freiheit wurde so erfolgreich und attraktiv, dass ihr selbst das kommunistische System am Ende erliegen musste.

Das Projekt eines geeinten Europas ist zum Synonym für Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit geworden, die für die selbstbewusste Mittelschicht die wichtigsten Komponenten sind. Der Mittelstand ist eine Säule, auf der die EU steht. Scheitert nur eine dieser Komponenten, droht das gesamte Projekt zu scheitern.

In guten Zeiten war die EU hervorragend und wurde zu einem Modell für andere Regionen in der Welt. Das Problem ist, dass die guten Zeiten vorbei sind. Bedeutet diese Tatsache, dass wir nach anderen Modellen suchen sollten, dass wir die EU verlassen sollten wie die Briten oder dass die einfachen Lösungen der Populisten den Ausweg bieten? Sicherlich nicht, im Gegenteil: Wir sollten auf dem aufbauen, was sich bewährt hat. Gerade in den schwierigen Zeiten der Pandemie sehen wir, wie wichtig die Europäische Union für uns Europäer geworden ist. Ohne die EU hätten wir nicht genügend Impfstoffe. Ohne den Erneuerungsplan hätten wir nicht ausreichend Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau oder für Investitionen in die Modernisierung.

Ohne die EU würden die Staatsgrenzen viel länger geschlossen bleiben und die wirtschaftlichen Folgen wären noch dramatischer. Es ist wunderbar, dass unsere Länder in unsicheren Zeiten nicht alleine dastehen und auf die Solidarität sowie die Stärke der EU zählen können.

Doch die Ressourcen sind begrenzt, die Schulden müssen zurückbezahlt werden und eine Krise wird auf die nächste folgen. All dies geschieht in einer Welt, in der die Zahl unserer Freunde abnimmt und die Zahl unserer Gegner leider zunimmt. Für totalitäre und korrupte Regime wäre das Scheitern der EU ein Segen. Was sollten wir also tun? Warten wir, bis das schlechte Wetter besser wird? Kehren wir zu nationalen Egoismen zurück? – Nein. Das geopolitische Wetter wird sich nicht bessern. Außerdem stehen wir vor unpopulären Maßnahmen, um die Klimakrise zu überstehen, und nationale Lösungen sind angesichts solcher Herausforderungen nicht sinnvoll. Dennoch steht die Mehrheit der Europäer hinter der EU, was auch ein Grund für Optimismus sein könnte. Außerdem gibt es genügend Ideen, innovative Pläne und kreative Energien, um Europa wieder fit zu machen.

Jede Krise ist auch eine Chance zur Erneuerung. Als Europäer können wir stolz darauf sein, dass wir die Vorreiterrolle im Kampf um die Rettung des Klimas übernommen haben. Wenn die Mittel des Erneuerungsplans klug investiert werden, können europäische Energiespartetechnologien den notwendigen Durchbruch bringen. Wir können zeigen und beweisen, dass es gleichzeitig möglich ist, klimafreundlich und wirtschaftlich erfolgreich zu leben. Die Pandemie hat uns gezeigt, welche Chancen die Digitalisierung bietet. Auch wenn Europa heute kein Vorreiter in der Digitalisierung ist, die Chance zum Aufholen besteht.

Die Pandemie zeigt uns auch, dass die Globalisierung kein Patentrezept für alles ist. Wir werden strategische Güter, wie Halbleiter oder Medikamente, wieder mehr selbst produzieren müssen. Dabei ist es wichtig, dass wir für risikofreudige, kreative und unternehmerisch denkende Menschen die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen, sonst werden sie ihr Glück woanders suchen. Hierfür brauchen wir weniger Bürokratie und mehr Innovation. Die Finanzmittel sollen nicht nur die Rendite steigern, sondern denen dienen, die den Mehrwert und die Arbeitsplätze schaffen.

Sicherheit und Stabilität sind die wichtigsten Voraussetzungen für ein „optimistisches“ Szenario. Die geopolitischen Rivalitäten der letzten Jahrzehnte, die zu Krieg, Migration und humanitären Katastrophen führten, sind nicht weit von Europa entfernt.

Leider hat sich die Sicherheitslage in unserer Nachbarschaft verschlechtert. Trotz verschiedener Papers und Strategien scheint da die Europäische Union eher ein Beobachter statt ein Handelnder zu sein. Dass die EU im Nahen Osten schwächere Karten hat, wird nur wenige überraschen. Dass wir jedoch auf dem westlichen Balkan nicht in der Lage sind, unsere Versprechen zu erfüllen, grenzt an geopolitische Naivität oder Unverantwortlichkeit.

Vertrauen ist eine starke Währung in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn unsere Feinde uns als Schwächlinge behandeln und neuerdings

sogar die Migration als wirksame Waffe der hybriden Kriegsführung gegen uns einsetzen. Sie testen, ob unsere Solidarität und innere Stabilität nicht nur leere Worte sind. Wir sollten uns nichts vormachen, wir befinden uns im Krieg, auch wenn dieser Krieg „nur“ hybrid ist.

Ob wir in Griechenland oder Polen gegen die illegale Migration und die Gangsterpolitik von Weißrussland, unterstützt von Russland, kämpfen, ob die ausländischen Agenten in der Tschechischen Republik ein Waffendepot in die Luft jagen, ob die staatlichen Akteure bewusst Verschwörungen und Lügen über soziale Netzwerke verbreiten – wir sollten uns bewusst sein, dass das Ziel nicht die einzelnen Länder, sondern die EU als Ganzes ist. Die EU zieht die Angreifer an, weil sie das Lebensmodell bietet, das die korrupten Autokraten ihrer eigenen Bevölkerung niemals bieten würden. Wir sollten unsere Außen- und Sicherheitspolitik unter diesem Gesichtspunkt betrachten.

Wenn in den geopolitischen Sonnentagen die Einstimmigkeit als Prinzip der EU-Außenpolitik kein großes Problem darstellte, brauchen wir in Krisenzeiten effizientere Lösungen. Eine Reform der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik scheint unumgänglich zu sein. Vielleicht sollten wir die Diskussion über die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit zumindest für bestimmte Bereiche nicht weiter aufschieben. Gleichzeitig müssen wir unsere Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe und die Verbreitung von Falschmeldungen stärken. Wir in der Slowakei sehen, wie gefährlich Desinformationskampagnen sind. Es wird deutlich, dass diese Aufgabe ohne eine gesetzliche Regulierung der sozialen Netzwerke nicht mehr zu bewältigen ist.



In der Migrationspolitik sollten wir die Bereiche ausbauen, in denen wir uns einig sind. Das bedeutet Hilfe beim Schutz der Außengrenzen, mehr Engagement bei der Beseitigung der Ursachen illegaler Migration sowie eine effizientere Bekämpfung von Schleusern.

In der Verteidigungspolitik brauchen wir eine einsatzfähige Einsatzgruppe, wie auch den politischen Willen, sie einzusetzen. Seit 2005 haben wir Battlegroups in der Europäischen Union; das Problem ist, dass wir sie nie genutzt haben. Koordination brauchen wir auch bei der Beschaffung von Waffensystemen. Die NATO ist und bleibt der wichtigste Garant für die kollektive Sicherheit der EU-Mitgliedstaaten. Das bedeutet jedoch nicht, dass die europäische Verteidigungspolitik irrelevant bleiben sollte. Es ist umgekehrt. Um eine wirksame Abschreckung aufzubauen, brauchen wir beides, eine starke NATO und eine

starke EU. Die Slowakei nimmt die EU und die NATO als natürlichen strategischen Partner wahr. Wir sollten die Synergien zwischen beiden Partnern stärken, denn damit stärken wir uns gegenseitig.

Abschließend hätte ich noch eine kurze Bemerkung: Angesichts der großen existenziellen Fragen, die hier heute erwähnt worden sind, bin ich mir nicht ganz sicher, ob wir manche Themenkonflikte, die uns innerhalb der EU in diesen Tagen trennen, heute wirklich brauchen. Ich meine vor allem die sogenannten kulturellen Fragen und Kämpfe, bei denen wegen der verschiedenen historischen Entwicklungen die Meinungen, zum Beispiel zwischen den skandinavischen Ländern oder den Ländern in Zentraleuropa, verschieden sind. Ich möchte die Bedeutung der kulturellen Fragen nicht bezweifeln, sondern ich sage nur, dass es besser wäre, wenn wir uns in diesen Krisenzeiten auf die wichtigsten Fragen konzentrieren – Klima, Sicherheit, Verteidigung, industrielle Revolution – und dann gemeinsam so rasch und effizient wie möglich die notwendigen Ergebnisse liefern. Leider leben wir in komplizierten Zeiten, in denen Schwäche nicht unbestraft bleibt. Aber jede Krise bringt auch eine neue Hoffnung. Ich vergesse nie, was der heilige Johannes Paul II. uns in den schwierigsten Zeiten des Kommunismus gesagt hat: Habt keine Angst! – Und ich bin mir sicher, wir brauchen diese Botschaft heute mehr denn je. «

A photograph of Dr. Emil Brix, a man with grey hair, wearing a dark suit, white shirt, and blue tie. He is standing at a light-colored wooden podium with four microphones. He is gesturing with his right hand towards the microphones. The background is a wall with a geometric pattern of orange and yellow triangles. A green banner is overlaid on the bottom left of the image.

Impulsreferat

„Europa in der Welt des 21. Jahrhunderts“

Dr. Emil Brix

» Meine Herren Präsidenten, Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren, ich kann ziemlich klar an das anschließen, was Botschafter Mišík gesagt hat, und ihm gleich von Anfang an widersprechen. Ich glaube nicht, dass wir im Krieg sind. Ich glaube auch nicht, dass wir sagen können, dass wir heute die Kultur nicht unbedingt prioritär in Europa sehen müssen. Botschafter Mišík hat zu Recht gesagt, Strategie ist wichtig, Verteidigung ist wichtig, gemeinsame

Außenpolitik ist wichtig. Wenn wir uns aber überlegen, warum wir in Europa gemeinsam Politik machen und Gesellschaften aufbauen wollen, dann geht es letztlich ohne diese gemeinsame kulturelle Dimension nicht. Im 21. Jahrhundert hat sich daran nichts geändert. Was sich geändert hat, ist, dass wir unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie Kultur aussieht. Die Kulturtechniken haben sich geändert. Aber eines hat sich nicht geändert, und da

kommen wir schon zum Thema Mitteleuropa, dass wir Räume in Europa brauchen, die mit den unterschiedlichen kulturellen Vorstellungen darüber, wie wir zusammenleben wollen, umgehen können.

In Mitteleuropa war das immer die große Herausforderung: unterschiedliche Sprachen, Kulturen, Religionen. Wien ist da ein gutes Beispiel. Gerade in diesem Raum, nicht in diesem Saal, aber in einem anderen Saal im Parlamentsgebäude, wurden bis 1918 sieben, acht, neun Sprachen gesprochen. Es war nicht unkompliziert, daraus etwas Gemeinsames zu machen. Wir wissen auch, dass es gescheitert ist. Es ist jedoch nicht daran gescheitert, dass die Habsburger Monarchie eine schlechte Armee hatte – vielleicht auch daran, das weiß ich nicht so ganz genau – oder dass uns die Deutschen bei diesem Krieg zu wenig geholfen haben. Es ist daran gescheitert, dass es kulturell keine Überzeugung mehr gab, dass man gemeinsam Politik machen will. Es ist 1918 über Nacht entschieden worden, dass man sich ethnisch aufteilt. Wie kompliziert das auch immer gewesen ist. Für mich zeigt das schon, welche Rolle Kultur im Zusammenleben spielt, auch im 21. Jahrhundert.

Aber mein Thema ist eigentlich, wo dieses Europa in der Welt des 21. Jahrhunderts steht. Ich möchte am Schluss zur Kultur kommen und im Wesentlichen darauf hinweisen: wir stehen nicht gut da. Wir stehen nicht gut da. Ich gehöre nicht zu denen, die immer nur Dystopien verbreiten wollen, aber wir haben nun einmal keine europäische Cloud, wir produzieren kein Handy, das weltweit vertrieben wird, die großen sozialen Plattformen haben nicht ihre Hauptquartiere in Europa, sondern sie haben sie woanders. Das sind riesige Aufgaben, die wir ernst nehmen sollten. Es ist ein

Ansatz, aber sicher nicht genug, zu sagen: wir wollen eine geopolitische Kommission in der EU sein und wir wollen eine strategische Autonomie entwickeln.

Vielleicht haben wir noch nicht ganz ausreichend begriffen, welche Veränderungen vor sich gegangen sind. Diese Europäische Union hat sich seit ihrer Gründung im Wesentlichen darum gekümmert, dass innerhalb ihrer Grenzen Frieden herrscht und dass letztlich die vier Freiheiten durchgesetzt wurden. Der Wandel, den wir vielleicht stärker berücksichtigen müssen, ist dadurch geschehen, dass sich nach dem Ende des Kalten Krieges Europa anders aufgestellt hat, dass Europa nicht mehr nur mit der Innensicht der wachsenden Europäischen Union und mit der Frage, wer denn noch integriert werden kann, ausreichend formuliert werden kann.

Das heißt, wir haben einen fundamentalen Wandel von der Innensicht dessen, was wir tun, zur Außensicht zu machen. Wir müssen schauen, wie sich in einem wenig stabilen geopolitischen Umfeld hier eine gemeinsame Politik formulieren lässt und eine geopolitische Rolle in stabiler Weltordnung herzustellen ist.

Es ist von Botschafter Mišík und von vielen anderen gesagt worden: Die Pandemie sei geradezu ein ideales Beispiel, um mehr für die Europäische Union zu werben. Ich fürchte, auch da muss ich sagen, nicht nur um im Impuls zu provozieren, ich sehe das Gegenteil. Diese Pandemie hat letztlich trotz aller Bemühungen der Europäischen Kommission, der Mitgliedstaaten, des Europäischen Rates doch auch gezeigt, dass wir in vielen zentralen Fragen wieder auf den

Impulsreferat

Nationalstaat zurückgeworfen wurden, sei es in den Gesundheitssystemen, sei es auch in der Frage, ob Grenzen offen oder geschlossen sind, sei es in der Frage, wie die Versorgung mit medizinischen Geräten durchgeführt werden soll. Dann ist die Europäische Kommission so ein bisschen hinterhergelaufen und hat gesagt: aber wir haben ja schließlich die Impfung möglich gemacht. Aber auch da wissen alle, mit welch großen Problemen. Gerade jetzt gehen zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland zumindest die Kommentatoren wieder davon aus, sollten wir Medikamente brauchen, dann sollte man sie eher national besorgen und sich nicht wieder auf eine gemeinsame Beschaffung der Europäischen Kommission verlassen. Diese Pandemie ist aus meiner Sicht leider ein Beispiel, dass wir zwar auf einem

Weg sind, aber dass wir nicht sagen können, wir haben eine Europäische Union, die das alles für uns so klar formulieren kann, wie es auch ich mir persönlich wünschen würde.

Ja, und dann kann man natürlich die Frage stellen: Wir reden von Europa, wissen aber ganz genau, dass wir eigentlich von der Europäischen Union reden. Ich wundere mich bei jeder derartigen Diskussion immer, wie leicht das in einem Topf geworfen wird. Aber wenn wir es uns wirklich ansehen, dann besteht zwischen dem Europa des Europarates mit all seinen Mitgliedern und der EU ein gewaltiger Unterschied. Was wir hier Europa nennen, ist eigentlich fast das Doppelte. Und die Frage, wie wir mit dem Rest von Europa umgehen, halte ich für eine der zentralen Fragen.



Es ist schon richtig, dass wir uns geopolitisch positionieren müssen und wissen müssen, welche Formulierung wir für die Zusammenarbeit mit China finden wollen, dass wir die transatlantische Partnerschaft aufrechterhalten müssen. Aber wir sollten uns mehr um den „near abroad“ der Europäischen Union kümmern, um das nahe Ausland, um alles, was unsere Nachbarschaft betrifft. Es scheint mir wesentlich zu sein, dass wir uns gerade jetzt in diesen Jahren auf den Westbalkan konzentrieren. Dass wir uns die Frage stellen: was passiert denn gerade, ich sage es salopp, im Raum zwischen Deutschland und Russland, wie wenig europäisch ist das denn aus unserer Sicht und welche Mittel haben wir denn, um dort entscheidenden Einfluss zu nehmen.

Belarus ist ein sehr unerfreuliches Beispiel dafür und ich möchte das in dem Rahmen nicht allzu detailliert ausführen. Wenn ich mir aber denke, was westliche Unternehmen in diesem Zusammenhang an schwierigen Entscheidungen zu treffen haben, wie sie sich gegenüber dem Regime und den wirtschaftlichen Interessen verhalten, die sie selber in solchen Ländern haben, dann sehen wir, dass wir zentrale Aufgaben haben, die wir in unserer Nachbarschaft wahrnehmen sollten. Da habe ich natürlich noch gar nicht den Mittelmeerraum erwähnt, wo wir eine ähnliche Problematik vorfinden.

Und mein dritter Punkt ist die Frage: Bin ich glücklich, sollen wir glücklich damit sein, dass es eine geopolitisch denkende Kommission gibt, wo auch der EU-Außenbeauftragte sagt: wir müssen die Sprache der Macht lernen? Also ich denke schon, dass ich glücklich bin, wenn ich mir aber anschau, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit die Kluft so groß ist, dass ich niemanden finde, der mir erklären

kann, wie es wirklich umsetzbar ist, dann frage ich mich, ist es vernünftig mit dem Anspruch zu beginnen und zu hoffen, dass wir irgendwann auch einen Moment erleben werden, wo das Wirklichkeit ist.

Ich bin hier etwas skeptisch, wie Sie merken, wenn ich mir ansehe, wie europäische Vertreter in Ankara oder in anderen Teilen der Welt, um nicht Moskau auch noch zu erwähnen, behandelt werden. Das sind Symbole, aber es sind Symbole, die darauf hinweisen, dass zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit eine Kluft ist, die sich nicht einfach mit Worten, sondern eigentlich nur mit Taten beseitigen lässt.

Erlauben Sie mir, ein paar Ansätze zu geben, wie ich meine, dass ein konstruktiver Beitrag der mitteleuropäischen Länder in dieser globalen Machtverschiebung aussehen könnte. Das Erste ist sicher, wir brauchen in den großen geopolitischen Fragen – das heißt, wie unser Verhältnis zu den USA ist, wie unser Verhältnis zu China und vielleicht auch zu Russland ist – tatsächlich eine gemeinsame Meinung innerhalb der Europäischen Union. Diese gemeinsame Meinung haben wir derzeit nicht. Hier ist aber eine solche gemeinsame Linie notwendig.

Mein zweiter Punkt aus der Perspektive der mitteleuropäischen Länder ist: wir müssen gegen Spaltungstendenzen arbeiten, die es innerhalb der Union gibt, und sie überwinden. Und das heißt aus meiner Sicht nicht, dass wir Mitgliedsländern vorschlagen, sie sollen doch austreten, wenn sie sich nicht an die Regeln des Klubs halten, sondern wir müssen mit ihnen arbeiten, damit es gemeinsame Regeln gibt, die ihren kulturellen Vorstellungen gerecht werden



können. Wir haben in Europa nun einmal unterschiedliche historische Erfahrungen. Und ich bin froh, als Österreicher sagen zu können: wir haben zumindest diese kommunistische Erfahrung in meinem Lebenszeitraum in Österreich nicht gehabt – aber, wie Sie wissen, nur 50, 60 Kilometer von hier entfernt gab es sie.

Spaltungstendenzen möglichst zu verändern und die Kluft zu schließen heißt auch für mich, möglichst keine EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten zuzulassen. Wir haben schon viele unterschiedliche Geschwindigkeiten, wie Sie alle wissen.

In großen Fragen haben wir – und das überwiegend ohne die Bevölkerung direktdemokratisch zu fragen – Schritte gemacht, die dazu geführt haben. Das ist nur ein Beispiel dafür, dass, wann immer man sich jetzt Analysen ansieht, die über die Rolle der mittel- und osteuropäischen Staaten in der EU sprechen, wieder von der Zweiklassengesellschaft die Rede ist. Das sollten wir nicht zulassen. Daran müssen wir arbeiten, dass das nicht möglich ist, um tatsächlich eine gemeinsame Stimme in den großen Fragen zu erreichen.

Wir sollten aus der Perspektive der mitteleuropäischen Staaten durchaus auch auf die Migrationspolitik eingehen. Wir müssen es im 21. Jahrhundert sogar. Wir sollten eine Migrationspolitik formulieren und umsetzen, die illegale Einwanderung verhindert. Das klingt ein bisschen hart. Das Ziel muss aber klar sein: legale Möglichkeiten der Zuwanderung sind selbstverständlich, illegale Formen der Zuwanderung sollten möglichst verhindert werden. Ich habe derzeit nicht den Eindruck, dass die Bemühungen der Kommission um eine gemeinsame Migrationspolitik dieses Ziel wirklich im Vordergrund haben. Das sage ich sozusagen auch aus der Sicht anderer mitteleuropäischer Staaten.

Meine nächste Anregung aus der Perspektive Mitteleuropas wäre eine, die ich bereits angeschnitten habe. Weil sie mir so wichtig ist, wiederhole ich sie: Bei allem Bemühen, im globalen Wettbewerb als ein Akteur dabei zu sein, dürfen wir das nahe Ausland, die Nachbarn der EU nicht vergessen. Wir müssen Politik für unsere unmittelbare Umgebung machen. Ich sehe die Gefahr, dass wir heute, morgen, übermorgen immer wieder eine Krise vor uns haben und nicht die strukturelle Fähigkeit besitzen, auch in unseren

Nationalstaaten nicht die Fähigkeit haben, dafür zu sorgen, dass wir diese zentralen Themen, wie etwa den Westbalkan, auf der Prioritätenliste halten.

Ich habe nur noch zwei Themen, die ich ansprechen möchte, aber zwei wichtige. Ich glaube, aus der Perspektive der mitteleuropäischen Staaten geht es auch darum, dass wir die Grundideen der Demokratie gegen scheinbar im 21. Jahrhundert erfolgreiche autoritäre Ideen verteidigen müssen. Ich werde oft gefragt: Na ja, ist es nicht so, dass, wenn in China und Russland etwas entschieden werden muss, es eine Machtvertikale gibt und es daher viel einfacher und schneller ist, politische Entscheidungen zu treffen, während wir in unseren liberalen Demokratien sehr komplizierte Kontrollmechanismen, Entscheidungsstrukturen haben? Hier die Grundidee der Demokratie mit all ihren Werten, die sie enthält, zu verteidigen, ist eine schwierige, aber ganz entscheidende Aufgabe. Sie müssen wohl die nächsten Jahrhunderte – ich denke sogar, im 21. Jahrhundert ist es nur ein Anfang – verteidigt werden.

Damit das gelingt, muss es auch um die kulturelle Dimension Mitteleuropas gehen, eines Raumes, der aufgrund von Geschichte und Geografie viele Gemeinsamkeiten entwickelt hat und damit auch ein Vorbild für Europa sein kann, dahingehend, wie es möglich ist, Gemeinsames zu entwickeln. Wenn ich mir ansehe, wie die Europäische Union mit Kultur umgeht, dann muss ich sagen, es ist eine Schande. Es gibt kaum eine gemeinsame europäische Zuständigkeit für Kultur. Das ist höchstens eine ergänzende Maßnahme. Der Promillesatz, der im Budget für Kultur aufgewendet wird, ist beschämend. Jeder Versuch, da mehr gemeinsam zu machen, wird von den meisten Mitgliedstaaten abgelehnt

mit dem Hinweis, dass Erziehung, Bildung, Kultur eine Kernkompetenz der Nationalstaaten sei. Das ist ein Knackpunkt. Wenn wir nicht glauben, dass wir eine gemeinsame europäische Kultur unterstützen und fördern sollten, dann werden wir das auch nicht erreichen. Wir können es noch so oft in unseren Reden verlangen, wir werden es nur erreichen, wenn wir auch im Erziehungsbereich, im Bildungsbereich mehr an Gemeinsamkeiten zulassen.

Sie sehen schon, ich habe mich bemüht, ein bisschen zu provozieren. Ich bitte Sie trotzdem, alles was ich gesagt habe, einigermaßen ernst zu nehmen. Mir ist es jedenfalls ernst. Wenn ich mir die letzten zwei, drei Jahre der Reformdiskussionen inklusive des jetzigen Prozesses zur Zukunft der Europäischen Union angesehen habe, dann bin ich es eigentlich leid, dass nur eine einzige Stimme wirklich Vorschläge gemacht hat. Es war nur Emmanuel Macron mit seinen Reden aus dem Jahr 2018, der wirklich Vorschläge für eine Vision Europas gemacht hat, die dann nicht von anderen diskutiert wurden.

Da wir hier auch auf Einladung des Sächsischen Landtags sind, kann man ja sagen, dass auch die deutsche Regierung auf diese Vorschläge nicht reagiert hat. Was hat er gesagt? – Ich habe mir nur die Rede zur Karlspreisverleihung 2018 angesehen. Er hat einfach vier Prinzipien formuliert, und darauf kann man eigentlich schon aufbauen. Ich unterstütze als Österreicher sonst ungern die zentralistischen Ansätze eines französischen Staatspräsidenten, aber in dem Fall schon. Er hat gesagt: Seien wir nicht schwach, haben wir keine Angst, warten wir nicht zu und lassen wir uns nicht spalten! Vier ganz einfache Prinzipien und niemand hat darauf geantwortet. «



Podiumsdiskussion







Podiumsdiskussion

Dr. Emil Brix

Peter Mišík

Dr. Edit Inotai
(Moderation)



→ Dr. Edit Inotai (Moderatorin):

Vielen Dank, Herr Dr. Brix. Guten Tag, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zum zweiten Teil der Konferenz. Mein Name ist Edit Inotai, ich komme aus Ungarn und ich bin Journalistin. Ich werde diese Gesprächsrunde über Europa im 21. Jahrhundert moderieren.

Wir sind fast am Ende des Jahres 2021. Mehr als 60 Jahre nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die später die Europäische Union geworden ist, und seit mehr als 15 Jahren ist die Mehrheit der

ost- und mitteleuropäischen Länder Teil der Europäischen Union. Leider hat die EU vergangenes Jahr ihr erstes und hoffentlich letztes Mitglied verloren. Die EU hat die Pandemie, wie alle Krisen vorher, gut beziehungsweise mehr oder weniger gut, überstanden.

Sicherlich wurden daraus einige Lehren gezogen. Mit Recht können wir uns jetzt fragen, wo steht heute Europa? In welche Richtung will Europa sich weiterentwickeln? Die Welt um uns herum verändert sich rasch. Die Vereinigten Staaten, unser wichtigster Verbündeter, richtet sich mehr und mehr nach Osten, nach Asien aus.

Sind wir Europäer bereit, einen Teil unserer Souveränität für das Gemeinwohl aufzugeben? Das sind die Themen, über die wir mit unseren Panelisten in den nächsten ein- einhalb Stunden diskutieren möchten. Bitte lassen Sie mich die Teilnehmer kurz vorstellen.

Dr. Emil Brix, das wissen wir schon, ist Direktor der Diplomatischen Akademie Wien. Zuvor war er österreichischer Botschafter in London und in Moskau. Wir dürfen mit seiner Expertise rechnen, besonders, wenn wir über Russland und wenn wir über Nachbarschaftspolitik sprechen werden.

Prof. Dr. Petr Drulák vom Institute of International Relations Prague war zwischen 2014 und 2015 stellvertretender Außenminister der Tschechischen Republik und später auch tschechischer Botschafter in Paris. Vielleicht können wir hier mit Ihnen auch über die Ideen von Präsident Macron sprechen.

Dr. Rafał Dutkiewicz ist Mitglied im Kuratorium des Forums Mitteleuropa. Er war 16 Jahre lang Oberbürgermeister der Stadt Wrocław. Ich denke, das ist ein Rekord. Zuvor war er auch Co-Leiter und Vorsitzender des Bürgerkomitees Solidarność in Breslau. Denn es ist auch wichtig, ein bisschen über die Vergangenheit zu sprechen.

Last but not least begrüßen wir Botschafter Peter Mišík, Botschafter der Slowakei in Österreich. Er blickt auf eine lange Karriere in der Diplomatie zurück, hat früher auch in Bonn, Berlin und Brüssel gearbeitet, und hat praktisch alle wichtigen Abteilungen im slowakischen Außenministerium geleitet.



Prof. Dr. Petr Drulák

Dr. Rafał Dutkiewicz



Europa muss Stellung beziehen in den immer angespannteren Konflikten. Russland bleibt bis heute die größte Sorge für viele mittel- und osteuropäische Länder. Um es etwas pessimistisch zu formulieren, Unruhe herrscht in unserer Nachbarschaft, im Osten wie im Süden. Die Frage ist, ob Europa, die Europäische Union, bereit und fähig ist, als Global Player zu agieren, Verantwortung zu übernehmen und zusammen als eine Gemeinschaft zu handeln?

Wir werden auch darüber reden, welche Rolle Mitteleuropa in der Zukunft spielen sollte. Wo sind unsere Stärken?



Wie Präsident Dr. Rößler schon am Anfang erwähnt hat, gibt es gegenwärtig diese globale Machtverschiebung. Die Vereinigten Staaten blicken immer mehr nach Osten. Was bedeutet das für Europa? Müssen wir auch wählen zwischen China und den Vereinigten Staaten? Was ist unsere Aufgabe in diesen Zeiten? Ich würde gern mit Petr Drulák anfangen.

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Danke für die Frage. Ich glaube, dass wir vor allem ein unabhängiges Europa aufbauen müssen, strategisch auch, und das ist gar nicht einfach. Also in gewissem Maße teile ich den Skeptizismus von Herrn Dr. Brix, wenn er sich fragt, ob die Kommission die Sprache der Macht sprechen soll. Ich glaube, dass wir als Europa diese Sprache erst lernen müssen, aber ich bin mir nicht sicher, ob die Europäische Kommission das Organ ist, das das kann, und ich weiß auch nicht, ob die Kommission das überhaupt machen soll. Ich glaube nicht.

Wir brauchen eine ganz andere institutionelle Struktur, wenn wir wollen, dass Europa in den globalen Machtfragen seine eigene Position hat. Wenn Sie fragen, welche Rolle oder welche Position Europa im Streit zwischen den Vereinigten Staaten und China einnehmen soll, würde ich nicht sagen, entweder eine chinesische oder amerikanische, sondern eine europäische. Das ist wichtig, aber dazu müssen wir erst einmal unsere eigene Position kennen, und die kennen wir noch nicht, weil wir deutsche, französische, polnische, spanische, italienische Positionen haben, und die sind alle ganz unterschiedlich. Sobald wir diese europäische Position kennen, müssen wir Machtinstrumente haben, um diese Position durchzusetzen, und die haben wir auch nicht.

Wenn wir also über die Europäische Union als einen strategischen Akteur sprechen, dann müssen wir mehrere Tabufragen stellen. Für mich ist eine der Tabufragen, die ganz offensichtlich ist, die Frage der Nuklearwaffen. Wer in der heutigen Welt als strategischer Akteur anerkannt werden möchte, der braucht das, ganz einfach. Wie geht man in Europa damit um? Es gibt ein einziges Land in der Europäischen Union, das das kann, das ist Frankreich, aber das ist nicht die europäische Lösung.

Es gibt viel mehr Fragen, die man eröffnen muss, wenn man über Europa als einen strategischen Akteur spricht, nicht nur die Frage von China und den Vereinigten Staaten. Da ist auch die Frage von Russland. Für Osteuropa ist die Schlüsselsicherheitsfrage mit Russland verbunden. Osteuropa ist atlantisch, ist amerikaorientiert, weil Zentral- und Osteuropa weiß, dass die Vereinigten Staaten die Atomabschreckung haben. Europa hat

keine Atomabschreckung. Also wer ist der Akteur, der die Region, der das Gebiet beschützen kann? Wenn Europa unabhängig, strategisch autonom sein will, muss es auf diese Frage eine klare Antwort geben.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Jetzt sind wir ganz stark in der Mitte der Debatte über nukleare Waffen gelangt. Braucht Europa nukleare Waffen? Braucht Europa eine Armee? Ich sehe, dass Rafał Dutkiewicz aus Polen reagieren möchte.

→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Also erstens, es gibt nukleare Waffen in Europa, das sind die amerikanischen nuklearen Waffen. Zweitens, wenn man über China spricht, dann muss man sich wirklich vor Augen führen und immer damit anfangen, dass das ein Staat ist, der nicht demokratisch ist. Das ist ziemlich entscheidend. Drittens, umso wichtiger ist die europäisch-amerikanische Achse, die transatlantische. In dem Sinne hat der Brexit eine schreckliche Rolle gespielt, aber trotzdem, diese Achse sollte ständig von uns unterstützt werden.

Zum Thema Russland, um es locker zu machen, erzähle ich Ihnen da eine alte polnische Anekdote, die leider zur Zeit Putins wieder aktuell ist. Es ist nach dem Ersten Weltkrieg passiert. Da gab es eine Kommission, die dafür verantwortlich war, die Grenze zwischen Polen und Russland im Feld physisch zu bestimmen. Und die haben entdeckt, dass die Grenze ein Bauernhaus teilen wird. Da haben sie gesagt: Ja, gut, wir müssen die Grenze verschieben, aber in welche Richtung, nach Westen oder nach Osten? Wir fragen den Bauern: Herr Bauer, nachdem die

Grenze bestimmt ist, wollen Sie lieber in Polen oder in Russland wohnen? Und er hat sich sofort entschieden und gesagt: Bitte auf der polnischen Seite! Okay, dann verschieben wir die Grenze 20 Meter nach Osten, aber sagen Sie uns: Wieso haben Sie sich so schnell für Polen entschieden? Seine Reaktion war: Man sagt, der Winter ist viel, viel kälter auf der russischen Seite.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Auch von der diplomatischen Seite gibt es Kommentare zu Atomwaffen und europäischer Außenpolitik, bitte.

→ **Peter Mišík:**

Ich möchte daran anschließen. Wir sollten uns die Frage stellen: Wünschen wir uns, dass China die globale Großmacht oder Super Großmacht des 21. Jahrhunderts ist? Meine Antwort ist: Bestimmt nicht, weil uns das schaden würde. Wir sind Bestandteil einer gemeinsamen Zivilisation. Wir teilen dieselben Werte mit den Amerikanern. Wir können selbstverständlich kritische Meinungen haben, aber letztendlich sind wir Bestandteil einer gemeinsamen Zivilisation, die die transatlantische oder demokratische Zivilisation ist, und unter diesem Gesichtspunkt ist mir klar, dass wir gemeinsam mit den Amerikanern diese strategische Diskussion führen sollten, was auch nicht bedeutet, dass wir jetzt antichinesisch handeln. Selbstverständlich haben wir auch eigene Interessen, aber wenn es um die Grundsatzfrage geht, wählen Sie zwischen Amerikanern oder Chinesen, dann ist es mir klar. Wir sind Bestandteil einer demokratischen Tradition. Wir gehören zu dieser Zivilisation und deshalb sollten wir mit den Amerikanern sprechen und unsere Politik entsprechend koordinieren.

→ Dr. Edit Inotai:

Herr Brix, können wir wählen oder müssen wir wählen oder können wir unsere Wirtschaftspolitik mit China weiterverfolgen wie früher oder ist es wirklich eine Zeit, wo wir durch Washington ein bisschen unter Druck sind?

→ Dr. Emil Brix:

Die Anforderung zu wählen, nimmt sicher zu. Das ist sicher gewachsen und daraus erklärt sich dann auch, wie schwierig es geworden ist, zu formulieren, wie viel transatlantisches Verhältnis wir in Europa haben wollen. Wenn man es in ein Bild fassen will: Es ist nun einmal so, der Hund wedelt mit dem Schwanz und nicht der Schwanz mit dem Hund. Das Verhältnis zwischen Amerika und Europa ist nun einmal so, wie es ist, und da muss sich dann irgendwann der Schwanz überlegen: Wie viel Eigenständigkeit bleibt ihm eigentlich noch?

Wir sind in einer durchaus ernsten Situation. Das heißt, wenn wir von strategischer Autonomie sprechen, müssen wir auch ungeschönt sagen: die völlige Abhängigkeit von den amerikanischen Strukturen im militärischen, strategischen Bereich, in allem, ja selbst was die Satellitensituation bis heute betrifft, ist für Europa nur erträglich, wenn wir darauf verzichten, ein eigenständiger Akteur zu sein. Wenn wir nicht verzichten, dann müssen wir das kritisch betrachten und sehen, wo wir dieses Verhältnis so verändern können, dass wir auch ein Partner sind; ob gleichberechtigt, das weiß ich nicht, aber zumindest ein Partner sind, der ernstgenommen wird. Und da habe ich jetzt nicht überall den Eindruck, egal wie die Administration in den USA heißt, dass man sich wirklich um die Europäer sorgt. Da geht man eher davon aus, dass wir

Europäer keine Wahl haben. Und wenn wir uns eine Wahl nehmen wollen, wie beim Investitionsschutzabkommen mit China, dann wird sofort Druck auf europäische Staaten ausgeübt, damit das nicht passiert. Wir haben schließlich auch nachgegeben in all diesen Fragen – also das ist für mich eindeutig.

Mit welcher Stimme soll Europa eigentlich international auftreten? Ich sehe das wie Herr Drulák. Die Kommission ist dafür nicht geeignet. Was mir gefällt, ist der Vorschlag, der von Angela Merkel gemacht wurde, über einen europäischen Sicherheitsrat nachzudenken. Es wird nicht reichen, nur darüber nachzudenken oder ihn einzurichten. Dahinter muss auch etwas Macht stehen, das ist völlig richtig. Ich würde nicht sofort Nuklearwaffen ankaufen wollen, aber dahinter muss Macht stehen. Dann wäre es viel klarer, dass es hier nicht darum geht, dass eine bürokratische Einrichtung wie die Europäische Kommission sich die Macht über Europa nehmen möchte, sondern dass hier Verantwortung von Mitgliedstaaten an einen gemeinsamen Sicherheitsrat delegiert wird. Ich weiß nicht, ob es eine Chance gibt, so eine Idee zu verwirklichen, aber wenn es um die strategische Autonomie Europas geht, wäre das für mich ein konkreter und ganz wichtiger Schritt.

→ Dr. Edit Inotai:

Es geht auch um eine gemeinsame Verteidigungspolitik, Sicherheitspolitik, wenn wir über Außenpolitik sprechen. Das gehört dazu. Es ist immer wieder die Rede von einer europäischen Armee, einer Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten. Ursula von der Leyen zum Beispiel, die Präsidentin der Europäischen Kommission, hat

in ihrer Rede zur Lage der Nation gesagt: Wir müssen in unserer Nachbarschaft und in unterschiedlichen Regionen für Stabilität sorgen. Wenn wir uns um die Krisen anderorts nicht rechtzeitig kümmern, kommen sie zu uns. Also was ist die Antwort Europas? Kann oder soll Europa eine gemeinsame Armee haben? Was sind die wichtigsten Bedrohungen? Herr Dutkiewicz, über Bedrohungen haben die Polen heutzutage doch viel sagen.

→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Also was an der östlichen europäischen und polnischen Grenze passiert, hat schon für den ganzen Kontinent eine große Bedeutung. Die Diskussion über eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik hat sich während der Amtszeit von Donald Trump ein bisschen beschleunigt. Damals hat man entdeckt, dass sowas höchstwahrscheinlich

notwendig ist, heutzutage sprechen wir weniger darüber. Ich habe vorhin betont, und das betone ich ständig, die europäisch-amerikanische, also die transatlantische Achse, ist wirklich von Bedeutung, wenn wir aber eine eigene Politik in dem Sinne europäisch ausüben können, wird die Achse noch stärker. Deswegen würde ich stark dafür plädieren, dass eine solche Politik entsteht, und letztendlich sollte dann auch eine europäische Armee entstehen. Wann und wie, das ist eine tiefere Diskussion, aber man sollte doch in diese Richtung gehen.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Brix, stimmen Sie zu? Aus einer österreichischen Perspektive ist die Frage der europäischen Armee irgendwie vielleicht spannender als aus der Perspektive der anderen Länder, da Österreich nicht NATO-Mitglied ist.



→ Dr. Emil Brix:

Sie sprechen die Neutralität an. Aber es ist trotzdem die österreichische Position, dass wir uns zu einer verstärkten Zusammenarbeit im militärischen, strategischen Bereich bekennen. Das tun wir auch in unserer Partnerschaft mit der NATO. Also Österreich setzt Schritte in Richtung mehr gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Aber selbstverständlich, wenn Sie die österreichische Bevölkerung fragen, dann ist die ganz stark gegen die NATO, dann ist die ganz stark gegen eine Aufhebung der Neutralität. Das sind alles Symbolbegriffe geworden, mit denen auch die österreichische Politik leben muss. Aber noch einmal gesagt, der Schritt in Richtung europäische Armee wäre sicher ein Schritt zur Stärkung der europäischen Eigenständigkeit, der genauso, wie Herr Dutkiewicz es gesagt hat, auch unser transatlantisches Verhältnis stärken würde.

Die Hauptfrage ist da natürlich: Wie sieht Russland das? Meine Erfahrung ist, dass wir hier nicht erwarten können, dass das von Russland als freundlicher Akt angesehen würde, wenn die Europäische Union plötzlich neben ihrer Handelsmacht auch eine militärische Macht werden würde. Ich habe in vielen Diskussionen mit russischen Kollegen erlebt, dass sie alles tun, um diese Europäische Union nicht als eine Gemeinschaft zu sehen, dass sie alles tun, um sie zu spalten, wo immer es eine Möglichkeit gibt. Das russische Außenministerium leugnet auch gar nicht, dass eine der großen Gefahren, die sie laut einem historischen Artikel von Sergej Lawrow immer abwehren mussten in Russland, Angriffe aus Europa waren. Zuerst waren es natürlich die aus dem Osten, dann war es Europa, Amerika, und dann Europa überwiegend, und



dagegen muss man sich wehren. Und man wehrt sich am besten, indem man Teile dieser europäischen Gemeinschaft auf seine eigene Seite holt. Ich erlaube mir die persönliche Bemerkung, ich wurde als österreichischer Botschafter von russischen Politikern mehr umarmt, als mir lieb sein konnte.

→ Dr. Edit Inotai:

Bevor wir gleich über Russland sprechen, würde ich gern zur europäischen Verteidigungspolitik zurückkommen. Herr Botschafter Mišík, ist die Europäische Union in der Lage, hier mit einer Stimme zu sprechen? Ist es wirklich möglich oder ist es nur illusorisch, über eine europäische Armee zu sprechen?

→ **Peter Mišík:**

Zunächst, wenn Sie mir erlauben, möchte ich gern an die Gedanken von Herrn Dr. Brix anknüpfen, weil er recht hat. Die Russen machen alles, um uns zu spalten, aber gleichzeitig tun sie alles, um Europa, um uns zu einigen oder um uns dazu zu bringen, darüber nachzudenken, wie wir strategischer handeln können.

Wenn sie die Diskussion über die Schaffung der europäischen Armee beginnen, dann könnte das kontraproduktiv wirken. Als slowakischer Diplomat sage ich selbstverständlich: Wir brauchen die NATO und wir brauchen die EU. Wir brauchen aber auch mehr EU im Bereich der Verteidigungspolitik. Wir brauchen die EU, die einsatzfähig ist, die wenigstens in Nachbarregionen etwas unternehmen kann, weil wir sonst in der Situation sind, dass wir keine Politik, keine Machtpolitik gegenüber Nachbarn, gegenüber Russland, gegenüber den Vereinigten Staaten, gegenüber China machen können.

Wenn Sie außenpolitisch wirksam handeln wollen, brauchen Sie eine bestimmte Macht, und dazu gehört selbstverständlich auch die verteidigungspolitische Macht. Eine europäische Armee ist meiner Meinung nach vielleicht das Ende dieses Prozesses. Dieser Prozess wird noch längere Zeit dauern, aber wir haben konkrete Projekte, wo wir mehr Tempo machen sollten. Zum Beispiel ist das die Koordination bei der Anschaffung von Waffensystemen, sind das Mehrausgaben für die Verteidigungspolitik in den einzelnen Mitgliedsländern, ist das eine bessere Koordination bei der Verteidigungspolitik, bei den verteidigungspolitischen Strategien.

Die Europäische Union wurde als Friedensprojekt geschaffen, aber leider sind diese guten Zeiten vorbei, weshalb wir uns anpassen müssen. Entweder passen wir uns an oder wir könnten leider das erste Opfer dieser neuen Situation sein. Deshalb habe ich, und das ist auch eine Antwort darauf, was Herr Dr. Brix gesagt hat, mit Absicht das Wort Krieg benutzt. Selbstverständlich sind wir nicht im Krieg, aber wir sollten unsere Denkweise ändern, weil wir angegriffen worden sind. Wir wurden angegriffen und man testet, wie wir uns in dieser neuen Situation zurechtfinden. Wenn wir nur pazifistisch reagieren, dann werden die Angreifer immer weitergehen, bis das Projekt scheitert. Deshalb bin ich der Meinung, wir müssen auch darüber sprechen, worüber wir vielleicht vor 20 Jahren nicht sprechen wollten. Eine starke NATO, eine starke EU und auch der Bereich Verteidigungspolitik sind meiner Meinung nach die beste Antwort auf das, was passiert.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Jetzt haben wir sozusagen den Elefanten im Raum. Wir müssen über Russland sprechen. Herr Drulák, ist Russland eine Bedrohung für Europa? Kann Russland ein Verbündeter sein oder ein Partner? Wie sehen Sie das?

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Das ist eine schwierige Frage. Ja, Russland ist gewissermaßen eine Bedrohung. Es ist eine Quelle eines geopolitischen Drucks gegenüber Europa. Es kann auch ein Verbündeter sein, in vielen Fragen, in Energiefragen, in Terrorismusfragen, in vielen anderen Fragen des internationalen Systems. Ich glaube, dass wir mit Russland eine kontinuierliche Diplomatie brauchen, und das

haben wir in den letzten Jahren nicht gemacht. Man muss mit Russland als einer Großmacht reden, und das schafft die Europäische Union nicht gut.

Es ist nicht einfach, weil die Russen in den letzten Jahren besonders aggressiv sind. Wir waren auch aggressiv gegenüber Russland. Das muss man zugeben. Die Ukraine ist ein Staat in der Nähe von Russland, und jede Aktivität von den westlichen Mächten in der Ukraine ist dasselbe wie die Aktivität von Russland und China in der Karibik für die Vereinigten Staaten. Wir sind nicht in der Lage, so etwas zu sehen. Ich sage nicht, dass die russische Aktion gegen die Ukraine berechtigt war. Nein, das war ein schweres Verbrechen gegenüber dem Völkerrecht.

→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Das ist ein Krieg. Das ist keine Aktion, das ist ein Krieg.

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Ja, ich stimme Ihnen zu. Das ist ein Krieg, aber man muss auch verstehen, warum sich Russland provoziert fühlte. Ich sage nicht, dass die Reaktion adäquat war. Das war keine adäquate Reaktion, aber die Kausalität war da. Wenn wir nicht in der Lage sind, so etwas zu erkennen, dann können wir nie mit Russland eine vernünftige Beziehung haben.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Ich vermute, es gibt große Unterschiede zwischen den mitteleuropäischen Ländern, wenn es um Russland geht.

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Das ist nicht die tschechische Position, das ist meine eigene Position, um klar zu sein.



→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Ich wollte nur einfach diese kleine Bemerkung machen, die angenommen wurde. Dafür bedanke ich mich. Das war oder ist ein Krieg. Übrigens macht die polnische Regierung zurzeit eine unvernünftige Politik gegenüber Russland. Eine gewisse Diplomatie, wie Sie eben gesagt haben, zwischen Europa, der Europäischen Union, und auch zwischen Polen und Russland, das sind doch unsere Nachbarn, sollte es geben. Zurzeit gibt es das kaum in Polen, aber an sich ist Russland schon eine Bedrohung und die Lage der Ukraine ist dafür ein eindeutiger Beweis.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Kann die EU mit einer Stimme reden oder mit Russland sprechen oder ist das auch ein Problem, dass die EU da selbst ziemlich geteilt ist?

→ **Dr. Emil Brix:**

Ich würde sagen: Nein. Wir haben gemeinsame Sanktionen gegen Russland. Auch Österreich hält sich daran – manchmal mit mehr Überzeugung, manchmal mit weniger, manchmal sogar ohne Überzeugung, aber wir halten uns daran. Es gibt auch einen guten Grund, weil natürlich der Wunsch da ist, gemeinsame Politik zu machen gegen Russland. Das ist ja auch selbstverständlich, weil wir bei aller Aggression wissen, dass Russland auf jeden Fall ein Teil Europas ist.

Wir wissen auch, dass wir in Europa Nachbarn sind. Wir wissen, dass wir ein Verhältnis brauchen. Wir wissen, dass innerhalb Europas sehr unterschiedliche Meinungen dazu bestehen, unterschiedliche Erfahrungen bestehen. Ein Pole hat in der Regel eine andere Erfahrung bezüglich Russland gemacht als ein Österreicher, der sagen konnte, wie eben in meinem Fall: ich bin geboren, da gab es keine russischen Soldaten mehr auf österreichischem Gebiet. Also da existieren deutliche Unterschiede, und wir haben heute trotzdem das schlechteste Verhältnis seit Ende des Kalten Krieges mit Russland. Natürlich kann man sagen, die Schuld liegt zu 100 Prozent auf der russischen Seite, aber als Diplomat glaube ich das nicht. Das kann nicht sein. Das gibt es nie, dass eine Seite zu 100 Prozent schuld ist.

Auf unserer Seite haben wir sicher zu wenig an diplomatischen Versuchen gewagt. Ich kritisiere jetzt schon wieder

die Europäische Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst. Es wurde wiederholt versucht, mit diesem Europäischen Auswärtigen Dienst Themen herauszufinden, wo wir mit Russland gemeinsame Interessen haben, um zusammenzuarbeiten. Es ist nicht wirklich gelungen. Es ist dann immer auf technischer Ebene geblieben. Dann hat man gesagt, politisch will man das nicht, und daher gibt es praktisch fast keinen Dialog derzeit, und das ist sicher zum Nachteil auch der Europäischen Union.

Vielleicht noch einen Satz von meiner Seite zu den Sanktionen: Es kann doch nicht sein, dass wir ein Sanktionsregime haben, das auf der einen Seite die Europäer zusammenhalten soll, aber auf der anderen Seite in wesentlichen Teilen von den Vereinigten Staaten von Amerika entschieden wird und auch in wesentlichen Teilen der amerikanischen Wirtschaft nicht schadet, aber der europäischen Wirtschaft schon schadet. Da ist plötzlich wieder das Verhältnis zwischen Hund und Schwanz im transatlantischen Verhältnis, sogar beim Thema Russland.

→ **Peter Mišík:**

Selbstverständlich wäre es wirklich gut, wenn wir einen guten Dialog oder eine Dialogbasis mit Russland hätten. Das Problem ist, dass Sie für einen Dialog zwei brauchen und ich bin der Meinung, dass im Moment die Russen kein Interesse am Dialog mit der Europäischen Union haben. Sie sprechen vielleicht mit Frankreich oder mit Deutschland, aber nicht mit der Europäischen Union.

Das Problem ist, dass sich hier zwei Zivilisationen treffen. Wir haben auch unsere Erfahrung mit den Russen gemacht. 1968 kamen sie und sie brauchten auch keine



Einladung. Sie waren bei uns und es dauerte bis 1990, 1991, bis sie uns verlassen haben. Ich will nur sagen, um mit Russland auf derselben Augenhöhe sprechen zu können, müssen sie bei den Russen Respekt haben. Solange wir keinen Respekt haben, können wir nichts mit Dialog anfangen. Es ist Teil des hybriden Krieges gegen uns, dass wir uns schuldig machen, weil wir nicht genügend mit Russland in den Dialog treten wollen, während sie nicht wirklich an einem Dialog mit der Europäischen Union interessiert sind, weil sie Ziele verfolgen, die ganz verschieden sind von unseren Zielen. Das ist nicht kompatibel, es tut mir leid.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Ja, ich gebe weiter.

→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Ich wollte noch ganz kurz etwas zum Thema gemeinsame europäische Verteidigungspolitik sagen. Ein Argument dafür ist das, was mit der NATO zurzeit passiert. Ich würde nicht sagen, dass die NATO schwächer geworden ist, aber die NATO ist anders, als sie es vor ein paar Jahren war, und deswegen brauchen wir umso dringender eine Diskussion darüber, wie die Verteidigungspolitik gemeinsam in der Europäischen Union aussehen könnte.

Übrigens, wir, also die östlichen Länder, sind sehr glücklich, dass wir NATO-Mitglieder sind. Wenn Sie gestatten, dann erzähle ich eine zweite Anekdote, die den Unterschied beschreibt. Polen wurde im Jahr 1997 Mitglied der NATO. Ich habe vorher, in den 1990er-Jahren mit meinen Kindern Padova in Italien besucht. Es gab dort einen Italiener, der mit meinem kleinen Sohn gespielt hat. Da

sagte meine Frau: Du solltest dich bei ihm bedanken! Ich habe ihn also in eine Bar eingeladen, wir haben Grappa getrunken, und ich habe ihn gefragt, woher er kommt. Er war aus Rom, Roma, und er hat mich zurückgefragt, wo ich herkomme. Da sagte ich ihm, das kennst du höchstwahrscheinlich nicht, das ist eine Stadt, Breslau, Wrocław, und seine Reaktion war: Ah, Wrocław, Brzeg, Oleśnica, Legnica! – Das sind kleine Städtchen um Breslau. Es hat sich gezeigt, er war Offizier bei der NATO, verantwortlich für die Bombardierung von Niederschlesien, und er kannte alle militärischen Flughäfen in der Nähe von Breslau auswendig. Ich bin schon glücklich, dass wir jetzt auf der guten Seite sind.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Drulák, noch eine Anekdote.

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Ja, noch eine Anmerkung zur NATO und zu Russland, weil mich das, was Herr Kollege Mišík über Russland sagte, auf eine Idee gebracht hat. Sie haben gesagt, Russland ist nicht an einem Dialog mit uns interessiert. Das stimmt. Wir haben keinen Respekt seitens Russlands, und auch das stimmt. Aber dasselbe könnten wir über die Vereinigten Staaten von Amerika sagen. Die sind an keinem Dialog mit uns interessiert. Das haben sie in Afghanistan gezeigt. Das hat Trump gezeigt, aber das hat auch Obama gezeigt. Er war gleichgültig, was Europa betrifft, und das hat auch sein Vorgänger George Bush gezeigt, als es um den Irak ging.

Haben wir Respekt in den Augen der Vereinigten Staaten? Denkt jemand so etwas? Was wäre der Beweis dafür? Wir

Podiumsdiskussion

haben keinen Respekt seitens der Vereinigten Staaten. Wir sind, man sagt Verbündete, eher Vasallen, würde ich sagen, aber für uns ist das bequem. Ich sage nicht, dass es dasselbe ist wie mit Russland. Russland ist eine Bedrohung, die Vereinigten Staaten sind keine Bedrohung. Aber sie sind keine Macht, auf die wir uns langfristig verlassen könnten. Für uns ist die NATO eine Frage des Überlebens, für die Vereinigten Staaten ist sie nur ein interessantes Mittel, das man aufgeben kann, das man nicht unbedingt braucht. Für Europa ist es das Gegenteil, und diese Lage ist sehr, sehr unvorteilhaft für uns. Deshalb müssen wir unseren Atlantismus überdenken. Wenn Präsident Macron vor drei Jahren sagte, dass die NATO Hirntod sei, hat er, glaube ich, eine große Wahrheit ausgedrückt.

→ Dr. Rafał Dutkiewicz:

Auf der anderen Seite ist die russische Kultur weltweit immer noch, also Entschuldigung, sehr hoch geschätzt. Sollte irgendwo auf der Welt an einer Uni Slawistik unterrichtet werden, dann ist die zu 80 Prozent mit der russischen Kultur verbunden und dann wiederum zu 80 Prozent mit Dostojewski, aber das ist wieder etwas anderes.

→ Dr. Edit Inotai:

Nun für ein Wort zurück zu transatlantischen Beziehungen: Ist Europa nicht Schuld, dass die Vereinigten Staaten ein bisschen das Interesse an Europa verloren haben?

→ Dr. Emil Brix:

Ja, selbstverständlich, wenn ich in Amerika Politik machen müsste, dann würde ich auch sagen: um Europa brauche ich mich nicht zu kümmern, das sind unsere Verbündeten, die reden ohnehin immer von den gemeinsamen Werten.

Das ist so, wie wenn man als Amerikaner gern ins Museum geht, dann fährt man nach Europa, aber man interessiert sich nicht dafür, wenn es um strategische Fragen, um geopolitische Fragen geht. Da hat man keine Sorge, dass hier ein Problem auftritt. Es kostet die Amerikaner zwar etwas, Soldaten, Nuklearschutz und so weiter, aber die Rechnung scheint aufzugehen. Das heißt aber nicht, dass man in Europa ernst genommen wird.



Das hat Macron mit dem Hirntod gemeint, dass es ja eigentlich nicht sein kann, dass immer der Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa ein Amerikaner sein muss, undiskutiert. Solche Dinge sind symbolisch schon ein deutlicher Hinweis darauf, dass wir mehr an eigener Souveränität in Europa aufbauen müssen. Aber ich fürchte, das ganze Panel klingt jetzt so antiamerikanisch und antitransatlantisch. Das wundert mich bei der Zusammensetzung von lauter Mitteleuropäern, deren Länder alle froh waren, möglichst rasch in die NATO zu kommen. Botschafter Mišík – Pardon! –, Sie nehme ich aus, Sie haben genau das Gegenteil gesagt, aber hier habe ich doch durchaus sehr skeptische Bemerkungen dazu gehört.

→ **Peter Mišík:**

Das sollte man in den Bericht schreiben.

→ **Dr. Emil Brix:**

Ja, dass nicht alle der Meinung waren. Als Österreicher, als neutraler Österreicher bin ich ein Beobachter dieser ganzen Diskussion. Im Übrigen bin ich schon der Ansicht, dass natürlich vonseiten der NATO nach 1991, nach dem Ende der Sowjetunion, große Fehler gemacht wurden. Diese Diskussion, ob versprochen wurde, dass es keine NATO-Osterweiterung gibt, zeigt letztlich ja nur, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt über das, was da passiert ist.

Die russische Auffassung ist ganz deutlich: Ihr habt das Versprechen gebrochen, dass es keine NATO-Osterweiterung geben wird! – Ob es wahr ist oder nicht: in der Wahrnehmung der russischen Politik ist es so, während sozusagen in der westlichen Wahrnehmung und auch in

unserer Wahrnehmung Russland zu einer Regionalmacht geworden ist, wie Obama unglücklicherweise einmal auch offiziell gesagt hat. Das, glaube ich, verzeihen die Russen selbst einem amerikanischen Präsidenten nicht.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Wir sitzen in diesem sehr schönen Raum in der Mitte Europas und ich würde gern Ihre Meinungen dazu hören wollen, ob dieser Frieden, den wir jetzt haben in Europa, langfristig bleiben wird. Oder übersehen wir in Europa gerade die Bedrohungen in unserer Nachbarschaft? Was sind die größten Bedrohungen für Europa? Sind wir vorbereitet, uns gegen diese Bedrohungen zu wehren? Herr Drulák vielleicht.

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Ja, es gibt keinen Mangel an Bedrohungen. Wir haben schon einige angesprochen. Der geopolitische Druck von Russland und China, das ist gewiss eine Bedrohung. Dann ist der Islamismus, der radikale Islam eine Bedrohung, die teilweise von außen, aber teilweise auch von innen kommt. Das ist nicht nur etwas, was außerhalb Europas ist, das ist schon innerhalb Europas. In Frankreich ist es besonders stark. Ich denke schon, dass man das auch in Deutschland und Österreich schon antreffen kann. Der Migrationsdruck ist eine ganz starke Bedrohung. Es ist eigentlich peinlich, was uns heute passiert, dass uns die undemokratischen Staaten in der Umgebung von Europa mit Migration erpressen können. Das macht Erdoğan, das macht Lukaschenko, das haben auch die Marokkaner gemacht, im Frühling, als sie die Grenze zu Spanien, nach Ceuta geöffnet haben. Wir lassen uns erpressen.



→ **Dr. Emil Brix:**

Sogar die Russen haben das in Finnland gemacht im Jahr 2015/2016.

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Ja, ja. Und dann gibt es eine Bedrohung, die sehr niederträchtig oder heimtückisch ist, das ist eine innere ideologische Bedrohung von dieser Woke-Ideologie. Das ist etwas, was in Amerika sehr stark ist, aber jetzt auch in gewissen Medien in Europa, diese Cancel Culture, diese radikale Abwertung von allem, was die europäische Zivilisation, was die europäische Kultur bedeutet. Alle

großen Traditionen von Europa werden als verbrecherisch dargestellt. Das ist keine geopolitische Bedrohung, aber eine, die uns von innen her sehr schwächt. Also das macht mir eigentlich große Angst.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Sprechen wir ein bisschen über die Nachbarschaften. Vielleicht Herr Mišík: Was kann Europa in den Nachbarschaften machen, um diesen Bedrohungen etwas entgegenzustellen?

→ **Peter Mišík:**

Zunächst sollten wir nicht weiter an Glaubwürdigkeit verlieren, denn es ist wirklich traurig, dass Europa in der Nachbarschaft nicht ernst genommen wird; und ich meine nicht nur die Länder des Westbalkans, ich meine auch unsere osteuropäischen Partner. Also wir sollten sie nicht im Stich lassen, denn dann verlieren wir das Vertrauen und ohne Vertrauen können sie kaum eine Rolle spielen.

Was den Westbalkan angeht: Selbstverständlich sollten wir alles Mögliche tun, damit diese Länder der Europäischen Union beitreten. Das Problem ist, dass heute die Lage noch schwieriger ist als vor einigen Jahren. Dort gab es um das Jahr 2000 eine Generation, die Milošević besiegt hatte, das waren Demokraten. Heute gibt es andere Politiker in diesen Ländern, was es erschwert. Aber es ist sicherheitspolitisch wirklich in unserem Interesse, dass diese Länder weitere Fortschritte im Bereich Transformation, Demokratie, Marktwirtschaft machen, dass es diesen Ländern gut geht. Wenn diese Länder zu Failed States werden, dann werden die Migrationsströme aus

diesen Ländern zu uns kommen. Diese Länder werden dann zum Instrument der anderen Mächte, die der Europäischen Union feindselig gegenüberstehen. Deshalb sollten wir Gesten und Zeichen meiden, die den Boden für die Nationalisten in diesen Ländern bereiten.

Was die Situation im Norden Afrikas angeht: Wir brauchen dort Freunde, zuverlässige Freunde – und damit ist alles gesagt. Die östliche Partnerschaft betreffend: Wir sollten wenigstens mit den Ländern besser kooperieren und arbeiten, die uns freundlich gegenüberstehen; das sind Georgien, Moldawien, die Ukraine. Wir sollten ihnen zeigen, dass es sich lohnt, mit der Europäischen Union zusammenzuarbeiten. Wenn wir nichts haben, das wir anbieten können, dann werden selbstverständlich auch die proeuropäischen Regierungen in diesen Ländern scheitern, und das ist auch nicht in unserem Interesse, weil das den Interessen unserer Gegner dient.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Brix, Sie haben schon in ihrem Impulsreferat gesagt, beim Thema Global Player ist es zu früh für Europa, aber wir müssen uns zumindest um unsere Nachbarschaft kümmern. Was können wir machen und was kann Mitteleuropa dieser Nachbarschaft anbieten?

→ **Dr. Emil Brix:**

Mitteleuropa kann einmal die Erfahrung der Transformation anbieten; das geschieht auch, von Polen, von Tschechien, von der Slowakei. Die Probleme, die es bei der Umstellung in Richtung Marktwirtschaft, Rule of Law etc. gibt, die werden weitergegeben. Das ist ganz wichtig für den Westbalkan und für die östliche Nachbarschaft.

Das Zweite ist, und da sind wir noch nicht sehr weit, gemeinsam innerhalb der Strukturen der Europäischen Union auf diesen Beitrittsprozess zu drängen, dafür Verbündete zu haben. Da geht es wirklich darum, „Friends of...“ zu schaffen, „Friends of Albania“ und so weiter zu schaffen. Da ist jeder Schritt, den man erreicht, jeder Staat, den man zu so einer Gruppe dazu bringt, ganz wichtig, um für diese Staaten etwas zu unternehmen.

Der dritte Punkt hat ein bisschen mit dem zu tun, was ich unter Bildung und Kultur angesprochen habe. Wir müssen alle unsere Bildungs- und Kulturprogramme in der Europäischen Union für diese Staaten öffnen. Die müssen in allen diesen Bildungs- und Kulturprogrammen mitmachen können. Das ist ganz wichtig, das wird sie auch stärker in diesen Prozess der gemeinsamen europäischen Identität hineinbringen. Ich glaube, nur auf diese Art und Weise können wir tatsächlich auch Spaltungstendenzen überwinden.

Also der erste Schritt für eine strategische Autonomie der Europäischen Union ist für mich, in der Nachbarschaft Verbündete zu schaffen, die auch wirklich wissen, sie profitieren ihrerseits von dem, was die Europäische Union tut. Erst der zweite Schritt ist dann, zu sagen, damit haben wir auch geopolitisch mehr Möglichkeiten, gegenüber China, Amerika und Russland. Das wird dann zwar notwendig sein, aber ohne den ersten Schritt wird es nicht gelingen.

Irgendwie reden wir drum herum, aber die Diskussion, ob innerhalb der Europäischen Union jetzt Ungarn und Polen die Schmutzkinder geworden sind, muss auch

geführt werden. Ich meine, es bringt gar nichts, zu sagen: eigentlich ist es China und Russland und Amerika. Wir müssen auch die Diskussion führen: Wie viel Gemeinsamkeit bei Grundfragen haben wir innerhalb der Europäischen Union und wie tragen wir solche Konflikte aus?

Derzeit überziehen wir uns gegenseitig mit Vorwürfen. Von polnischer Seite wird gesagt: Ja, ihr macht es ja ähnlich bei der Ernennung von Richtern, in Österreich gibt es auch einen politischen Einfluss bei der Ernennung von Richtern, das geht bis zum Justizminister! Wir sagen dann auf unserer Seite: Ja, aber das kann man nicht vergleichen mit dem, was Polen bei seinem Justizsystem macht! Dann sagen die Polen wieder: Ja, aber das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, wie stark beanstanden die die Verwendung von europäischen Mitteln! Und dann heißt es von westlicher Seite wieder: Ja, aber das ist ja keine grundsätzliche Infragestellung des Vorrangs des europäischen Rechts! Also da stimmt irgendetwas nicht. Wir haben nicht die funktionierenden Kanäle, um solche Fragen zu diskutieren.

Ich habe immer geglaubt, es reicht, wenn man das juristisch aushandelt. Aber wenn man sich jetzt anschaut, was der Europäische Gerichtshof aufführt, der ständig Urteile in diesen Fragen erlässt, dann bleiben die Politiker über, die nicht genau wissen, wie sie es erklären sollen und was sie damit anfangen sollen, und wie sie herauskommen, um die Gemeinsamkeit der Europäischen Union zu erhalten. Das, glaube ich, gehört leider auch zu unserer Zukunftsdiskussion, dass wir da Wege finden.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Mišík wollte etwas sagen.

→ **Peter Mišík:**

Ich wollte nur eine kleine Bemerkung machen und kurz erklären, was ich damit meinte, als ich die Kulturkämpfe in meinem Referat erwähnt habe. Also ich sagte, wir sollten uns vielleicht manche Fragen für eine andere Zeit aufsparen, wir sollten uns jetzt auf das Wichtigste konzentrieren. Der Westbalkan ist ein gutes Beispiel: Wir wollten, dass zum Beispiel in diesen Ländern die LGBT-Ehe möglich wird, und damit haben wir aber sehr viele verloren, denn das wurde politisch gegen uns missbraucht. Deshalb will ich nur sagen, wir sollten aufpassen, auch taktisch, was wir machen und wo und wann wir etwas machen. Bei dem eben genannten Beispiel haben wir uns in den eigenen Fuß geschossen. Deshalb: Wenn man zum Beispiel über den Westbalkan, über die Nachbarschaft spricht, dann sollte man auch ein bisschen mehr über Taktik sprechen.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Dutkiewicz, wie sieht es in Mitteleuropa mit der Nachbarschaftspolitik aus? Was haben wir schon erreicht?

→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Also ich wollte etwas zu Polen sagen, denn es gibt hier unterschiedliche Perspektiven. Erstens muss man deutlich sagen, dass in Polen die Rechtsstaatlichkeit verletzt wurde. Das steht hundertprozentig fest. Die Gewaltentrennung wurde in Polen deutlich verletzt. Und es steht im Vertrag über die Europäische Union, dass Rechtsstaatlichkeit etwas ist, das uns verbindet. Das ist die erste Aussage.

Zweitens möchte ich zwei Probleme oder Herausforderungen am Beispiel von Polen aufzeigen: Das ist zunächst der Pölexit. Zurzeit ist das nur eine Rederei, aber diese

Rederei, dieses schreckliche Narrativ hat etwas sehr Gefährliches in Gang gesetzt. So hat es auch in Großbritannien angefangen. Das war zunächst eine politische Spielerei, und letztendlich endete es mit dem Brexit. Meine These ist: Sollte Recht und Gerechtigkeit, also die Partei von Kaczyński, noch einmal gewinnen, dann machen sie weiter, dann gehen sie weiter in diese Richtung, weil sie politisch noch immer von einem rein nationalen Staat träumen. Das ist eine der Herausforderungen.

Und eine andere ist die Demografie: Im Jahre 2050 werden wir sogenannten „Biopolen“ in Polen fünf Millionen weniger sein als heute. Fünf Millionen! Vielleicht ist in Frankreich die Situation ein bisschen besser, in Deutschland gerade wegen der Migration doch auch besser, aber das ist auch eine Herausforderung für Europa, für die Zukunft von unserem Kontinent, die übrigens mit Migration verbunden ist.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Ich möchte noch einmal beim Thema Polexit nachfragen, weil das gerade überall in Europa in der Presse ist. Es ist eine Sache, wenn eine Regierung das will, aber wie würden die Polen darauf reagieren? Gibt es da Zustimmung in der Gesellschaft oder nicht?

→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Das ist eine komplexe Frage. Noch immer setzen die Polen auf die Europäische Union und sie stehen für Europa. Sollten Sie aber in Polen fragen, ob sie für den Euro, für die Eurozone stimmen würden, sagt die Mehrheit der Polen: Nein, gar nicht! Also so einfach ist es nicht. Was mir wirklich gefährlich erscheint: Als der mittlerweile



verstorbene Lech Kaczyński Präsident von Polen war, hat er den Bundestagspräsidenten besucht. In einem Gespräch mit dem Bundestagspräsidenten hat er zwei Sachen gesagt: Erstens, den Zweiten Weltkrieg haben die Deutschen gemacht; zweitens, die Deutschen haben uns gezwungen, Mitglied der Europäischen Union zu sein! Es gibt eine schreckliche und dumme Rederei in Polen, dass wir gezwungen wurden, in die Europäische Union zu kommen. Also in dem Sinne: Brüssel, das sind unsere Feinde. Es ist immer noch okay, weil wir finanzielle Unterstützung bekommen und dieser Bankomat ordentlich funktioniert, aber in ein paar Jahren kann es anders sein. Die Situation ist also komplex. Die Mehrheit der Polen unterstützt die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, aber man spürt, dass dieses Narrativ uns in eine andere Richtung bringen könnte.

→ Dr. Edit Inotai:

Ja, das ist in Ungarn ähnlich, aber ich denke, die ungarische Bevölkerung würde in den nächsten 50 Jahren nicht dafür stimmen, da bin ich sicher.

Wir haben jetzt viel über Außenpolitik und Verteidigungspolitik gesprochen. Bitte lassen Sie uns noch etwas über interne Herausforderungen sprechen. Es geht um Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit in Europa, alles ganz große Themen. Was denken Sie, wie ambitioniert sollte Europa im Klimaschutz sein, besonders heute, wenn wir die steigenden Energiepreise sehen und einige schon über Stromausfälle sprechen?



Es gibt heute auch in Österreich eine Blackoutübung, etwas, wo ich, als ich darüber in den ungarischen Zeitungen gelesen habe, erst dachte, das ist Regierungspropaganda gegen den Westen, dass die Lage dort so schlimm ist – aber das stimmt. Also was kann Europa gegen die steigenden Energiepreise tun? Gibt es eine mitteleuropäische Antwort? In Ungarn haben wir zum Beispiel zentral regulierte Preise für Privatleute. Wir bekommen gar keine höheren Strom- und Gasrechnungen, aber jemand muss das natürlich bezahlen; die Steuerzahler bezahlen das dann. Wie soll Europa mit dieser Energiekrise und mit den Klimaschutzfragen umgehen?

→ Dr. Emil Brix:

Eigentlich ist es wieder das Thema Russland, wenn es um die Energiepreise und Energieversorgung geht. Da ist die Abhängigkeit, die wir von Russland haben, für die nächsten Jahrzehnte unvermeidbar. Was immer wir tun, um erneuerbare Energien zu schaffen, alle Prognosen sagen, wir werden die Abhängigkeit von Gas, das aus Russland geliefert wird, nicht reduzieren können.

Als Österreicher muss ich sagen, wir sind da relativ glücklich, wir haben langfristige Lieferverträge. Die ältesten Lieferverträge mit Russland, die es überhaupt gibt, die hat Österreich abgeschlossen. Wir haben das Jubiläum, glaube ich, vor zwei Jahren hier gefeiert, und die Russen haben stolz erklärt, dass sie diese Pipeline nie abgedreht haben. Ganz stimmt es nicht: Bei der Ukraine Krise haben sie die Zufuhr einmal abgedreht.

Diese Energieabhängigkeit wird fortbestehen, trotz unserer Bemühungen, die Abhängigkeiten zu reduzieren. Das

wird natürlich durch die Klimaschutzmaßnahmen nicht leichter, weil Erdgas aus unserer Sicht eben eine Zwischentechnologie ist, und weil es in Europa Staaten gibt, die sagen, es könnte noch eine andere Technologie geben, die Atomkraft. Wir gehören zu jenen, die sagen: Nein, das halten wir für zu gefährlich und für nicht nachhaltig! Selbst in einer so zentralen Frage gibt es innerhalb der EU keine Einigkeit. Und da sucht man dann nach Wegen, ob das nun für grüne Gelder anrechenbar gemacht oder nicht anrechenbar gemacht wird. Ich weiß gar nicht, vielleicht weiß der Präsident des Nationalrats mehr, ob Österreich schon umgefallen ist oder ob wir immer noch sagen, es ist als grüne Investition nicht anrechenbar. Sie sehen, das sind zentrale Fragen und trotzdem haben wir innerhalb der Europäischen Union keine gemeinsamen Antworten.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Also Herr Dutkiewicz, Polen überlegt jetzt auch, Atomkraft zu haben. Das ist interessant.

→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Das wollte ich gerade sagen. Aber es gibt so viele Deutsche hier, dass ich es kaum wage, über Atomkraftwerke zu sprechen. (Heiterkeit) Also in der energetischen Lage der Welt und insbesondere in Europa sollte die Frage über Atomkraftwerke wieder gestellt werden. Insbesondere, weil es heute diese kleineren Kraftwerke gibt, die nicht mehr so gefährlich sind. Das ist das Erste.

Das Zweite: Es gibt ein interessantes Beispiel, die Klimapolitik betreffend, das auch mit europäischer Integration zu tun hat. Wenn ein Flugzeug über ein Land fliegt, dann muss man dem Land etwas bezahlen, und diese Preise

sind in den verschiedenen Ländern in Europa unterschiedlich. Wären die Preise in den Ländern Europas gleich, dann ließen sich 10 Prozent der CO₂-Emissionen reduzieren – 10 Prozent! Und wir sind immer noch nicht in der Lage, eine solche Lösung zu schaffen.

Ein drittes wichtiges Thema ist die Nahrungsmittelproduktion. Das ist eine riesige Herausforderung für Europa. Ich habe gerade Flugzeuge genannt. Alle Flugzeuge der Welt sind für zwei Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich. Die Fleischproduktion ist, je nachdem wie man es rechnet, für acht bis zehn Prozent der Emissionen verantwortlich. Also hier sind Innovationen und neue Technologien von Bedeutung, und das schaffen wir in Europa nur gemeinsam, wirklich nur gemeinsam.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Drulák, Sie sind sehr kritisch gegenüber der Klimapolitik der EU.

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Ja, die Klima- und Energiepolitik der EU kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Das ist für mich etwas, was jede Grenze der Vernunft weit überschritten hat. Man steigt aus der Kohle aus – okay, Kohle ist schmutzig. Man steigt aus der Kernenergie aus – okay, sie ist gefährlich. Was bleibt? Es bleibt die Sonne, und davon haben wir in Tschechien nicht so viel. Es bleibt der Wind, den haben wir auch nicht, wir haben keine Seeküste. Und das Einzige, was dann noch bleibt, ist das Gas, das kommt aus Russland. Also das soll das Ergebnis sein, dass wir unseren ganzen Energiebedarf von Russland gedeckt haben wollen?

Podiumsdiskussion

Es gibt auch eine andere Lösung, und das ist das berühmte Liquefied Natural Gas (LNG). Polnische Kollegen und kroatische Kollegen haben LNG-Facilities gebaut, aber das LNG ist sehr teuer, das ist drei oder vier Mal so teuer wie das russische Erdgas. Und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass das umweltfreundlich ist. Da ist die Frackingtechnologie. Und dann muss man große Schiffe haben, um das über den Ozean zu transportieren. Das ist irre, was hier geschieht.

Wenn man jetzt über Energiepreise spricht, hängt das mit Russland zusammen, aber es hängt auch mit Brüssel zusammen, das ist auch das Ergebnis dieser Energiepolitik. Und jetzt, als die tschechische Regierung einige Maßnahmen treffen wollte, um die Leute zu begünstigen, die von der Energiekrise betroffen sind, muss sie nach Brüssel gehen und sagen: Wir wollen das machen! Aber das ist der Energiemarkt, also muss Brüssel entscheiden – und Brüssel sagt: Nein, wir müssen den Markt arbeiten

lassen! In der Energiefrage gibt es keinen Markt, das ist kein Markt, das ist künstlich, das ist von Subventionen geprägt, sodass man von keinem Markt sprechen kann. Trotzdem darf man keine sozialen Maßnahmen treffen, weil es gegen den Markt wäre.

Was die Energie- und Klimapolitik betrifft, das hat der Europäischen Union in Tschechien sehr geschadet; die Migrationskrise und die Energie- und Klimapolitik.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Aber trotzdem: Wir haben eine Klimakrise und wir haben eine Energiekrise. Wie kommen wir da wieder raus?

→ **Peter Mišík:**

Meiner Meinung nach könnte diese Preissteigerungskrise nur kurzfristig sein, denn ich habe gelesen, dass manche Energieversorger sich verspekuliert haben, und dass die Lage vielleicht im nächsten Jahr wieder besser sein könnte.



Tatsache ist, dass der Preis der Energie aus zwei Komponenten besteht: Da sind die realen Preise, die der Markt generiert, und da sind die anderen Teile des Preises, die vor allem aus Steuern bestehen. Hier haben die Staaten Möglichkeiten, ein bisschen zu „spielen“, um die negativen Konsequenzen für die Ärmsten zu korrigieren.

Was die langfristige Versorgung Europas mit Energie angeht, stimme ich Herrn Dr. Brix zu, dass wir langfristig auf Russland angewiesen sind. Ich finde das aber nicht gut. Ich finde, das ist ein Problem für uns, denn damit haben wir weniger Möglichkeiten, autonome europäische Politik zu machen. Ja, Energiepolitik ist meiner Meinung nach Sicherheitspolitik. Es gibt aber auch Hoffnung. Selbstverständlich spreche ich nicht von Fusionsreaktoren, die könnten vielleicht in 20 oder 30 Jahren eine Alternative sein. Aber wenn wir effizienter mit der Energie arbeiten, dann könnten wir auch weniger Energie brauchen. Also wir sollten auch Technologien erforschen, die weniger Energie brauchen. Ich bin der Meinung, wir haben genug Möglichkeiten und genug Wissenschaftler, die mit guten Ideen aufwarten. Wir sollten sie finanzieren, und Finanzmärkte sind, wie ich weiß, auch bereit, solche Projekte zu finanzieren.

Was den Elefanten im Raum angeht, die Atomenergie: Wir sind Realisten. In der Slowakei werden mehr als 50 Prozent der Elektrizität in den beiden Atomkraftwerken produziert. Das ist eine Tatsache, das ist die Realität, die werden sie nicht morgen oder übermorgen ändern können. Wir sind ein Industrieland und wir brauchen Energie. Wir haben vielleicht nicht so viele Ängste vor Blackouts, aber gleichzeitig sehe ich im Moment keine

andere Möglichkeit, denn wir werden bis 2023 aus der Kohle aussteigen. Aber wenn Sie aus der Kohle raus sind, dann brauchen Sie Alternativen. Wenn Sie aus der Kohle rausgehen, aus der Atomenergie rausgehen, was machen Sie dann? Dann schließen Sie das Geschäft? – Das geht nicht, so ist die Realität.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Das zeigt uns Deutschland, was es nach der Kohle und nach der Kernenergie gibt. – Herr Dutkiewicz.

→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Eine rein technische Bemerkung: Wir sind schon in der Lage, viel mehr Solarenergie und Windenergie zu produzieren. Das lässt sich machen. Die Herausforderung ist, die Energie zu sammeln, das ist die wichtigste Herausforderung, die bald zu lösen wäre. Wenn das gelöst ist, mit Wasserstoff oder mit einer anderen Lösung, dann kann es schneller in diese grüne Richtung gehen.

→ **Dr. Emil Brix:**

Wichtig ist natürlich auch die Infrastruktur, wie Energie in Europa verteilt wird. Gerade die Stromnetze sind eine ganz entscheidende Frage. Also die Europäische Union muss in ein vernünftiges Stromnetz investieren, was selbst Deutschland bisher nicht gelingt. Das ist eine Riesenfrage. Das muss aber eine Priorität der europäischen Politik sein, auch mit den Geldern aus dem Green Deal.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Es ist nun Zeit, das Publikum zu fragen; vielleicht gibt es – und ich hoffe, es gibt sie – Fragen und Anmerkungen. Bitte!



→ **Publikumsbeitrag (Gabriele Bajalan):**

Mein Name ist Gabriele Bajalan, ich bin die Lehrerin, die heute mit einer Kollegin und einer Klasse aus der HAK St. Pölten hier ist. Ich würde gerne die Diskussion noch ein bisschen in Richtung Jugend lenken.

Die EU muss wirklich auf die Jugend setzen. Das tut sie Gott sei Dank, es gibt ERASMUS plus. Wir sehen aber als Problem, dass die Anmeldung sehr schwierig ist. Wir haben in den Schulen meistens keine Mittel, dass uns jemand anmeldet. Wir schreiben 60-seitige Anmeldeformulare, werden abgelehnt, probieren es wieder, damit

die Schüler an diesen Austausch teilnehmen können. Ich glaube, das sind ganz wichtige Erfahrungen. Das würde ich gerne noch allen in Erinnerung rufen und Sie bitten, wo immer Sie sich hinwenden können, uns da zu unterstützen und das für die Jugend zu erleichtern.

Als Zweites ist mir eingefallen, weil ja Greta Thunberg in aller Munde ist: Wir bräuchten so jemanden auch für Europa, glaube ich, für die jungen Leute, eine Influencerin oder einen Influencer, der die jungen Leute in diese Richtung mitreißt. Wir sind EU-Botschafterschule und konnten vor Kurzem mit einigen unserer Junior Ambassadors an einem Austausch mit jungen Leuten in Nyíregyháza in Ungarn teilnehmen, und es funktionierte. Es ist großartig, wie sich die jungen Leute gleich verstehen, sprachübergreifend, mit Englisch, Gott sei Dank. Also bei der Jugend ansetzen und die Positivstimmung – nicht die vielen Probleme – in die Jugend tragen!

Was mir noch aufgefallen ist: In Ungarn war an vielen Gebäuden zu sehen: „Partially financed by the European Union“, und das sehen wir hier in Österreich fast nicht. Das Gute, was die EU macht, sehe ich viel zu wenig. Wir hören leider so oft, wenn etwas nicht gut geht, ist die EU schuld, aber was sie im Guten bringt, müsste, glaube ich, auch noch und gerade der Jugend viel mehr weitergegeben werden. Danke.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank, das ist sehr wichtig: die Jugend und Europa. Was kann Europa für die jungen Leute tun, und wie können wir, die ältere Generation, den Jungen Europa näherbringen? – Herr Dutkiewicz, vielleicht?

→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Also es wurde das ERASMUS-Programm genannt, das ist eines der besten Programme in der Europäischen Union. Wenn man aber über die junge Generation spricht: Für sie ist die Klimapolitik von höchster Bedeutung. Das ist die Generation, die in dem Sinne in Europa vieles in Bewegung gesetzt hat, deswegen sollte gerade das wirklich deutlich gemacht werden. Und: Der Austausch von Schülern ist etwas Bedeutendes. Für die Bürokratie in Brüssel sind wir hier letzten Endes nicht verantwortlich, aber man kann sich entschuldigen.

→ **Peter Mišík:**

Wir in der Slowakei sprechen sehr viel mit den jungen Menschen. Auch wir als Botschafter kommen in die Slowakei, um mit den jungen Menschen zu sprechen. Ich muss sagen, die jungen Menschen sind so gut ausgebildet und sehr kritisch. Es lohnt sich, sich direkt mit ihnen zu treffen. Das ist aber nicht einfach. Sie müssen ausgezeichnet vorbereitet sein, um auf die konkreten Fragen Antworten zu geben. Hinzu kommen die neuen Technologien, die sozialen Netzwerke. Wir unterschätzen noch immer, wie einflussreich die sozialen Netzwerke sind. Da sollten wir etwas tun, auch europäisch.

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Ich würde sagen, dass ERASMUS ohne Zweifel ein großer Erfolg der europäischen Integration ist. Das ist ein Programm, das echt gelungen ist. Was ich wichtig für die junge Generation finde, ist die Information über Europa. Wie wird sich eigentlich über Europa informiert? Sehen Sie, die Medienlandschaft ist heute mit verschiedenen Arten von Propaganda konfrontiert. Also es gibt

feindliche Propaganda von den, sagen wir, von Russland gesponserten und anderen zweifelhaften Quellen. Aber es gibt auch eine offizielle Propaganda, und die ist auch nicht gut. Denn wenn man die offizielle Propaganda zu ernst nimmt, dann kommt die Enttäuschung – und die Enttäuschung ist sehr gefährlich. Wenn man zu hohe Erwartungen hat und dann die Realität sieht, dann ist das nicht gut für Europa.

Ich finde es sehr wichtig, dass die Jugend mit allen möglichen Informationen konfrontiert ist, auch mit den kritischen, also nicht nur mit diesem vorbildhaften Bild von Europa als Paradies, sondern auch mit den Problemen. Auch etwa mit der Frage, dass es Probleme gibt, die Europa nicht lösen kann und nie lösen kann, weil sie auf einer anderen Ebene sind, entweder auf der globalen Ebene oder auf der nationalen Ebene oder der lokalen Ebene. Europa ist nur eine der vielen Schichten, und man kann nicht zu viel von Europa erwarten. Denn wenn man von Europa zu viel erwartet, dann ist man enttäuscht, und das ist gefährlich.

→ **Dr. Emil Brix:**

Ja, ich muss Herrn Drulák zustimmen, es ist wirklich so. Gerade in den Europaschulen und wenn man mit jungen Leuten arbeitet, dann kann man nicht so differenziert sagen: da funktioniert es nicht, dort funktioniert es nicht, sondern da muss man sagen: Wir wollen ein gemeinsames Europa! Da würde ich aber auch eher nicht auf die Bürokratie setzen, sondern darauf, dass man einfach als Europäer zu denken anfängt und sich klar macht, aus der Geschichte und Kultur, dass es eben nicht nur eine St. Pöltner, Wiener, niederösterreichische

Podiumsdiskussion

Dimension gibt, sondern dass Dostojewski, Tolstoi und Tschaikowski auch zur europäischen Kultur gehören. Das im Unterricht zu vermitteln, ist besser als jeder Influencer. Wenn man sich sonst nur auf die Propaganda verlässt, die man zum Beispiel im Europamuseum in Brüssel findet, dann ist das der falsche Weg; also ich bin da eher sehr pragmatisch.

→ Dr. Edit Inotai:

Ich muss sagen, ich mag dieses Europamuseum in Brüssel, also ich stimme nicht zu.

→ Dr. Emil Brix:

Das ist fürchterlich, das Museum.
(Heiterkeit)

→ Dr. Edit Inotai:

Ich denke, das ist sehr gut gemacht. Europa braucht die jungen Generationen dringend, denn das sind die Leute, die mit neuen Ideen kommen können, die „out of the box“ denken können, und wenn Europa wirklich innovativ werden will, dann sind unsere einzige Möglichkeit die jungen Leute, die anders denken, die andere Lösungen finden können. Ich hoffe, es gibt noch weitere Fragen. Wir werden sie sammeln. Bitte.

→ Publikumsbeitrag (Magdaléna Vášáryová):

Erste Frage: Wir sprechen über Europa und niemand hat Großbritannien erwähnt. Gehören die nicht mehr zu uns? Wir wären mit Großbritannien weiter, weil das eine Atom-macht mit einer großen Armee ist, mit Schiffen und 60 Millionen Menschen. Bitte, wie sehen Sie dieses verschwundene Großbritannien?



Zweite Frage: Wenn wir über Energiepolitik sprechen, dann müssen wir über Nord Stream sprechen. Wir brauchen Nord Stream überhaupt nicht. Die Pipelines durch die Slowakei reichen aus. Also warum haben wir Nord Stream in Wirklichkeit?

Und die dritte Frage: Wenn wir über den Balkan sprechen, also den Westbalkan, sind wir bereit, die Probleme von Bosnien-Herzegowina auf europäischer Ebene zu lösen? Ohne diese Lösung können wir nicht Frieden und Stabilität am Westbalkan haben.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Danke. Wir sammeln die zwei weiteren Fragen und dann machen wir eine Runde.

→ **Publikumsbeitrag (Carla Sure):**

Hallo, ich wollte zunächst sagen, ERASMUS finde ich auch super. Ich habe nach drei Monaten mein Geld endlich erhalten, also die Bürokratie ist auf jeden Fall noch ein Problem.

In Bezug auf den Klimawandel glaube ich nicht, dass es noch InfluencerInnen braucht oder junge Stimmen, die noch mehr Gehör brauchen. Was fehlt, sind europäische Lösungen. Man kann nicht immer sagen, die

Zukunft liegt bei der Jugend und die lösen dann die Probleme, sondern es müssen eben gerade jetzt Taten kommen.

In Bezug auf Professor Drulák, der vorhin die Gefahr und Erpressung, die durch die Türkei und Belarus kommen, angesprochen hat: Da haben Sie in einem Satz von Migration und Islamismus gesprochen und dass das die Gefahr ist, der Europa gegenübersteht. Man muss das aber differenzieren, also Migration ist nicht Islamismus, und wenn man das verwechselt, kommt man eben zu falschen Schlüssen. Ich glaube, das Problem von Europa ist eben nicht der Islamismus, sondern dass man keine gemeinsamen Lösungen findet.



→ **Dr. Edit Inotai:**

Danke schön. Es gab dort noch eine Frage.

→ **Publikumsbeitrag (Alina Stiehler):**

Hallo, ich heiße Alina Stiehler und ich studiere wie Carla auch im Doppelmasterprogramm der Universität Leipzig und der Andrassy Universität Budapest. Es wurde viel über das Thema Verteidigung und Sicherheitspolitik gesprochen sowie über das Thema Atommacht Europa. Meine Frage ist: Inwiefern büßt die EU ihre Glaubwürdigkeit als Mediator oder als neutraler Vermittler auf der globalen Ebene ein, wenn sie einmal Atom- und Militärmacht wird?



→ **Dr. Edit Inotai:**

Das sind sehr gute Fragen. Fangen wir vielleicht mit Großbritannien an – Herr Brix als ehemaliger Botschafter.

→ **Dr. Emil Brix:**

Das Problem ist, dass kein Europäer eine gute Antwort auf das Schicksal der Briten geben kann. Ich habe zu jenen gehört, die sich nicht ausmalen konnten, dass es eine Mehrheit für den Austritt aus der Europäischen Union geben wird. Ich war bei dieser Bloomberg-Rede dabei, in der Premierminister David Cameron das Referendum angekündigt hat. Unmittelbar danach hat sein Staatssekretär uns EU-Botschaftern erklärt: Keine Sorge, wir wissen, was wir tun, wir machen das nur wegen der konservativen Partei, aber es wird nie einen Austritt geben. Und daher kann ich dir keine Antwort darauf geben, wie die Briten sind. Das einzige, was klar ist: Die Insel ist Richtung Amerika verschoben worden, es ist in Großbritannien mehr transatlantisch geworden. Ob die Amerikaner das so ernst nehmen, wird man sehen, das weiß ich nicht. Aber die Briten sprechen ständig darüber, dass jetzt das transatlantische Verhältnis für sie entscheidend ist. Sie versuchen jetzt statt Europa eine Mischung zwischen Amerikanismus und alter Commonwealth-Idee. Dabei kommen sie nach und nach darauf, dass die Inder und die anderen gar keine Sonderrolle für Großbritannien haben wollen, schon gar nicht bei Handelsverträgen. Also meine Antwort ist: Die Briten sind jetzt eine freischwimmende Insel, die im Moment wegdriftet von Europa.

→ **Peter Mišík:**

Also das ist eine Tragödie. Das, was passiert ist, ist aus der Sicht Europas eine Tragödie. Aber ich möchte auch

nicht übertreiben. Ich bin der Meinung, wir brauchen heute strategische Geduld. Und außerdem: Großbritannien ist Mitglied der NATO, Großbritannien ist Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur. Durch die Mitgliedschaft in der NATO dienen auch die Atomwaffen von Großbritannien als Abschreckung. Das ist realpolitisch gut für uns. Wir in der Slowakei haben nie geglaubt, dass der Brexit ein Businessprojekt ist, selbstverständlich war das ein geopolitisches Projekt und langfristig werden wir den Preis dafür zahlen müssen. Aber im Moment werden wir uns leider mit der neuen Situation arrangieren müssen. Ich bin auch nicht damit einverstanden, weil es langfristig für die europäischen Interessen, für weniger Abhängigkeit von Russland, schädlich ist.

Zum Thema Bosnien, Balkan – es gibt auch einfachere Fragen. Ich habe vorhin angedeutet, dass das heute noch schlimmer als vorher ist. Wir haben sehr viel Zeit vergeudet. Wenn wir dieses Projekt vor zehn Jahren realisiert hätten, könnte der Balkan vielleicht auf dem Weg in die Europäische Union sein. Heute wird es schwieriger sein, leider.

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Ich werde mich zu zwei Fragen äußern, die an mich gerichtet wurden, zu Migration und Islamismus sowie zu den Atomwaffen. Ich habe nicht gesagt, dass das dasselbe ist, also Migration und Islamismus. Trotzdem gibt es eine Verbindung. Die Mehrheit der Migranten sind Muslime, das ist eine Tatsache, und die Minderheit der Muslime radikalisiert sich und wird zu Islamisten. Warum? Wir hatten schon in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren Migration aus den muslimischen Ländern nach Europa, nach Frankreich, nach Deutschland, und

trotzdem gab es damals eigentlich kein großes Islamismusproblem. Also Islamismus ist eher neu, das ist etwas, womit wir seit, sagen wir, 20, 30 Jahren konfrontiert sind. Und meine Deutung ist – es ist nicht die einzige und vielleicht nicht die beste –, dass wir heute wissen, dass die westliche Gesellschaft ihre Integrationskraft verloren hat. Das ist sehr wichtig. Wir sind nicht in der Lage, diesen Leuten eine Perspektive anzubieten, damit sie zu Europäern werden möchten. Sie wählen die Identität, die antieuropäisch ist, die gegen die westliche Gesellschaft ist. Und ich wiederhole nochmals: Es geht nicht um die Mehrheit dieser Menschen, es ist eine Minderheit, aber diese Minderheit ist so groß, dass sie genügt, um die Gesellschaft zu destabilisieren. Und deshalb betrachte ich es als eine Bedrohung.

Was die Kernwaffen betrifft haben Sie gefragt: Inwieweit würde das die Rolle der Europäischen Union als Mediator unterlaufen? In dieser Hinsicht spielen sie keine Rolle. Was ist die Rolle von Kernwaffen? Warum sind sie nützlich? Sie machen unangreifbar oder fast unangreifbar. Es ist sehr schwierig, eine Atommacht anzugreifen. Und das ist im Fall von Europa noch immer wichtig. Europa ist ein Territorium und ein Territorium muss manchmal, nicht oft – vielleicht einmal in 50 Jahren –, verteidigt werden. Und wenn sie Nuklearwaffen haben, dann ist die Verteidigung viel, viel leichter als wenn sie die Nuklearwaffen nicht haben.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Dutkiewicz, vielleicht zu Großbritannien oder Nord Stream, wir haben noch nicht über Nord Stream gesprochen.

→ Dr. Rafał Dutkiewicz:

Also für Nord Stream sind die Podiumsteilnehmer nicht verantwortlich, wir Mitteleuropäer haben uns dagegen ausgesprochen. Es gab die Hoffnung, die mit Joe Biden verbunden war, aber dann fuhr Angela Merkel in die Vereinigten Staaten und hat Joe Biden überredet. Aber im polnischen und im östlichen Sinne war Nord Stream ein Fehler.

Was Großbritannien anbelangt: Wir haben alle gesagt, die transatlantische Achse ist von Bedeutung und Großbritannien ist ein wichtiger Teil von ihr. Es ist passiert, was Sie gesagt haben, dass Großbritannien verschoben wurde in Richtung der Vereinten Staaten. Es ist fraglich, ob das eine Rolle für die USA spielt oder nicht. Aber umso wichtiger ist eine gewisse Zusammenarbeit im Dreieck Großbritannien, Europäische Union und Vereinigten Staaten. Was den Balkan anbelangt, da bin ich überfragt.

→ Dr. Edit Inotai:

Es gibt noch drei Fragen für die letzte Runde.

→ Publikumsbeitrag (Alexander Dierks):

Ich möchte noch einmal auf das Thema gemeinsame Verteidigung und gemeinsame Rüstungsbeschaffung eingehen. Ich finde, wir haben in Europa ja die paradoxe Situation, dass im Grunde kein europäisches Mitgliedsland bereit ist, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO zu erfüllen, und auf der anderen Seite wissen wir, dass die Europäische Union zusammen gar nicht so furchtbar viel weniger Geld für Rüstung ausgibt als die Vereinigten Staaten, sie nur einfach deutlich geringere Möglichkeiten hat aufgrund

der Kleinteiligkeit. Das heißt, im Grunde müsste es ja ein Gebot der Vernunft sein, wenn man sagt, wir wollen vielleicht gar nicht so furchtbar viel pro Land für Rüstung ausgeben, aber wir müssen eben die Konsolidierung in der Beschaffung hinbekommen. Das heißt, es hat vielleicht keinen Sinn, wenn wir 80 unterschiedliche Sturmgewehre in Europa produzieren, zehn verschiedene Panzertypen und so weiter. Jetzt ist das, glaube ich, eine Thematik, die ja schon seit den 1950er-Jahren diskutiert wird, einmal mehr, einmal weniger intensiv. Nun die Frage: Was könnte der Stein des Anstoßes sein? Weil ich glaube, noch augenfälliger auf der Hand liegen kann die Notwendigkeit ja eigentlich gar nicht mit Blick auf das sich verändernde geopolitische Umfeld. Was könnte aus Ihrer Sicht der Stein des Anstoßes sein? Ich bin da auch ein bisschen ratlos – und natürlich weit weniger Experte als Sie, deswegen frage ich.



→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank, eine sehr berechtigte Frage.

→ **Publikumsbeitrag (Alexander Wiesner):**

Herr Professor Drulák, Sie haben ja jetzt noch einmal sehr schön auf den Zusammenhang von Migrationsdruck und von Islamismus hingewiesen, der bei uns eindringt in Europa und gleichzeitig hatten Sie in Ihrem Statement vorher von der ideologischen Bedrohung durch die Woke and Cancel Culture gesprochen. Wenn ich die beiden Sachen jetzt zusammensetze, ergibt das für mich ein sehr schwieriges Problem. Unsere Kultur selber wird bewusst zerstört und gleichzeitig haben wir Leute, die gar nicht integrationswillig sind, die mit einer sehr starken Kultur hierherkommen. Wo, denken Sie denn, können wir als Europäer da etwas dagegensetzen? Das wäre mal eine Überlegung für mich. Danke.



→ **Dr. Edit Inotai:**

Und die letzte Frage bitte.

→ **Publikumsbeitrag (Nikola Pantić):**

Ich bin auch im Doppelmaster der Andrassy Universität in Budapest und der Universität Leipzig. Sie hatten die Verteidigungspolitik angesprochen und über die EU-Streitkräfte gesprochen, zumindest über das, was versucht wird zu bilden. Ich habe mich gefragt, ob man sich da nicht entscheiden muss: NATO oder EU-Streitkräfte? Wenn man die EU-Streitkräfte aufbauen sollte in naher oder ferner Zukunft, dann ist man ja auch von den USA in gewisser Weise unabhängig und dann wäre ja auch die NATO obsolet. Frankreich ist die viertgrößte Atom-macht weltweit, damit könnte man sich ja auch unabhängig machen und die EU-Streitkräfte dann sozusagen damit stärken.





→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Jetzt geht es in die letzte Runde.

→ **Peter Mišík:**

Die Europäische Kommission ist auch bereit, eine gemeinsame Verteidigung finanziell zu untermauern. Aber es ist eben eine politische Sache, eine politische Entscheidung. Ich bin der Meinung, dass wir langfristig nicht so viele verschiedene Waffensysteme brauchen. Das ist teuer und das macht uns auch weniger verteidigungsfähig. Mit Blick auf das Zwei-Prozent-Ziel: Die Mitgliedstaaten der NATO haben diese Verpflichtung und wir erfüllen sie.

Europäische Einsatzgruppen sind selbstverständlich keine neue Idee, aber auch das ist eine Frage des politischen Willens. Wir haben seit 2005 die Fähigkeit, die Einsatzgruppen zu nutzen, wir haben sie nur noch nicht genutzt. Wir nutzen sie nicht aus politischen Gründen. Aber wenn man bereit ist, politisch eine Einsatzgruppe zu haben, dann sehe ich das als kein zu großes Problem. Ich habe gelesen, dass man im Moment eine 5 000 Mann starke Einsatzgruppe aufbauen möchte. Also wir sollten uns emanzipieren, was zum Beispiel die Nachbarschaft angeht. Wir können nicht nur angewiesen sein auf die Fähigkeiten der Amerikaner, was aber nicht bedeutet, dass wir keine Allianz mit den Amerikanern brauchen. Beides ist möglich, beides ist meiner Meinung nach auch vernünftig. Wir sollten fähig sein, in unserer Nachbarschaft auch zu agieren, wenn wir wollen.

Und was die kollektive Sicherheit angeht, was die territoriale Sicherheit angeht, die Abschreckungskapazität, dort brauchen wir im Moment die Amerikaner. Es gibt Fragen,

die man nicht stellen sollte, aber es ist nicht in Stein gemeißelt, dass die nächste Wahl nicht wieder Donald Trump gewinnt. Wir sollten auch darüber nachdenken, dass alles möglich sein könnte. Es wäre meiner Meinung nach ein Fehler, wenn jetzt die Europäer sagen, wir brauchen die Amerikaner nicht, wir glauben nicht mehr an die Allianz mit den Amerikanern, wir haben zu viele verschiedene Interessen und was wir jetzt aufbauen, ist eine europäische Armee. Sie werden dafür nicht den politischen Willen bei den anderen Mitgliedstaaten finden, das wäre zudem zu teuer. Unsere Gegner würden das nur begrüßen.

→ **Dr. Emil Brix:**

Es ist interessant, dass wir am Podium jetzt dazu kommen, dass wir im Grunde die NATO nicht mehr wollen. Aber wir behalten sie, weil wir sie mit unserer Wertegemeinschaft mit Amerika gleichsetzen. Davor habe ich ein bisschen Angst, dass die NATO plötzlich für die Wertegemeinschaft zwischen Europa und Amerika steht. Haben wir da nicht bessere oder andere Möglichkeiten? Die NATO ist eine Verteidigungsgemeinschaft, und da muss ich sagen, die Verteidigung sollten die Europäer selbst in die Hand nehmen.

Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass wir nicht in der Lage sind, politisch eine gemeinsame europäische Verteidigung hinzubekommen. Bei den Battlegroups zum Beispiel schaffen wir nicht einmal den Anfang, weil es den politischen Willen nicht gibt. Das ist jetzt Illusion, wenn ich aber nach der Vernunft vorgehe, brauchen wir selbstverständlich eine eigenständige europäische Verteidigung. Ich kann gar nicht beurteilen, ob Atomwaffen dazugehören müssen oder nicht, da kenne ich mich zu wenig

aus, aber es klingt ziemlich überzeugend, was Herr Drulák gesagt hat, dass sich die anderen nur fürchten, wenn man irgendwo Atomwaffen hat. Auch wenn es mir nicht sympathisch klingt, aber da dürfte was dran sein. Aber ich denke, eine europäische Verteidigung ist auf jeden Fall diesem Mischmasch zwischen NATO und EU vorzuziehen, wo manche dabei sind, manche nicht, wir als Österreicher irgendwie so halb. Es ist schon komisch, ich meine, wenn Österreich heute NATO-Mitglied wäre, würden wir anders argumentieren als wir jetzt argumentieren? Wir würden vermutlich anders argumentieren. Also sind wir ein sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer mitten in Europa. Sehe ich das richtig? Höre ich das aus dem Publikum? Na ja, dann danke vielmals, ich glaube, da sind wir ganz gern dabei bei dem Klub. (Heiterkeit)

→ **Prof. Dr. Petr Drulák:**

Ich will nicht missverstanden werden, ich habe nicht gesagt, dass wir uns alle auf die französischen Nuklearwaffen verlassen sollen. Nein, ich sprach über europäische Nuklearwaffen, das ist etwas anderes. Aber die Frage über die Migration, Islamismus und Woke, ich finde das wichtig. Im französischen Diskurs gibt es nämlich ein Konzept, einen Begriff, der diese zwei Bedrohungen zusammenbringt. Die Franzosen sprechen über einen sogenannten „Islam-Gauchisme“, also auf Deutsch linker Islamismus oder islamische Linke, das ist eine Fusion von Islamismus und Linksextremismus – „Islam-Gauchisme“. Das ist etwas, was ich persönlich als eine Bedrohung ansehe.

Aber Sie haben eine schwierige Frage gestellt, was man dagegen machen kann. Und ja, vielleicht ist ein möglicher Ausweg, ein bisschen die Nation zu rehabilitieren. Und

jetzt spreche ich nicht über den Nationalismus, aber im europäischen Diskurs hat man oft den Eindruck, dass Europa gekommen ist, um die Nationen abzulösen. Das war nie der Fall. Wir sind der EU beigetreten, um unsere nationale Identität zu bewahren und zu stärken, nicht um sie aufzugeben. Und in diesem Sinne soll man sich immer daran erinnern, dass Europa nicht gegen die Nationen steht und dass auch die Nationen nicht gegen Europa sind. Beide müssen sich zusammen stärken. Das heißt, ein gesunder Patriotismus ist etwas, was durchaus zu empfehlen ist und vielleicht auch eine mögliche ideologische Antwort auf Ihre Frage bietet.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Dutkiewicz, haben Sie vielleicht ein Schlusswort für uns?

→ **Dr. Rafał Dutkiewicz:**

Ich bin völlig einverstanden mit einer kleinen Bemerkung: Wenn wir etwas Gemeinsames schaffen möchten, dann müssen wir teilweise auf unsere Souveränität verzichten, anders wird es nicht funktionieren. Die Europäische Union ist ein Netz und um es dichter zu machen, muss auch die Frage der Sicherheit gestellt werden und die Verteidigungspolitik muss vertieft werden. Aber keiner von uns hat gesagt, entweder die Europäische Union und die Verteidigungspolitik oder aber die NATO. Es ist keine Frage, ob das gemeinsam funktionieren kann. Nur: Die Verteidigungspolitik der Europäischen Union ist zurzeit unklar, sie steht nicht fest. Deswegen ist die Frage bedeutsam, und ich glaube daran, dass die Europäische Union doch eine gute Zukunft mit Polen als Mitglied hat.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank, das ist das perfekte Schlusswort. Die Europäische Union kann stark sein und soll stark sein mit allen Mitgliedern zusammen. Wir müssen zusammenarbeiten. Manchmal ist das nicht einfach, manchmal ist es wirklich hart, aber ich denke, Debatten und Diskussionen helfen uns dabei, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Vielen Dank noch einmal an unsere Panelteilnehmer für die sehr interessante und manchmal auch ein bisschen kontroverse Debatte. Das war gut so. Wir sind am Ende unseres Programms. Vielen Dank für Ihr Interesse.





Abschluss



*Kulturimpuls durch das
Musikschullehrer-Ensemble
der Musik- und Kunstschule
Waidhofen an der Ybbs*



„Schauen wir auf das,
was machbar ist“

Mag. Wolfgang Sobotka

» Ich darf mich zuerst ganz herzlich bedanken. Ich habe – und ich sage das besonders zum letzten Panel – selten so eine interessante Diskussion gehört. Sie zeigt den ungeheuren Erfahrungsschatz, den Sie als Politiker, als Diplomaten, als Experten in all diesen Jahren gewonnen haben. Aber es zeigt natürlich auch, das ist etwas pessimistisch oder zumindest ernüchternd, es ist ein gewisser Pragmatismus

notwendig. Dem möchte ich ein Buch von Martin Schröder entgegenstellen mit dem Titel: „Warum es uns noch nie so gut ging und wir trotzdem ständig von Krisen reden“. Schröder ist Soziologe in Freiburg im Breisgau, der ungeheuer auf der Faktenbasis gearbeitet hat. Ich möchte nur zwei Dinge erwähnen. Wir reden – und das hat bewusst nichts mit den Themen unserer Konferenz zu tun – von der Armut und dem

Bekämpfen der Armut und dass sie immer mehr wird; die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer. Der Befund im Buch zeigt: 1980 haben 50 Prozent der Weltbevölkerung in Armut gelebt und 2020 waren es 10 Prozent. Die Frage der Gewalt und des Krieges zeigt das gleiche Bild: 1950 kamen auf 100 000 Menschen 20 Kriegstote, es hat etwa 600 000 Personen betroffen, Jahr für Jahr, 2015 waren es von 100 000 Menschen 1,7 Menschen, die durch kriegereisige Ereignisse ums Leben gekommen sind.

Das zeigt uns, dass wir auf der einen Seite mit der rosaroten Brille aus der Vergangenheit umhergehen, mit einer negativen Haltung, was alles in diesen vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht gegangen ist, aber dass wir andererseits auch aus dieser Verfügbarkeit – und wenn vieles verfügbar ist, dann wird es auch in die Umsetzung kommen – eine ernüchternde, aber vielleicht auch eine getriebene Position entwickelt haben, die auch sehr von der medialen Berichterstattung getrieben wird.

Ich unterstreiche alles, was in der Diskussion zur USA gesagt wurde. Mir hat das Bild des Hundes mit dem Schwanz sehr gefallen. Das muss man zur Kenntnis nehmen, wir haben keine Ratingagentur, wir haben keine große Social-Media-Firma, wir haben schlussendlich auch kein Big-Data-Unternehmen, das Weltruf hätte. Europa wird die Probleme lösen können, die es wirklich lösen kann, denn die eierlegende Wollmilchsau gibt es nicht. Ich glaube, Europa könnte bei der Digitalisierung, weil sie in aller Interesse ist, ein gemeinsames Gesetz gegen die Übernahme der digitalen Welt durch die Konzerne auf den Weg bringen. Denn davor habe ich als Demokrat die größte Sorge, dass wir nicht mehr auf Informationen und auf Wissen zurückgreifen können,

sondern nur mehr auf News, auf Fake-News. Wenn wir letzten Endes in diese Echokammern gehen, bekommen wir immer nur dieselbe Antwort heraus. Botschafter Mišik hat es gesagt, es ist nicht sicher, dass Donald Trump nicht das nächste Mal wieder gewinnt, wider allen Fakten. Man hat ihm nachgewiesen, dass er 30 000 Mal gelogen hat – das interessiert die Leute heute nicht mehr.

Daher sehe ich in der Digitalisierung die wesentlichste Gefahr für unsere demokratische Struktur. Und das könnte – neben anderen Themen, die Europa wirklich lösen kann – durch mehr Bildung und mehr Wissenschaft und mehr Orientierung an der Wissenschaft gelöst werden.

Wir erleben es ja hautnah in der Pandemie. Wir sehen, dass es Leugner dieser Pandemie gibt, in unglaublicher Art und Weise. Es gibt Leute, die sagen, in der Impfung sei ein Chip von Bill Gates – und die glauben das auch. Wir haben so vieles, was uns an Irrationalität wirklich verwundert. Und dem kann man nur entgegensetzen – und da bedanke ich mich ganz herzlich, dass die Schulen heute da waren – Bildung, Bildung und nochmals Bildung.

Wenn wir uns zum Beispiel ein europäisches Phänomen ansehen, den Antisemitismus: Warum ist der im Wachsen, obwohl es immer weniger Juden in Österreich und auch in Europa gibt? Er ist im Wachsen, weil das Internet ihn so großgemacht hat, und er ist im Wachsen, weil es eine hundertjährige epigenetische, negative, kulturelle Haltung in Europa, in Österreich ganz besonders und in Deutschland,



gegeben hat. Und Antisemitismus ist antidemokratisch und das sollten wir sehr, sehr deutlich erkennen. Und dem können wir nur begegnen, wenn wir ihm auch im Internet etwas entgegenzusetzen können.

Wir sehen an unserer Studie, die das Parlament alle zwei Jahre macht, dass Leute, die gebildet sind, weniger antisemitisch sind als Leute, die nicht gebildet sind. Also Bildung hilft. Es nutzt etwas, sich auf Fakten zu besinnen und der Wissenschaft kritisch zu begegnen, nicht alles zu glauben. Auch hier wissen wir, wie auch Meinungen letzten Endes gebogen werden.

Aber aus der Vielzahl der wissenschaftlichen Erkenntnisse sich ein Bild zu machen, das könnte Europa auch weitertreiben.

Ich bin sicher, dass es zu keiner Verteidigungsunion kommen wird. Wir haben keine gemeinsame Sprache. Karl der Große hat die Lingua franca gehabt, das Europa des 21. Jahrhunderts hat keine Lingua franca. Wie sollen wir es bei 27 Amtssprachen verstehen, zu einem Gemeinsamen zu kommen? Das ist für mich in der derzeitigen Fassung noch sehr weit entfernt. Und trotzdem glaube ich an dieses Europa, dass es eine Möglichkeit gibt, die Probleme der Menschen zu lösen. Schauen Sie sich einmal das Bruttoinlandsprodukt der europäischen Staaten an und vergleichen Sie es mit dem Bruttoinlandsprodukt von vor 20 Jahren, und dann gehen Sie in andere Regionen! Da werden Sie sehen, dass die Europäische Union für jeden von uns, egal, wo er lebt, Wohlstand geschaffen hat, und

zwar einen unermesslichen Wohlstand – und dessen sollten wir uns bewusst sein. Es kann manchmal sein, dass es auch zu Ungunsten anderer geschehen ist, daher braucht es Fairness, auch im weltweiten Bereich.

Im Bereich Klimaschutz haben wir Anstrengungen unternommen, aber die größten Probleme und Herausforderungen liegen in der nächsten Zeit mit Sicherheit in der Digitalisierung – bei allen Notwendigkeiten, mit Russland ein gutes Einvernehmen zu haben, mit Amerika gut zu können, mit der Türkei ein Verhältnis zu finden, das Europa nutzt, mit dem Islamismus, den es tatsächlich gibt, auch wenn es nicht das Thema ist, das uns immer und überall bewegt. Es bewegt etwa die Leute in Dubai, denn dort gibt es ein Zentrum für den Kampf gegen den Islamismus, Hedayah, an dem viele europäische Staaten beteiligt sind, etwa die Niederlande und Frankreich, letzten Endes aber auch Amerika beziehungsweise viele arabische Staaten.

Das heißt, wir haben eine ganze Reihe von Themenstellungen, und ich glaube, Europa soll sich der Themen annehmen, die wir lösen können, mit Toleranz und mit gegenseitigem Respekt. Das sind viele Themen, die auf diesem Programm stehen – nehmen wir uns nicht die größten vor, schauen wir auf das, was machbar ist. «

„Mir ist um unsere Zukunft
wirklich nicht bange“

Dr. Matthias Rößler

» Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste, lieber Wolfgang Sobotka! Wir aus Sachsen bedanken uns ganz ausdrücklich bei dir, bei Ihnen, bei euch, dass wir hier im Nationalrat sein durften. Das war eine richtig gute und spannende Geschichte und mein Dank geht auch an das Publikum für die Fragen, für die Diskussion. Ich denke, dass wir das alles in einem wunderbaren Tagungsband

dokumentieren werden, mit Texten, mit Fotos. Wir werden uns auch erlauben, diesen Band jedem zuzuschicken.

Wir haben über die Pandemie gesprochen – übrigens wirklich eine Katastrophe. Die Krankheit trifft überproportional die Alten und die Schutzmaßnahmen der Regierung, die unabdingbar sind, wie wir gehört haben, treffen die

Jungen, das wissen wir, insbesondere im Bildungsbereich und anderswo. Wir haben zu wenig über die Klimafrage gesprochen.

Uns ging es in der Diskussion aber immer darum, durch Politik Stabilität zu erreichen und Spaltung zu vermeiden.

Der heute schon viel zitierte Ivan Krastev schrieb jüngst in einem Artikel „Die Zukunft Deutschlands – ein Schloss im Nebel“: Deutschland ist weder so mächtig, wie seine Feinde befürchten, noch so stabil, wie seine Freunde und Bewunderer hoffen. Ich meine, da könnte man anstelle von Deutschland auch die Europäische Union einsetzen, da würde das ganz genauso stimmen.

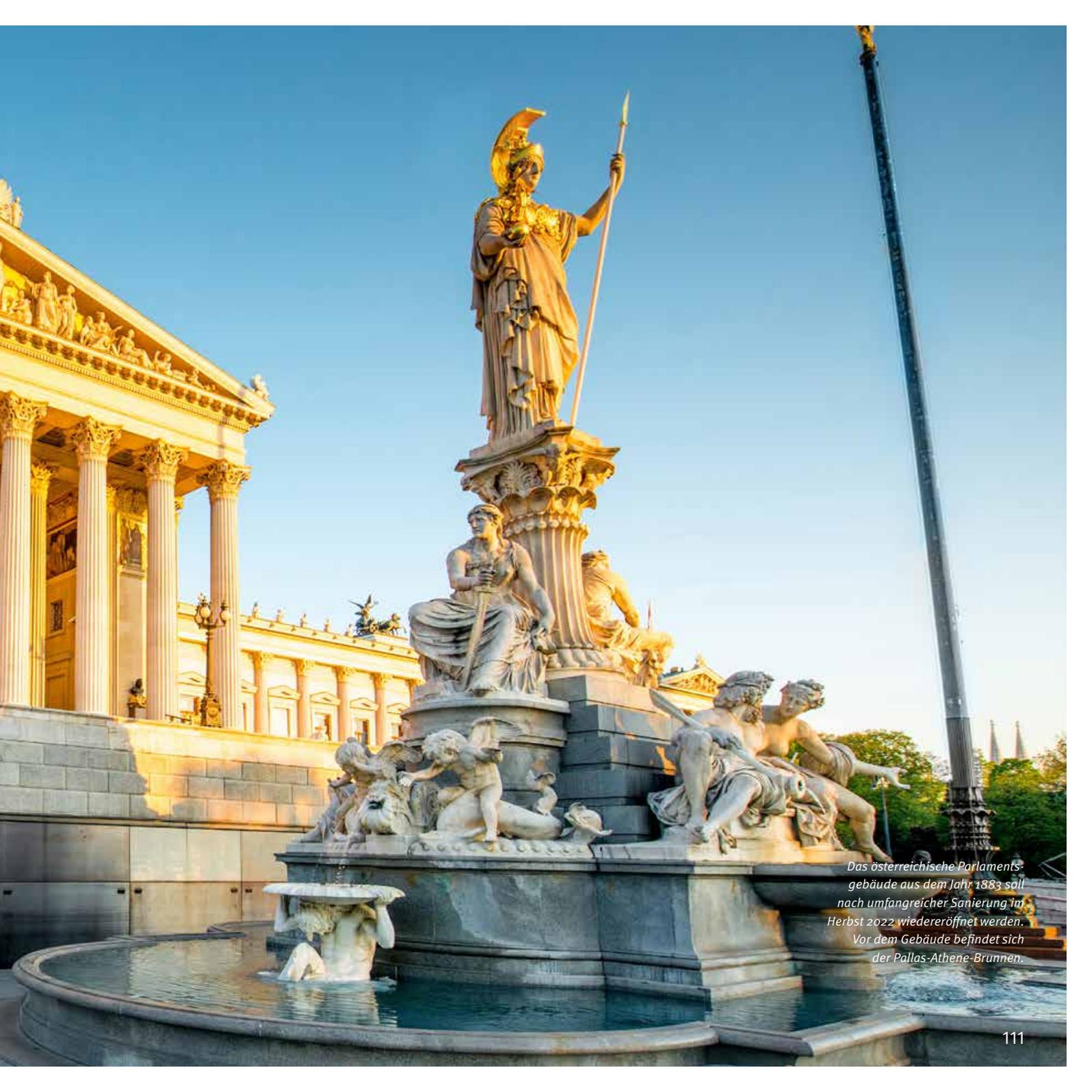
Sie, Herr Dr. Brix, haben ein Zitat herangezogen, über das ich mich besonders gefreut habe. Ein bisschen geweitet soll es für uns ein schöner Schluss für heute sein: Haben wir keine Angst, warten wir nicht zu lang, lassen wir uns nicht spalten – das gilt für uns hier im Raum, das gilt für Europa! Wenn wir uns daran halten, dann ist mir um unsere Zukunft wirklich nicht bange.

Vielen Dank noch einmal für die Diskussion und dafür, dass wir heute hier zusammen waren. ‹‹





Vitae



Das österreichische Parlamentsgebäude aus dem Jahr 1883 soll nach umfangreicher Sanierung im Herbst 2022 wiedereröffnet werden. Vor dem Gebäude befindet sich der Pallas-Athene-Brunnen.

Ralf Beste

*(*1966 in Witten)*

studierte Geschichte in Bielefeld, Bochum und Baltimore. Nach einer Tätigkeit als Lokaljournalist wurde er 1994 Pressesprecher des Finanzministeriums in Rheinland-Pfalz (bis 1996). Anschließend war er Parlamentskorrespondent der Berliner Zeitung. 2001 wechselte er zum SPIEGEL, wo er bis 2014 als Journalist die deutsche Außenpolitik eng begleitete. Nach seinem Wechsel ins Auswärtige Amt war er von 2016 bis 2017 Beauftragter für Strategische Kommunikation sowie von 2017 bis 2019 Leiter des Planungsstabs. Seit 2019 ist er Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Österreich.

Dr. Emil Brix

*(*1956 in Wien)*

studierte Anglistik und Geschichte auf Lehramt an der Universität Wien, hier auch Promotion. 1982 erfolgte seine Aufnahme in den höheren Auswärtigen Dienst der Republik Österreich. Nach einer Tätigkeit als Generalkonsul in Krakau (1990 bis 1995) war er Direktor des Österreichischen Kulturinstituts in London (1995 bis 1999), danach Leiter der kulturellen Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (bis 2010) sowie Österreichischer Botschafter in London (2010 bis 2015) und Moskau (2015 bis 2017). Seit 2017 ist er Direktor der Diplomatischen Akademie Wien.

Prof. Dr. Petr Drulák

*(*1972 in Hořovice)*

studierte Internationale Beziehungen in Prag und Antwerpen. Von 2004 bis 2013 war er Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen in Prag. Von 2014 bis 2015 war er Erster stellvertretender Außenminister der Tschechischen Republik, dann von 2015 bis 2016 Political Secretary des Außenministers der Tschechischen Republik. Anschließend (2017 bis 2019) wirkte er als Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Tschechischen Republik in Frankreich. Er ist Professor für Politikwissenschaft an der Westböhmischen Universität in Pilsen sowie Gastprofessor an der Paris School of International Affairs.

Dr. Rafat Dutkiewicz

*(*1959 in Mikstat)*

studierte Mathematik in Wrocław (Breslau). Nach einer Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Wrocław war er 1989 zunächst Co-Leiter und ein Jahr später Vorsitzender des Bürgerkomitees Solidarność in Wrocław. Von 1991 bis 2002 war er zunächst Mitbegründer und später dann Direktor bei Signium/Ward Howell International in Wrocław. Von 2002 bis 2018 amtierte der Träger des Bundesverdienstkreuzes, des Deutschen Nationalpreises und des Sächsischen Verdienstordens als Stadtpräsident in Wrocław. Er ist Mitglied im Kuratorium des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Dr. Gergely Gulyás

(*1981 in Budapest)

studierte Rechtswissenschaften an der Katholischen Péter-Pázmány-Universität in Budapest und arbeitete zunächst als Rechtsanwalt. Von 2005 bis 2008 unterrichtete er zudem Jura an der Károli-Gáspár-Universität in Budapest. Seit 2010 ist er Abgeordneter der Ungarischen Nationalversammlung, deren Vizepräsident er von 2014 bis 2017 war. Zur gleichen Zeit war er Vorsitzender des Ausschusses für Gesetzgebung. Seit dem Jahr 2018 ist er Minister im Amt des Ministerpräsidenten der Republik Ungarn und Leiter der Staatskanzlei. Er steht in der Nationalversammlung der Ungarisch-Deutschen und Liechtensteinischen Parlamentariergruppe vor.

Dr. Edit Inotai

(*1970 in Budapest)

studierte an der Eötvös Loránd Universität (ELTE) in Budapest Englische und Spanische Philologie und promovierte an der Corvinus Universität im Bereich Internationale Beziehungen. Danach berichtete sie von 2003 bis 2007 für die Tageszeitung „Népszabadság“ aus Berlin, war von 2010 bis 2014 Leiterin des Auslandsressorts. Heute arbeitet sie als Journalistin und Senior Fellow beim Center for Euro-Atlantic Integration and Democracy (CEID), wo sie sich besonders den internationalen Beziehungen im ost- und mitteleuropäischen Raum widmet.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

(*1958 in Münster/Westfalen)

studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie in Bonn, Genf, Harvard und Tokio. Von 1991 bis 1997 war er Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er ist seit 1997 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn sowie Professor am dortigen Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie. Er ist Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Beiräte sowie Mitglied im Kuratorium des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Peter Mišík

(*1965)

absolvierte zunächst eine musische Ausbildung, bevor er am Institut für internationale Beziehungen der Comenius-Universität in Bratislava studierte. Seine Karriere im Außenministerium der Slowakischen Republik begann 1993 und führte ihn über die Botschaften in Bonn, Berlin und Brüssel nach Wien. Er war im slowakischen Außenministerium Direktor in verschiedenen Abteilungen, u. a. der NATO- und WEU-Abteilung, der GASP-Abteilung sowie der Abteilung für internationale Beziehungen. Seit 2017 ist er außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Slowakischen Republik in der Republik Österreich und ständiger Vertreter bei der UNO und anderen internationalen Organisationen in Wien.

Dr. Matthias Rößler

*(*1955 in Dresden)*

ist seit 2009 Präsident des Sächsischen Landtags. Er studierte von 1975 bis 1979 Maschinenbau an der TU Dresden und arbeitete anschließend als Assistent sowie als Entwicklungsingenieur an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden. 1990 Mitglied des Koordinierungsausschusses für die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen, ist er seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtags. Der CDU-Politiker war im Freistaat Sachsen von 1994 bis 2002 Staatsminister für Kultus und von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Er ist Vorsitzender des Kuratoriums des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Gerald Schubert

*(*1968 in Wien)*

studierte Kommunikations- und Theaterwissenschaften. 2001 zog er nach Prag und arbeitete ab 2002 in der deutschen Redaktion von Radio Prag, deren Chefredakteur er von 2006 an war. Im Jahr 2015 wechselte er als Außenpolitikredakteur und Korrespondent für die Tschechische Republik zur österreichischen Tageszeitung „Der Standard“. Seine journalistischen Arbeitsschwerpunkte sind die Außenpolitik und die bilateralen Beziehungen Deutschlands, Österreichs, Tschechiens und der Europäischen Union.

Dr. Maroš Šefčovič

*(*1966 in Bratislava)*

studierte Rechtswissenschaften in Bratislava und Moskau. Ab 1991 verfolgte er eine diplomatische Karriere, während der er u. a. in Simbabwe und Kanada tätig war. 1999 wurde er slowakischer Botschafter in Israel, ab 2004 nach dem EU-Beitritt der Slowakei Ständiger Vertreter seines Landes bei der EU. In Brüssel war er von 2009 bis 2010 EU-Kommissar für Bildung und Kultur, anschließend für institutionelle Beziehungen und Verwaltung (2010-2014) sowie für die Energieunion (2014-2019). Seit dem 1. Dezember 2019 ist er Vizepräsident der EU-Kommission und Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau.

Wolfgang Sobotka

*(*1956 in Waidhofen a. d. Ybbs)*

studierte Geschichte und Musik in Wien. Zunächst arbeitete er als Lehrer, war Leiter einer Musikschule und politisch aktiv in der ÖVP. Nach seiner Tätigkeit als Gemeinderat in seiner Heimatstadt Waidhofen an der Ybbs wurde er dort 1996 zum Bürgermeister gewählt. 1998 wurde er Landesrat in der niederösterreichischen Landesregierung und später (2009) Stellvertreter des Landeshauptmanns. Von 2016 bis 2017 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Inneres der Bundesrepublik Österreich. Seit 2017 ist er Abgeordneter und Präsident des Nationalrats der Republik Österreich.



*Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler übergibt
Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka das
Ölgemälde „Semperoper“ von Christian Henze.*

In der konstituierenden Sitzung am 29. September 2011 haben

Dr. Matthias Röbner, Präsident des Sächsischen Landtags
Dr. Erhard Busek, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.
Prof. Dr. Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas
an der Universität Leipzig
Prof. Dr. Beate Neuss, Professorin für Internationale Politik an der
TU Chemnitz
Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.
Jiří Gruša †, Schriftsteller und Diplomat, Tschechische Republik
Magdaléna Vášáryová, Abgeordnete des Slowakischen Nationalrates
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn
Ryszard Król, Generalkonsul der Republik Polen a. D.

als Kuratoren des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag
die Dresdner Erklärung unterschrieben.

Die Kuratoren des Forum Mitteleuropa (Stand März 2022) sind:

Dr. Matthias Röbner, Präsident des Sächsischen Landtags
Dr. Erhard Busek, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.
Prof. Dr. Stefan Troebst, emeritierter Professor für Kulturstudien
Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig
Prof. Dr. Beate Neuss, emeritierte Professorin für Internationale Politik
an der TU Chemnitz
Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.
Magdaléna Vášáryová, Botschafterin der Slowakischen Republik a. D.
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn
Dr. Christopher Metz, Direktor beim Sächsischen Landtag a. D.
Dr. Rafal Dutkiewicz, Stadtpräsident von Wrocław a. D.
Dr. Jarmila Krejčíková, Generalkonsulin der Tschechischen Republik a. D.
Ing. Hans Penz, Präsident des Landtags von Niederösterreich a. D.

